DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

300 26. JAHRGANG September 2009 4,50 €

AUS DEM INHALT:

UMSONSTÖKONOMIE

Die bloße Funktion der Umsonstläden hat sich in den allermeisten Fällen als ein Erfolg erwiesen. Anders als bei den Tauschringen, wo über die Verrechnungseinheit der Tausch geldähnlich bleibt, sind hier Geben und Nehmen je nach den besonderen Bedürfnissen entkoppelt: »Wer braucht bekommt etwas. Wer etwas über hat, bringt es.« Eine Selbstkritik der Umsonstläden auf Seite 3.

AUFKLÄRUNGSSERIE

1943 schufen die Nazis im sachsen-anhaltinischen Gatersleben das Kaiser-Wilhelm-Institut für Kulturpflanzenforschung. 1945 erfolgte ein Neuaufbau, 1991 wurde es als Folge des Einigungsvertrages mit neuem Namen versehen und später in eine Stiftung umgewandelt. 1998 übernahm der Biotechnologe Prof. Uwe Sonnewald die Abteilung Molekulare Zellbiologie, im gleichen Jahr folgte die Gründung der ersten lupenreinen Gentechnikfirma: SunGene, eine Tochter unter anderem der BASF. In Teil 2 unserer Serie geht es um die Niederlassungen der Gentechnikseilschaften. Seite 4

VENEZUELA

Vor nunmehr vierzehn Jahren wurde in der Basiskooperative »El Triunfo« in Barquisimeto im Rahmen der Aktivitäten des Kooperativenverbunds eine kleine Sprechstunde für Allgemeinmedizin eingerichtet. Dies war der Start der selbstverwalteten Gesundheitsbewegung in der kooperativen Bewegung CECOSESOLA. Seite 5

GEDÄCHTNIS

Eine besondere und viel zu wenig beachtete Rolle in der Archiv- und Bibliothekslandschaft spielen die Freien Archive. Gemeint sind damit diejenigen unabhängigen Einrichtungen, die seit den 1960er Jahren aus dem bunten Spektrum der Neuen Sozialen Bewegungen entstanden sind. Gegenwärtig dürfte es rund 300 Freie Archive in Deutschland geben. Jürgen Bacia und Cornelia Wenzel über das etwas andere Erinnern auf Seite 11.

GENOSSENSCHAFTEN

Als im Zuge der staatlich gewünschten Existenzgründungswelle aus der Arbeitslosigkeit heraus die Ich-AGs wie Pilze aus dem Boden schossen, sahen sich viele Jungunternehmen hilflos den Anforderungen der freien Wirtschaft gegenüber. Hier reifte die Idee, ein Netzwerk zu entwickeln und in Witten wurde eine Gründungsgenossenschaft gegründet, die in diesem Jahr 5 Jahre alt wird.
Die »act for transformation eG« ist ein Zusammenschluss von TrainerInnen und BeraterInnen, die im Bereich Zivile Konfliktbearbeitung tätig sind.
Seite 12/13

www.contraste.org

650 LINKE UND ALTERNATIVE MEDIENMACHERiNNEN BEIM »NETZE KNÜPFEN«

Linke Wagenburgmentalität hat keine Konjunktur

Die Linke Medienakademie LiMA wächst und entwickelt sich zum jährlichen Treffpunkt linker und alternativer MedienmacherInnen – unter dem programmatischen Wort vom »Netze knüpfen« wurden in Berlin bei der 6. Akademie vom 5. bis 8. März 2009 Debatte, Networking und Weiterbildung zu einem neuartigen Kongresskonzept verwoben.

Von Christoph Nitz und Bernd Hüttner ● Gegenöffentlichkeit braucht Netzwerke und neue Strukturen, die gemeinsame Aktivitäten ermöglichen, ohne dass AkteurInnen droht, ihr eigenes Profil zu verlieren. Damit linke Positionen in der Gesellschaft Wirkung entfalten können, müssen – analog zur aktuellen Debatte über die »Mosaik-Linke« aus sozialen Bewegungen und anderen – sich auch linke und alternative MedienmacherInnen für gemeinsame Projekte stark machen. Gemeinsame Strukturen im Sinn der Genossenschaftsbewegung könnten neue Lösungen für die oft prekäre Finanzsituation linker Medienprojekte bieten.

Hans-Jürgen Urban mahnte mit seinem Satz *»Jeder bleibt selbstständig, aber so richtig schön sind alle erst zusammen.«* beim parallel zur LiMA stattfindenden attac-Kongress die Bündnisfähigkeit der vielfältigen linken Landschaft an. Dies gilt auch für linke Medienangebote – gleich ob es sich um konventionelle Printprojekte oder um Internetangebote handelt.

Die 6. Akademie linker MedienmacherInnen lieferte mit mehr als 140 Kursen, Workshops, Vorträgen, Seminaren und Podiumsdiskussionen ein buntes Programm für die mehr als 650 TeilnehmerInnen. Damit gehört die LiMA zu den größten Medienkongressen im Land. Das Projekt hat sich seit 2002 aus Weiterbildungskursen des Parteivorstandes der PDS zu einem pluralen Weiterbildungsangebot für Vereine, Verbände und alternative Medienmacher/innen fortentwickelt. Die Tageszeitung »taz« konstatierte eine »ungewöhnliche Campusatmosphäre« bei der 6. Akademie und merkte positiv an: »Frontalunterricht hält niemand, vielmehr wird an praktischen Beispielen diskutiert.«

Insgesamt gibt es keinen Masterplan für das Konzept der Akademie. Das Programm entsteht in Diskussion und Kommunikation mit den TeilnehmerInnen. Die 7. Akademie 2010 für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit und Medienkompetenz soll mit Sub-Konferenzen noch gezielter den Wünschen der TeilnehmerInnen entgegenkommen. Unter dem Motto »Zeichen setzen« soll vom 10. bis zum 14. März 2010 die Vielfalt der alternativen Medienszene in Berlin zusammenkommen.

LiMAcampus richtet sich mit einem speziellen Seminarangebot an Jugendliche und Studierende. **LiMAdigital** widmet sich dem Internet und den neuen Möglichkeiten des Web 2.0. **LiMArecherche** zeigt Wege zu Recherchequellen und skizziert Qualitätskriterien für haupt- und ehrenamtliche Journalisten. **LiMAradio** wird zum zweiten Mal mit dem *Bundesverband freier Radios* durchgeführt und bietet Workshops rund um die Themen TV, Radio und Podcasts. Das **union camp** öffnet die LiMA für gewerkschaftliche Akteure. Betriebszeitungen und Öffentlichkeitsarbeit für Betriebsräte sollen künftig Bestandteil der Konferenzen sein.

LiMAthema 2010: Migration, Rechtsextremismus und Genderpolitik.

LiMA vor Ort: Durch Besuche in Archiven und Redaktionen wird ein praxisnaher Einblick in die Realität der Medien geboten.

LiMAarena: Debatten, Lesungen, Diskussionen und Fachvorträge, Ausstellungen und Präsentationen – das alles bietet die arena der Konferenz.

LiMAressource beschäftigt sich mit Fundraising, Kooperationsmöglichkeiten und allem, was für haupt- und ehrenamtliche Medienprojekte benötigt wird. Dazu zählen auch Zeit- und Projektmanagement.

Das ganze Jahr über bietet die Linke Medienakademie LiMA Tageskurse für Journalismus, Öffentlichkeitsarbeit und Medienkompetenz in Bremen, Berlin und Nordrhein-Westfalen an.

Partizipative Erweiterung: Ideen, Anregungen und konkrete Angebote für die Akademie können an info@linke-medienakademie.de geschickt werden. ●

Christoph Nitz ist Kommunikationswissenschaftler in Berlin. Sprecher der Interessengemeinschaft linker MedienmacherInnen und gemeinsam mit Bernd Hüttner Initiator der Linken Medienakademie.
Bernd Hüttner ist Politikwissenschaftler in Bremen. Im Jahr 2000 Gründer des Archiv der sozialen Bewegungen, seit 2007 Regionalmitarbeiter Bremen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Vorsitzender von Linke Medienakademie e.V. (LiMA) und seit 1993 Autor in CONTRASTE.

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

Texte zur LiMA

Christoph Nitz: »It's the WERTE, stupid. Die Chancen und Fehler politischer Kommunikation.«
rls-Standpunkt 26/08

Thomas Lohmeier: »Inhalt braucht Form. Partizipatorische Kampagnenführung für eine emanzipatorische Linke – eine Einführung.«
rls-Standpunkt 01/09

Bernd Hüttner und Christoph Nitz: »Linke Medien vor und nach der Internetrevolution« in »Bürgermedien, Neue Medien, Medienalternativen. 10 Jahre Alternativer Medienpreis«, München 2009

Alle Texte auch auf www.linke-medienakademie.de

D 8008

Hier ist Platz für Anzeigen

von Projekten, Betrieben, Verlagen etc.

Format:
36 x 90 mm
Preis:
108 EUR Netto
Kontakt:
contraste@online.de

ÜBERLEBEN DER HERBERGE FÜR REISENDE HANDWERKER NOCH NICHT GESICHERT

»Bude« Rügen soll bleiben

Sie heißen Claudia, Amar, Anna Lisa, Ferenc, Benni, Grahl, Sven oder Philipp, ein Interessent ohne Handwerkskluft. Sie sind freireisende Holzbildhauer, TischlerInnen, Gärtner und anderes. Sie haben Regeln, eine Ausbildung und einen Reisezeitraum von drei Jahren und einem Tag.

Andreas Küstermann, Redaktion MV ● Doch manchmal müssen sich die HandwerkerInnen bei Krankheit oder in anderen Fällen irgendwohin zurückziehen können. »Bude« nennen sie ihre Unterkunft in Posewald, von deren Art für frei Reisende nur vier in Deutschland existieren. Doch die Zukunft der Bude Posewald ist trotz Versprechungen ungewiss.

»Wir machen Budenbauwochen, um derzeit auf der Insel präsent zu sein«, erläutert Tischler Amar am großen Tisch unter Bäumen und im Angesicht zweier mächtiger Portalsäulen am Hintereingang der Bude. Sie tragen eine Art Erker, der früher der schönste Schlafraum war und heute Büro ist. »Bauwochen, so führt Amar weiter aus, sollen die Unterkunft verbessern und instandhalten. »Drei von uns haben in der Kurklinik Sellin gearbeitet und das offiziell verdiente Geld für Material zur Verfügung gestellt«, spricht er auch die Finanzen an. Eine Firma für semiprofessionelle Kleinmaschinen hat einen ganzen Satz dafür ausgeliehen, um das Kompostclo zu erweitern und die Badewannen im Freien durch eine geschieferte Dusche in einem Nebenraum zu ersetzen.

»Das alles lässt sich organisieren, doch die Bude und ihre Zukunft hängt vom Gutshaus ab. Dessen Zukunft ist ungewiss. Daran können wir nur bedingt organisieren«, sagt Anna Lisa. Sie erläutert auch die Wichtigkeit der Bude. »Wir haben keinen eigenen Raum während der Tippelei auf der Straße. Manche sind zwar schachtübergreifend (Schächte nennen sich die Organisationen der anderen Reisenden), andere lassen jedoch beispielsweise keine Frauen in ihre Buden.« Anna Lisa, die Tischlerin aus Berlin, ist drei Jahre auf Tippelei und weiß, wovon sie spricht. Dabei schüttelt sie immer wieder ihre langen Dreadlocks, die sie zum Arbeiten unter einen Hut packt. Er gehört ebenso wie die schwarze Kluft und das weiße Hemd, die Staude, zur Kleiderordnung. Dabei ist eine maximal doppelte Ausstattung der Kleidung und etwas Werkzeug, das Wanderbuch und wenige persönliche Gegenstände schon alles, was man auf Dauer tragen möchte, wenn es wirklich zu Fuß weitergeht.

Doch zurück nach Posewald an die Kleinbahnstation. Während das einst lebendige Gutshaus eingemottet ist und die nach Anweisung des damaligen Oberdenkmalschützers Hermann Hoge mühsam nachgebauten Fenster irgendwo eingelagert wurden, entwickelt sich die Bude. Ein Sitzkachelofen, kombiniert mit Warmwasserbereitung und Kochstelle, Schlafplätze für acht Personen, Keramik fürs Essen und nun neben dem neuen Kompostclo auch die Dusche lassen bei einem Aufenthalt manche Strapazen der Straße vergessen. »Wir wollen kommende Woche wieder ein Gespräch mit Bürgermeister Harald Burwitz führen, befürchten jedoch, dass unser Schicksal am Verkauf des Gutshauses und seinem künftigen Nutzen hängt«, erzählt Amar am großen Tisch, während ein Hund darunter spielt.

Der Verein »Modellprojekt Rügen« hatte zu Hochzeiten der Debatte um eine Modellregion das Gutshaus zur Erbpacht von der Stadt Putbus erhalten. Fortan arbeiteten zeitweise bis zu 200 Reisende aller Gewerke nahezu unentgeltlich gegen Kost und Logis daran. Das Kreisdiakonische Werk (KDW) sollte darin Jugendliche ausbilden und von den Reisenden Unterstützung erhalten. Doch die Fördergelder für den Verein blieben aus, er wurde 2007 insolvent. Nur mit Mühe konnte die Bude trotz anderer Versprechungen erhalten werden. Dabei wird dort bescheiden gelebt. Brot am Abend vom Inselbäcker zum Auslaufpreis, Werkzeug von anderen Handwerkern wie Ricardo aus Putbus, dem das einfach gefällt, was die Reisenden tun. »Hier war er noch nie«, sagt Amar. »Um so beachtlicher, dass er uns beispielsweise eine Kettensäge leiht.«

Amar hatte die letzten Tage die Doppelfenster aus Eigenbau zerlegt und eine Lüftung zwischen die Scheiben einge-

Fortsetzung auf Seite 2

EDITORIAL

Plenum an der Algarve

Aus Anlass des 25-jährigen CONTRASTE-Jubiläums haben sich die Redaktionen etwas Besonderes gegönnt, und das Plenum an der Algarve (Portugal) durchgeführt. Eine Woche lang diskutierten Dieter (Portugal), Elisabeth (Berlin), Hans (Klagenfurt), Hilmar (Hamburg), Richard (Könnern) und Uta (Dresden) über die Erfahrungen des vergangenen CONTRASTE-Jahres, planten Schwerpunkte, Artikel und einiges mehr.

Elisabeth Voß / Dieter Poschen ● Insbesondere ging es diesmal darum, unsere Jubiläumsausgabe im Oktober zu gestalten. Wir möchten die Vielfalt selbstorganisierter Initiativen, Betriebe, Projekte und Vernetzungszusammenhänge darstellen. Uns interessieren praktische Erfahrungen, vor allem mit selbstorganisierten Strukturen. Wir haben viele Gruppen gebeten, uns Beiträge zu schicken, und sind gespannt auf die Reaktionen.

Unsere Schwerpunkte möchten wir verstärkt von jüngeren Leuten und neuen Gruppen gestalten lassen (siehe Aufruf).

Die Seite 2 wird ab sofort von uns als Redaktion selbst gestaltet. In einem monatlichen Editorial setzen sich CONTRASTE-RedakteurInnen mit aktuellen Fragen der Selbstorganisation auseinander. Die Rubrik »Repression und Rechtsfälle« von Jörg Bergstedt erscheint jetzt auf Seite 11.

Die CONTRASTE-Mailingliste hat sich nach Einschätzung der Redaktion zu sehr verselbstständigt. Ca. 70 Leute sind dort eingeschrieben. Die Inhalte haben oft nur sehr vermittelt oder gar nicht mit dem CONTRASTE-Kernthema »Selbstorganisation« zu tun. Immer wieder kommt es zu beleidigenden Ausdrucksweisen. Darum haben wir Regeln aufgestellt für die Inhalte und die Art und Weise der Diskussion auf unserer Mailingliste (siehe Kasten).

Und wie immer haben wir uns auf dem Plenum auch über verschiedene Projekt-Ideen ausgetauscht:
● Unsere Homepage hat mehr Inhalte, als auf den ersten Blick zu erkennen sind. Vielleicht könnte sie zugänglicher gestaltet werden? Gibt es Bedarf dafür, Diskussionsmöglichkeiten (zum Beispiel in einem Forum oder Blog) anzubieten? Sollten alle Beiträge online gestellt werden, oder würde uns das Abos kosten? Viele Fragen, mit denen wir uns auf dem nächsten Plenum beschäftigen werden.

Angebot: Mitmachen und CONTRASTE-Schwerpunkt selbst gestalten!

Ihr sucht neue Leute für euer Projekt, möchtet größere Veranstaltungen oder Kampagnen bekannt machen oder eure aktuellen Themen breiter diskutieren?

Wir bieten euch an: nutzt CONTRASTE dafür. Ihr habt die Möglichkeit, auf 3-4 Seiten sowie einem Einleitungsbeitrag auf der Titelseite (zusammen ca. 45.000 Zeichen Text und mehrere Bilder oder Grafiken) euer Vorhaben vorzustellen.

Ihr bekommt eineN AnsprechpartnerIn aus unserer Redaktion, und 50 kostenlose Exemplare eurer CONTRASTE-Ausgabe. Die könnt ihr verschenken oder verkaufen, wir ihr möchtet. Wenn ihr weitere Exemplare braucht, bekommt ihr die zu einem günstigen Preis.

CONTRASTE erscheint 11-mal im Jahr, und die Schwerpunktplanung hat mehrere Monate Vorlauf. Es ist also wichtig, dass ihr euch rechtzeitig meldet, wenn ihr einen Schwerpunkt gestalten möchtet.

Und wenn ihr noch nicht so viel Material habt, freuen wir uns auch über einzelne Beiträge. Redaktionsschluss ist immer zum Ende eines Monats für die Ausgabe des übernächsten Monats. Für die November-Ausgabe ist also der Redaktionsschluss Ende September. Allerdings sind die CONTRASTE-Seiten oft schon längerfristig verplant, dann müsst ihr etwas Geduld haben.

Übrigens sind wir kein geschlossener Redaktions-Zirkel, sondern ein offener Zusammenhang sehr verschiedener Menschen, die mit unterschiedlicher Intensität an der CONTRASTE arbeiten. Wir freuen uns, wenn die eine oder der andere von euch sich beteiligen möchte und weitere Regionen oder Themenbereiche redaktionell bearbeitet. Es kann auch ein Einstieg sein, erst mal vorliegende Artikel zu bearbeiten, neue Beiträge einzuwerben oder selbst Texte zu verfassen, ohne gleich die Verantwortung für eine ganze Redaktion zu übernehmen.

Eine Mitarbeit bei CONTRASTE vermittelt euch neben der Übung im journalistischen und redaktionellen Handwerk Kenntnisse über und Zugänge zu unterschiedlichen selbstorganisierten Initiativen, Betrieben, Projekten und Vernetzungszusammenhängen.

CONTRASTE-RedakteurInnen bekommen für ihre Arbeit kein Geld, sondern viel mehr: Wissen, Erfahrungen, Freude und ein Gefühl dafür, dass sie etwas Sinnvolles tun. Wir freuen uns, wenn ihr mitmachen möchtet!●

● Auch das Zeitungs-Layout ist immer wieder Thema. Möchten wir das Layout modernisieren und ihm ein zeitgemäßeres Erscheinungsbild geben, oder passt es genauso wie es ist zu uns? Gegen eine Änderung spricht auch der Sachzwang, dass wir gar kein Geld dafür haben. Aber wenn wir es wirklich wollten, würden sich vielleicht Wege finden, zum Beispiel in Zusammenarbeit mit Hochschulen. Wir bleiben dran.
● Und wie wäre es, wenn wir unsere Artikel-Schätze der letzten Jahre komprimiert in thematischen Spezialausgaben zusammenfassen würden? Gibt es InteressentInnen dafür, oder ist das nur wieder eine unserer vielen Ideen? Wir werden versuchen, das herauszufinden.

Was es sicher geben wird, ist die Neuauflage der Archiv-CD mit den CONTRASTE-Jahrgängen 2004 bis 2008 und dem Jahrgang 1984, die neben dem »Reader der AlternativMedien« BRD & Schweiz weitere Adressendatenbanken der Bunten Seiten enthalten wird. Hier haben wir uns zunächst auf ein politisches Adressenverzeichnis beschränkt. Es wird erst einmal die Rubriken Anarchismus, Antifa/MigrantInnen/Flüchtlinge, Antimilitarismus, Antirepression, Archive, politische Gemeinschaften, Infoläden und Kultur enthalten. Weitere Rubriken und der CONTRASTE-Jahrgang 1985 werden beim schon geplanten Update 2010 hinzugefügt. Die Neuauflage wird es im Oktober/November 2009 geben (aktuelle Information ab Mitte September unter www.contraste.org/archiv-cd.htm).●

Die CONTRASTE-Mailingliste

Die CONTRASTE-Mailingliste ist offen für alle Themen aus dem Spektrum der CONTRASTE – Monatszeitung für Selbstorganisation. Diese bietet AktivistInnen seit 25 Jahren die Möglichkeit, aus Betrieben, Projekten und sozialen Bewegungen zu berichten. Das Ziel ist, Alternativen zu den von Globalisierung, Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung geprägten herrschenden Verhältnissen öffentlich zu diskutieren, Entwicklungen aufzuzeigen, eigene Utopien zu entwickeln und diese zu erproben.

Beiträge, die sich in diesem Sinne mit Selbstorganisation befassen, oder die sich auf Artikel in der CONTRASTE beziehen, sind in der CONTRASTE-Mailingliste erwünscht.

In der CONTRASTE erschienene Texte werden nach und nach auch über die Mailingliste geschickt, so dass sie als Archiv genutzt werden kann.

Weitere Informationen und Kontakt:
Einschreiben in die Mailingliste:
contraste-list-subscribe@yahoogroups.de
Mailinglisten-Archiv:
http://de.groups.yahoo.com/group/contraste-list/

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05

FORTSETZUNG VON SEITE 1

baut, damit sie nicht verrotten. Von der Farbenfirma Livos hat er Öl zur Pflege organisieren können. Und Gärtner Benni setzte erst einmal wieder den Garten instand und pflegt die Hügelbeete. Den Schuppen nebenan übrigens ließen sie unangetastet. Dort leben derzeit Schwalben mit ihren Jungen. Doch das Dach gegen Hornissen abdichten, das musste sein.

»Wir erhoffen uns vom Gespräch kommende Woche Sicherheit oder Gewissheit, dass die Bude beim Verkauf des Gutshauses überlebt«, sagt Amar. Ein soziales Projekt, in das sie ihr Wissen wieder einbringen können, schwebt ihm idealerweise vor. Und dann fällt ihm nochmals die neue Dusche mit Schieferklinker ein. »Dafür suchen wir noch einen alten DDR-Badeofen. Am liebsten aus Kupfer.«●

AKTION 2009

Redaktion Heidelberg ● In den Monaten Juli/August gab es sechs neue Abos. Leider aber auch wieder sechs Kündigungen, zusätzlich die Kündigung eines Buchhandelsabonnements und es endete die Fördermitgliedschaft der Partei Bündni90/Die Grünen über 154 EUR. Wir benötigen nun 142+ neue Abos, um auch ohne Spenden schwarze Zahlen schreiben zu können.

Auf unserem Spendenkonto gingen 723 EUR ein. Zusammen mit dem Minderertrag aus der Fördermitgliedschaft benötigt das Zeitungsprojekt noch 753 EUR zur Schließung der Finanzierungslücke.

Die Spenden im Einzelnen:
● Mobile Volxküche Le Sabot (500 EUR)
● Eva Wonneberger, Wangen (30 EUR)
● Felix Bartholl, Spende Kaffeeverkauf, Waal (55 EUR)
● Gertrud Dorsch, Münster (138 EUR)
Herzlichen Dank!

ADRESSENÄNDERUNGEN

Bitte schickt uns bei einem Umzug Eure neue Anschrift! Zeitungen im Postvertrieb werden trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt, sondern kommen meist mit dem Vermerk »Empfänger unbekannt« zurück. Auf diese Weise haben wir schon manches Abo verloren. Wenn der Postbote guter Laune ist, vermerkt er auch schon mal die neue Anschrift, aber eben nur dann.

Wir hoffen weiterhin auf Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften (siehe Coupon links unten).

Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.●

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein (BRD) und 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2009

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2009: 753 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 142+ Neuabos

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Message Soul

Der afro-amerikanische Soul, der sich aus den Elementen des Rhythm and Blues sowie der christlichen Gospels speist, ist geschichtlich eng verknüpft mit der amerikanischen

In den Songs wurden – wie es der Rap und Hiphop der 80er Jahre in der Anfangsphase ebenfalls tat – sozialkritische Themen wie Drogen, Rassismus und Arbeitslosigkeit aufgegriffen. Themen, die auch dazu führten, dass sich in den 60er Jahren jugendliche Subkulturen wie die Mods oder die ersten Rudeboys und Skinheads in Großbritannien mit jener Musik identifizierten.

Der Mainstream der heutigen Soul-Szene hat mit dieser Tradition nicht mehr viel zu tun. Soul ist weitgehend zu einer angepassten Strömung in der Popmusik geworden. Der seit zwei Jahrzehnten in den Medien präsentierte Soul hat die emanzipatorischen Inhalte wieder gegen lapidare Liebeslyrik ausgetauscht.

Der Musikjournalist Jonathan Fischer hat für die vorliegende Compilation 15Acts der aktuellen Soulszene zusammengetragen, die noch den sozialkritischen Anspruch jener Musikrichtung vertreten. Darunter finden sich u.a. ME'SHELL NDEGEOCELLO (»Better then the pound«), die in ihren Songs Statements von bekannten BürgerrechtlerInnen wie Angela Davis aufgreift und gegen Homophobie innerhalb der amerikanischen HipHop-Szene Stellung bezieht. Ihr auf dem Album vertretener Track behandelt den Konsum-Fetisch unserer Gesellschaft. ANTHONY DAVID (»Krooked Cop«) greift hingegen den Rassismus innerhalb der amerikanischen Polizei auf, wobei er auch auf Aussagen von Mumia Abu-Jamal zurückgreift. Neben diesen sozialkritischen Elementen, findet sich aber auch immer wieder ein Rückgriff auf eine Form von »afroamerikanischer Spiritualität«, die in den Songs von KYLIE JASON (»Strong«) und INDIA ARIE (»I am not my hair«) zum Ausdruck kommt.

Gleichzeitig spiegelt die Compilation die musikalische Vielfalt jener Strömung wieder. Immer wieder wird der Soul durch Jazz- und Folk-Elemente erweitert – das weitgehende Fehlen von Rap-Elementen dürfte hingegen eher auf die persönlichen Präferenzen von Jonathan Fischer zurückzuführen sein.

Insgesamt ist wieder eine sehr hörenswerte CD herausgekommen. Fischer hat kompetent eine Sammlung von interessanten MusikerInnen zusammengetragen, die KennerInnen z.T. bekannt sein dürften, aber dennoch nicht zum Mainstream gehören.●

DJ CHAOZ

V.A.:
Message Soul. Politics & Soul in Black America 1998-2008 (Trikont CD US-0397)

KOMMENTAR: EINE SELBSTKRITIK DER UMSONSTLÄDEN

Rückblick und Ausblick

Die bloße Funktion der Umsonstläden hat sich in den allermeisten Fällen als ein Erfolg erwiesen. Anders als bei den Tauschringen, wo über die Verrechnungseinheit der Tausch geldähnlich bleibt, sind hier Geben und Nehmen, je nach den besonderen Bedürfnissen, entkoppelt: »Wer braucht, bekommt etwas. Wer etwas über hat, bringt es.«

Von Hilmar Kunath, Redaktion Hamburg ● Selbstverständlich könnte sich auch aus Tauschringen ein darüber hinausgehender solidarischer Zusammenhang gegenseitiger Hilfen entwickeln. Das ist bisher aus Tauschringen *und* aus Umsonstläden heraus nur bei wenigen Ansätzen geschehen. Wenigen Umsonstläden haben sich weitere Teilprojekte im Verbund angegliedert. Trotz teilweise weitergehender Ansprüche sind sie eine Art »soziale Verteilstation« geworden, fest auf dem Boden der herkömmlichen Wirtschaftsweise.

Der Umsonstladen in Hamburg wurde als ein erster Schritt einer *praktischen Warenkritik* am 1. März 1999 eröffnet. Er sollte *EIN* möglicher Ansatz werden, aus den Fähigkeiten der sich aktivierenden Menschen eine Projektgemeinschaft aufzubauen, die ein Stück Erwerbsarbeit nach dem anderen durch verabredete gegenseitige Hilfen ersetzen sollte. Umsonstläden sollten als eine Basisbewegung in überregionalem Kontakt bleiben, ihre Erfahrungen austauschen und Weiterentwicklungs-Möglichkeiten diskutieren. Deshalb initiierten die Hamburger auch die bundesweiten Umsonstläden-Treffen und eine Mailingliste. Doch zwischen den Treffen sanken die Kontakte zwischen den aktiven Umsonstladen-Gruppen immer wieder fast auf Null.

»Ehrenamtlich Tätige und Bedürftige« oder »Aktive und NutzerInnen« ?

Es gibt zwei Rollen beim Funktionieren eines Umsonstladens: Die vielen *NutzerInnen* bringen und holen Dinge, je nachdem, ob sie etwas über haben oder brauchen. NutzerInnen bleiben meist in einem losen, freundlichen Kontakt zu »ihrem« Umsonstladen. Ab und zu entschließt sich jemand, hier selbst aktiv zu werden.

Die zweite Rolle spielen die *Aktiven*. Sie organisieren den Laden, betreuen während der Öffnungszeiten die NutzerInnen. Sie räumen die vielen Dinge in die Regale, sie putzen und beseitigen Müll, informieren über den Sinn des Projektes u.s.w.

Das Selbstverständnis dieser Aktiven ist natürlich von Ort zu Ort und innerhalb der Gruppen sehr verschieden. Obwohl die Umsonstladen-Tätigkeit anfangs von den meisten Aktiven keinesfalls als »ehrenamtlicher« Sozialdienst an den Nutzern gesehen wurde, begreift sich heute ein großer Teil der Aktiven eher so. Das Verständnis vom »Ehrenamt« wird vielfach als Erwartungshaltung von NutzerInnen an die Aktiven herangetragen, wenn sie sich zum Beispiel nicht umfassend genug »bedient« fühlen und das hier und da »vorwurfsvoll« äußern. Zum »Ehrenamt« gehört auch, dass diese vermeintlichen Ehrenamtler, sich nichts von den gebrachten Sachen für sich nehmen »dürfen«. Denn diese Sachen sind ja in dem vorherrschenden Verständnis »für die Bedürftigen«. Es gibt inzwischen Umsonstläden, die verstehen sich ausdrücklich als eine *ehrenamtliche* »Einrichtung für Bedürftige«. Diese Gruppen wollen meist keinen Kontakt zu anderen Umsonstläden. Das soll kein »Wert«urteil sein. Aber es ist m. E. nicht das, was Umsonstläden sein *könnten*. Alle Umsonstläden haben das Problem, mit dem teilweise massiven Erwartungsdruck in Richtung »ehrenamtliche Einrichtung« einen Umgang zu finden. Viele gaben diesem Druck nach, andere steuern dagegen.

Umsonst, gratis ...

Der Ausdruck »Laden« im Umsonstladen war anfangs als praktisch-ironische Wertkritik gemeint: Ein Laden, in dem die Dinge »umsonst« gegeben werden, ist ja kein Laden. Der Witz war und ist: Es soll ja *kein Laden* sein, sondern einfach ein »LAGER von nützlichen Dingen«. So könnte ein Umsonstladen ein praktischer Vorgriff sein auf eine Gesellschaft, die verabredet gemeinschaftlich produziert und dann natürlich »Dinge-Verteilstationen« braucht und keinen Markt oder Läden.

Bei einigen Aktiven wird – verständlicherweise – versucht, aus den Stichworten »umsonst«, oder »gratis« oder »schenken« eine Wirtschaftsweise abzuleiten. Die beiden Ausdrücke »umsonst« und »gratis« geben überhaupt nur einen Sinn *innerhalb* einer Gesellschaft, in der der Waren- und Geldwert vorherrscht. Denn sie bedeuten, dass mal für Dinge kein Geld ausgeben werden muss, wie sonst überall. Das ist auch ein praktisch wohltuender »Nachdenk-Kick«: Manch eine(r) merkt, wie unnatürlich, dieses »Werthaben« aller Dinge ist. Der Waren- und Geldwert wird im Umsonstladen als keineswegs zwingend nötig erfahren. Aber warum haben denn fast alle Dinge in dieser Gesellschaft einen »Wert«? Sie sind losgelöst voneinander, ohne gemeinsame vorausgehende Verabredungen, privat produziert worden. Diese Privatproduktion hat sich durchgesetzt und erscheint deshalb als natürlich und alternativlos. Überwiegend wird Geld als Kapital eingesetzt, um menschliche Arbeitskraft einzusaugen, um das Geld damit zu vermehren. Weil die Dinge als Waren privat hergestellt wurden, müssen sie auf den Markt gebracht werden. Um ihre gesellschaftliche Nützlichkeit im Konsum zu beweisen, müssen sie vorher als Warenwerte auf dem Markte gegen Geld ausgetauscht werden. Wenn die Produktion *nicht* gemeinschaftlich verabredet in Bezug auf die Bedürfnisse der Beteiligten gelaufen ist, muss auf dem Markt der Wert in Gestalt von Waren und Geld den »unpersönlichen Regulator« spielen.

Türkische Folklore-Kinder-Tanzgruppe aus dem Mütterzentrum Altona auf dem Umsonstfest 2009 in Hamburg — Foto: CONTRASTE-Redaktion Hamburg

»Umsonstökonomie« oder »Gratisökonomie« legt nahe, dass es eine Wirtschaft geben könnte, in denen Menschen sich alle nötigen Dinge direkt geben, *ohne* sich dafür zu verabreden (sozusagen »spontan«). Das kann nur punktuell funktionieren, vielleicht als zusätzliche Erfreulichkeit zwischen einzelnen Menschen. Aber der Zusammenhang von Produktion (Herstellung der Dinge und Dienste) und Konsumtion (Ge- und Verbrauch) kann nur über den Markt oder direkt bewusst verabredet laufen, aber nicht »irgendwie«.

Weil alle als Teil der »Warenwelt« es so gewohnt sind, dass der meiste Austausch von Gütern und Diensten sich ohne direkte Verabredungen über den Markt reguliert, besteht verständlicherweise auch bei Umsonstladen-Aktiven die Neigung, sich zwar gerne ab und zu gegenseitig etwas umsonst zu geben. Aber es besteht ebenfalls zunächst eine Abneigung dagegen, sich dazu auch direkt zu verabreden, um einen Teil der Sachen gezielt für die Gemeinschaft herzustellen.

Eine »Gratis- oder Umsonstökonomie« kann es nicht geben, es sei denn es wird geklärt, wie die Herstellung der Dinge laufen soll. Läuft diese Herstellung privat, ist der Wertausdruck auf dem Markt nötig. Läuft sie verabredet unter den Beteiligten, werden die Dinge verteilt, je nach den individuellen Bedürfnissen. Der Ausdruck »gratis« oder »umsonst« macht dann keinen Sinn mehr.

... und geschenkt

Etwas anders verhält es sich mit dem *Schenken*. Diese Tätigkeit gab es schon vor Beginn einer einfachen Warenproduktion, also seit Tausenden von Jahren. Eine *Vorstufe* zur einfachen Warenproduktion war häufig der *Geschenktausch oder Potlasch*. (Vergleiche den spannenden Klassiker »Die Gabe«, Paris 1923, von Marcel Mauss, in dem allerdings viel über Austausch, fast nichts über die Produktionsweisen früher Gesellschaften steht.) In jeder Gesellschaft hat das Schenken eine unterschiedliche Rolle gespielt. Die persönliche *GABE* als Ausdruck von Zuneigung, Wertschätzung und Gastfreundschaft spielt gerade in der Gegenwart, in der fast alles zur Ware geworden ist, weiterhin eine bedeutende Rolle. Das Schenken ist auch heute ein Zeichen praktischer Menschlichkeit. Aber das Schenken begründet ebenfalls noch keine neue, verabredete Wirtschaftsweise. Es öffnet sich vielleicht in diese Richtung. Ein Umsonstladen als »Schenkort« und »Dinge-Lager« schafft zwar Raum für das Nachdenken darüber, welche Art Wirtschaften wir eigentlich wollen aber wenn er nicht dazu genutzt wird, wird sich auch ein Umsonstladen allmählich wieder vollständig an die ihn umgebende Warenwelt anpassen. *EIN* wirksames Mittel gegen diesen Anpassungsdruck ist das regelmäßige *gemeinsame Gespräch* zwischen den Aktiven.

Zwei Bereiche schaffen, um den einen wachsen zu lassen ...

Viele Umsonstläden haben bisher keinen Ansatz bewusster gegenseitiger Hilfen entwickeln können. Ein erster Schritt dazu wäre, deutlicher zu trennen: Was mache ich für die NutzerInnen, sozusagen aus »Gastfreundschaft«? Was mache ich darüber hinaus bewusst für die anderen Aktiven?

Erst wenn die gegenseitige Hilfe zum überwiegenden Zweck der »Gesamtveranstaltung« geworden ist, kann ein Keim von verabredetem Wirtschaften entstehen, also etwas grundsätzlich Neues. Wenn die vielen NutzerInnen alles genauso »umsonst« bekommen, wie die Aktiven, wird es überhaupt nicht attraktiver, in der Gruppe aktiv zu werden. Die Gruppenbeziehungen bleiben unverbindlich und reichen nur so weit, wie die persönlichen Freundschaften untereinander. In Hamburg helfen unsere *»Listen der Bedürfnisse«*, das gegenseitige Geben *etwas* systematischer zu gestalten.

Die Bereiche der gegenseitigen Hilfe innerhalb der Umsonstläden, Projektgemeinschaften, Kommunen usw. können sich stärken, wenn sie sorgfältig als *Erfahrungsraum* von den nach außen noch notwendigen Marktbeziehungen getrennt werden. Durch eine praktische Zusammenarbeit mit ähnlichen Gruppen im jeweiligen Nahbereich kann eine zusätzliche Stärkung dieses Wirtschaftens erreicht werden.

Reparatur – eine Brücke zu verabredeter Produktion

Wenn wir in Richtung eines verabredeten Wirtschaftens gehen wollen, wird uns bewusster, dass uns fast alle »Produktionsmittel« entzogen sind. Sie sind in der Hand des Kapitals. In einer zusammengewürfelten Kleingruppe fehlen oft auch die meisten fachlichen Fähigkeiten, um einen komplexen Produktionsprozess für die eigenen Bedürfnisse zu verwirklichen.

Trotzdem können wir unsere Ansätze kräftigen durch die *Ausbreitung von Reparatur-Fähigkeiten*. Es fehlt aber auch die Fähigkeit, verabredet gut zusammenzuarbeiten. Gerade diese können wir uns über eine paar Jahre Zusammenarbeit im Umsonstladen oder einem ähnlichen Projekt sehr wohl gegenseitig vermitteln.

Wir haben gute Erfahrungen mit unserer Fahrrad-Selbsthilfe-Werkstatt. Die Ausbreitung von Reparaturfähigkeiten könnte eine *einfache Produktion* ermöglichen, die teilweise für den Markt und teilweise für den eigenen Bedarf läuft. Andere Projektgemeinschaften beginnen mit einem Gemüsegarten mit und für die Aktiven. Auch ein selbstorganisiertes Bildungsprojekt (wie die »Freie Uni« Hamburg) kann nachdenkliche, kritische Menschen miteinander verbinden, die dann überlegen könnten, was sie eigentlich wollen.

Eine andere Aktion gegen die Alltagsroutine könnte eine »Fiesta-Umsonst – ROCK die Ware« sein, in der die Aktivitäten der gesamten Gruppe mit einigen anderen »nicht-kommerziellen« Initiativen zusammenwirken. Die vierte in Hamburg ist im Sommer 2010. **Fühlt euch schon mal herzlich eingeladen!!**●

PRÄMIE FÜR NEUE ABOS !

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine CD-ROM als Prämie:

CONTRASTE-Archiv-CD 2008 mit dem »Reader der AlternativMedien«. Inhalt: Die CONTRASTE-Jahrgänge 2005-2007 im Originallayout als pdf, der Jahrgang 1984 mit text-pdf. Zusätzlich: Alle uns bekannten linken und alternativen Zeitschriften der BRD und Schweiz mit Beschreibungen in zwei Datenbanken.

Ich bin bereits JahresabonnentIn oder Fördermitglied und habe untenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Bitte schickt mir die nebenstehende Prämie zu.

Meine Anschrift:

Vor- und Nachname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Abonnement

Ich abonniere CONTRASTE für 1 Jahr zu untenstehenden Bedingungen gegen Rechnung. Jahresabo Inland 45 EUR / Ausland 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Vor- und Nachname _____

Straße _____

PLZ, Wohnort _____

Datum, 1. Unterschrift _____

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen** widerrufen werden
Zu Kenntnis genommen:

Datum, 2. Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AUFKLÄRUNGSSERIE ÜBER DEN FILZ IN DER DEUTSCHEN GENTECHNIK, TEIL 2: WO SICH DIE GENTECHNIKSEILSCHAFTEN NIEDERLASSEN

Der Filz begann in Gatersleben...

1943 schufen die Nazis im sachsen-anhaltinischen Gatersleben das Kaiser-Wilhelm-Institut für Kulturpflanzenforschung. 1945 erfolgte ein Neuaufbau, 1991 wurde es als Folge des Einigungsvertrages mit neuem Namen versehen und später in eine Stiftung umgewandelt. 1998 übernahm der Biotechnologe Prof. Uwe Sonnewald die Abteilung Molekulare Zellbiologie, im gleichen Jahr folgte die Gründung der ersten lupenreinen Gentechnikfirma: SunGene, eine Tochter unter anderem der BASF.

Von Jörg Bergstedt ● So ging es weiter: In und um das Leibnizinstitut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung in Gatersleben (IPK) entwickelte sich ein Filz von Lobbygruppen, neuen Gentechnikfirmen und Aktivitäten der großen Konzerne. Zentrale Person beim Aufpäppeln der grünen Gentechnik war Uwe Schrader, unter Horst Rehberger Referent im Wirtschaftsministerium. Er blieb dem Projekt auch nach 2006 als FDP-Landtagsabgeordneter treu, während Rehberger u.a. als Anwalt half. Ihnen gelang die Einbindung einer Vielzahl von Konzern- und BehördenvertreterInnen. Im Wissenschaftlichen Beirat des IPK sitzt Thomas Kühne vom Julius-Kühn-Institut, im Genbank-Beirat sein JKI-Kollege Prof. Frank Ordon. Kühne ist auch im Vorstand von InnoPlanta aktiv, der im IPK untergebrachten Lobbyorganisation. Im Stiftungsrat sitzen Ministeriumsbeamte: Joachim Welz, Thomas Reitmann (Kultusministerium), Martin Köhler und Jürgen Roemer-Mähler (beide BMELV). Die großen Konzerne verstecken sich hinter dem Geflecht. Nur die BASF pflanzte unter eigenem Namen Kartoffeln am IPK an, ihr Mitarbeiter Ralf-Michael Schmidt sitzt im Wissenschaftlichen Beirat.

Insgesamt entstand in Gatersleben die erste große Seilschaft der praktischen Gentechnikanwendung, gefüttert aus dem Staatssäckel: »Um das IPK herum setzte der langjährige sachsen-anhaltische Wirtschaftsminister Horst Rehberger (FDP) großzügig Fördergelder ein: Knapp 150 Millionen Euro machte er 2003 für die Biotech-Offensive locker, um Firmen in die Region zu holen«.(1) Jährlich erhält das IPK eine Grundfinanzierung, im Jahr 2005 beispielsweise 23,5 Mio. EUR vom Land und 3,4 Mio EUR von der EU. Für Projekte flossen im gleichen Zeitraum über 3,6 Mio. EUR Förderung vom BMBF, 0,6 Mio. EUR von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), 262.000 EUR vom Land und 305.000 EUR von der EU. Auch die katholische Kirche war intensiv beteiligt und baute über den kircheneigenen Immobilienspekulanten GERO AG (inzwischen pleite), gefördert vom Land Sachsen-Anhalt, mit 35 Mio. EUR einen Biopark auf, um dort auch Gentechnik zu betreiben: Futura und BGI Biopark. So standen Genversuchsfelder neben einer Saatgutbank, die vorhandenes Saatgut durch Vermehrung und Einlagerung in Sortenreinheit zu erhalten versucht – eigentlich zwei Anwendungen, die sich stark ausschließen. Daran entzündete sich Protest. Das IPK wurde zum einzigen auch aus bürgerlichen Umweltverbänden heraus heftig kritisierten Anwendungsstandort deutscher Gentechnik – ansonsten richtete sich die Kritik, wenn sie überhaupt über die bildungsbürgerlichen Schichten der Metropolen herauskam, einseitig gegen die Firma Monsanto und deren MON810. Über 30.000 Unterschriften und Einwendungen konnten die Gentechnik in Gatersleben jedoch nicht verhindern. Das gelang erst im April 2008 durch eine beherzte Aktion von freiwilligen FeldbefreierInnen. Seitdem herrscht mehr Ruhe in der Landschaft um Gatersleben. Nur BASF meldete 2009 einen ihrer Kartoffelversuche dort an, zudem wird hinter Mauern und Glas weiter experimentiert.

AgroBioTechnikum: Riskanter Sandkasten der Genmanipulation

Das zweite High-Tech-Zentrum für grüne Gentechnik entstand 2004/2005 rund 20 km östlich von Rostock im Dorf Groß Lüsewitz. Pflanzenzüchtung hatte auch dort lange Tradition. Vor allem Kartoffeln gelten als Spezialität dieser Region. In Groß Lüsewitz sitzen nicht nur kommerzielle Saatgutfirmen (z.B. Norika), sondern auch eine Außenstelle des ehemaligen Bundesamtes für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen (heute: Julius-Kühn-Institut) und Saatgutbanken für Kartoffeln. Die Aufregung um die schon vor der Fertigstellung des AgroBioTechnikums einsetzenden Genversuche war jedoch geringer als in Gatersleben, obwohl es eine auffällige Parallele darstellte, dass wiederum genau dort, wo eine Saatgutbank bestand, mit gentechnisch veränderten Pflanzen experimentiert wurde. Gatersleben, Groß Lüsewitz und zwei weitere Wiederholungen dieser Logik in Malchow (nahe Müritz in Mecklenburg-Vorpommern) und Pillnitz am Ostrand Dresdens werfen die Frage auf, ob die totale Auskreuzung gentechnisch veränderter Pflanzen einkalkuliert oder sogar gewollt war und ist.

Das AgroBioTechnikum ist Hauptstandort universitärer und sogenannter Biosicherheitsforschung. Bei näherem Hinsehen kommen an den benannten Versuchszielen aber Zweifel auf. Das Geschehen in Gewächshäusern und auf Äckern hat wenig mit Forschung, aber viel mit anderen Zielen zu tun: Propaganda für die Gentechnik und das Umlenken umfangreicher Forschungs- und Fördermittel für den Aufbau eines undurchschaubaren Geflechts von Firmen und DienstleisterInnen. Das stand in den Anfangsjahren sogar ganz offen auf der Internetseite des FINAB: »Diese Freisetzung dient einerseits der Etablierung von notwendigem Know-how für die Beantragung und Durchführung von Freisetzungen am Standort Groß-Lüsewitz, andererseits als politisches Signal und Präsentation des Dienstleistungsangebotes im AgroBioTechnikum.« Die neuen Firmen gleichen sich in einem Punkt: Geschäftsführerin ist Kerstin Schmidt. Hilfreich war zudem, dass der bei Genehmigungsanträgen für die Versuche mitwirkende Joachim Schiemann Gründungsmitglied im Geflecht von Groß-Lüsewitz war, sein Arbeitgeber JKI seit 2005 selbst an Versuchen mitwirkte und Teil des wichtigsten Firmenverbundes BioOK wurde. Antje Lorch und Christoph Then formulierten 2008 in ihrer Studie »Kontrolle oder Kollaboration?« den Verdacht, »dass es sich hier gar nicht um separate Einheiten handelt, sondern das Konglomerat von Firmen eher dazu dient, die kommerziellen Interessen im Umfeld des Vereins FINAB möglichst undurchsichtig zu gestalten.«

Insgesamt flossen 9,1 Mio. Euro an Zuschüssen aus Landes- und Bundesprogrammen allein für den Aufbau des Zentrums. Von August 2005 bis 2008 wurde zudem der BioOK-Forschungsverbund durch das BMBF mit 4,383 Mio. EUR gefördert, um etliche Feldversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen durchzuführen. Neben diesen Steuergeldern gelangen Mittel der Gentechnikkonzerne nach Groß Lüsewitz. Das Wachpersonal an den Feldern verwies bei Nachfrage auf die Firma BASF als Auftraggeber und verteilte deren Propaganda. Auch Monsanto war hinter der Fassade der dubiosen Kleinstfirmen zu erkennen – als Anwalt arbeitete der für die Firma agierende Hartwig Stiebler für Kerstin Schmidt und die Firma biovativ. Bleibt noch die Firma Bayer – mit ihr hat die am AgroBioTechnikum als Versuchsleiterin mehrfach engagierte Rostocker Professorin Inge Broer gleich mehrere Patente. »Im Moment ist es hauptsächlich Forschung in der Gentechnik, weil es dafür Geld gibt«, räumte Broer 2006 in der WDR-Sendung »Immer Ärger mit Linda« freimütig ein. Umwelt- und Landwirtschaftsminister Backhaus nannte weitere Gründe, die mit den vorgegebenen Forschungszielen wenig zu tun haben: »Gute Ergebnisse in diesem Bereich sind für die Landesregierung und für mich als Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz die besten Argumente sowohl gegenüber dem Bund als auch innerhalb des Landes, mich für den Erhalt der Agrarwissenschaften in der Universität Rostock aber auch ganz aktuell für den Erhalt zumindest eines Teils der Bundesforschungsanstalt hier in Groß Lüsewitz einzusetzen.«
Mehr: www.aggrobiotechnikum.de.vu

Gehirnwäsche pur: Die BioTechFarm

Das neueste Projekt entstand im Westen Sachsen-Anhalts, 30 km östlich von Magdeburg. Die BioTechFarm in Üplingen eröffnete im Juli 2008 und dient nach eigener Darstellung der Beeinflussung von Meinungen über Gentechnik. Die vielfältigen Verflechtungen in der Gentechnik schufen schnell Kontakte zu Forschungsinstituten und Firmen, andererseits drängen diese nach Üplingen, weil ihnen andernorts der Wind des Protestes immer stärker ins Gesicht weht. Die Folge: Üplingen war mit zehn genehmigten Versuchsfeldern bereits 2009 der zahlenmäßig wichtigste Gentechnikstandort in Deutschland. Entstanden ist der Schaugarten durch die Kooperation der beiden wichtigsten Seilschaften bei Freisetzungsversuchen, Fördermittelveruntreuung und Firmengründungen: Dem IPK in Gatersleben und dem AgroBioTechnikum in Groß Lüsewitz. Kerstin Schmidt ist Geschäftsführerin der Firmen in Üplingen und in Groß Lüsewitz. Für 2009 wurden Versuchsflächen von Pioneer (Mais), BASF (Kartoffeln), Monsanto (Mais) und der Uni Rostock (Weizen und Kartoffeln) angemeldet. Hinzu kam die Firma KWS mit Round-up-Ready-Rüben. Die angemeldeten Flächen sind überwiegend Zweitstandorte ohne eigene Bedeutung für die Forschung. Die Hauptflächen liegen am AgroBioTechnikum oder auf Firmengelände.

Ausgangspunkt der BioTechFarm war ausgerechnet eine PR-Kampagne für Nachhaltigkeit. Doch nach einiger Zeit plätscherte das UN-Dekadenprojekt für eine nachhaltige Entwicklung der Welt und »Leitprojekt des Bördekreises für die integrierte ländliche Entwicklung« nur noch gemächlich vor sich hin. (2) Im Mittelpunkt stand die Renovierung des Stiftsgutes. Eigentümerin war die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz. Das Geld aber kam vor allem von Karlheinz

Fotomontage: Jörg Bergstedt

Lichtschläger und dessen Saatgutwirtschaft S.G.L. in Erftstadt (bei Köln). Er pachtete das Stiftsgut, wurde zum reichen Mäzen aus dem Westen und dominierte die Abläufe im 75-EinwohnerInnendorf Üplingen und in der für die Aktivitäten gegründeten ARGE Üplingen. Als Vorsitzender des Bundesverbandes der Vermehrungsorganisationen mit Saatgut (BVO) verfügte er über gute Kontakte bundesweit, u.a. zur Gentechnik-Lobbygruppe Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter (BDP). Noch Mitte 2007 wurde ein Papier mit vier Zielen für das Nachhaltigkeits- und UN-Dekaden-Projekt verfasst, in dem unter den vier »Einzelmaßnahmen« kein Wort zu einem Gentechnik-Schaugarten zu finden war. Doch hinter den Kulissen griffen die Gentechnik-Seilschaften zu: Uwe Schrader, Vorsitzender von InnoPlanta, Macher aus dem IPK-Filz in Gatersleben und FDP-Politiker im Land, organisierte Gelder und zog die Fäden. Die Idee eines Schaugartens und Zentrums für gentechnische Pflanzenzüchtung entstand – mit Schrader als erstem Geschäftsführer. Im April 2008 gab er diesen Posten wieder ab ... an die Überall-Geschäftsführerin Kerstin Schmidt. Die im Zuge des Nachhaltigkeitsprojektes entstandene Infrastruktur wurde handstreichartig übernommen. Das oben zitierte Ziele-Papier aus dem Jahr 2007 wurde umgeschrieben. Der 4. Punkt des Projektplanes, bislang »Transnationale Zusammenarbeit« mutierte zum »Zentrum für Pflanzenzüchtung« – ganz unmerklich.

Rücksichtslose und profitorientierte GentechnikbefürworterInnen bestimmen nun den Ort. Betreiber des Schaugartenes ist die Biotech Farm GmbH & Co KG mit Sitz in Üplingen. Die Firmenkonstruktion ist nicht gerade ein Beweis, dass die AkteurInnen ihrem eigenen Tun vertrauen. Denn hier ist die Haftung ausgeschlossen – Gentechnik als großes Lottospiel auf Kosten der Menschen und der Umwelt. Am 12. März 2009 wurde der Schaugarten von GentechnikgegnerInnen besetzt. Im Konflikt beanspruchte Kerstin Schmidt mit ihrer Firma das Hausrecht über das gesamte Gelände und das halbe Dorf. Ihr Anwalt war wie am AgroBioTechnikum der Monsanto-Anwalt Stiebler. Der Standort kann noch an Bedeutung gewinnen, wenn Konzerne und die nahegelegene Bundesfachanstalt JKI in Quedlinburg ebenfalls verstärkt die Üplinger Flächen nutzen.
Mehr: www.biogeldfarm.de.vu●

Termin: Am 6. September beginnen Aktionstage an den wichtigsten drei Standorten des Gentechnikfilzes Groß Lüsewitz/Rostock, Berlin und die Börde. Ein Höhepunkt sind Proteste gegen das bundesweite Treffen der Gentechnik-Seilschaften am 7. September auf der BioTechFarm in Üplingen.
(siehe http://gentechfilz.blogsport.de)

Anmerkungen:
1) Spiegel 41/2008 (S. 94)
2) Alle Zitate von www.ueplingen.de.

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Wer nicht spurt, kriegt kein Geld

Hartz-IV: Du bist nicht allein

Arbeitslosigkeit wird häufig als Einzelschicksal erlebt. Ob wir eine neue Arbeit finden, ob wir Anträge ausfüllen müssen oder zum Termin im Jobcenter erscheinen müssen, all dies scheint uns ganz allein zu betreffen.

In Berlin-Friedrichshain hat sich eine Initiative zusammengefunden, die anbietet, Betroffene beim Gang zum Jobcenter zu begleiten. Viele – und dazu gehören auch die MitarbeiterInnen des Amtes – wissen gar nicht, dass sie sich begleiten lassen können, sogar zu mehreren. Hier wird als solidarisches Projekt umgesetzt was der § 13 des Sozialgesetzbuchs X garantiert.

Dass man mit seiner Arbeitslosigkeit kein Einzelfall ist, dazu würde ein Blick auf die Zahl der Arbeitslosen ausreichen, doch die gefühlte Einsamkeit im Angesicht der Agentur hat eine gewisse Systematik. In der Broschüre der »Berliner Kampagne gegen Hartz IV« sind einige Fälle von Sanktionen gegen ALG2 BezieherInnen aufgezeichnet. Sanktionen heißt, dass durch die SachbearbeiterInnen Gründe gefunden wurden, den Betroffenen die Hilfe zum Lebensunterhalt zu kürzen. Für diese heißt es nun, mit weniger als dem monatlichen Minimum zum Leben auszukommen. Das sind keine Einzelfälle. Die SachbearbeiterInnen sind dazu angehalten Gelder einzusparen und Sanktionen bieten einen billigen Weg, die Vorgaben zu erfüllen.

Die Angst, die mit den Sanktionen verbreitet wird, wird durch die Arbeitsagentur produziert.

Jede und jeden Einzelne/n kann es treffen. Die Furcht, sich zu wehren und auf seinen Rechten zu bestehen, wird zu einer Frage des persönlichen Muts. Doch wie geht man gemeinsam dagegen an? Der Gang vor das Sozialgericht lohnt sich in aller Regel, schon allein aufgrund der Vielzahl formaljuristischer Fehler. Beratung aller Orten kann hier helfen. Den Gang zum Jobcenter nicht mehr alleine machen zu müssen, ist ein guter Weg. Aber abgeschafft werden muss die Verweigerung des Nötigsten, abgeschafft werden muss der Sanktionsparagraph im SGB. Es ist eben keine individuelle Schuld die uns bei Arbeitslosigkeit trifft, da hilft kein strafen und kein fördern. Da hilft nur fordern.

Mehr zur Broschüre »Wer nicht spurt, kriegt kein Geld« unter www.hartzkampagne.de, dort ist sie auch als PDF erhältlich. Informationen zur Begleitung beim Gang zum Jobcenter in Berlin unter jobcenter.begleitung@web.de.●

Andreas

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a,
10961 Berlin
buero@netzwerk-selbsthilfe.de
www.netzwerk-selbsthilfe.de
Tel.: (0 30) 691 30 72
Spenden bitte an:
Förderverein Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ: 100 205 00,
Kontonummer: 302 33 00

NEUES GESUNDHEITSZENTRUM VON CECOSESOLA ERÖFFNET

»Gemeinsam können wir es schaffen«!

Vor nunmehr vierzehn Jahren wurde in der Basiskooperative »El Triunfo« in Barquisimeto (Venezuela) im Rahmen der Aktivitäten unseres Kooperativenverbunds eine kleine Sprechstunde für Allgemeinmedizin eingerichtet. Dies war der Start der selbstverwalteten Gesundheitsbewegung in unserer kooperativen Bewegung CECOSESOLA. Niemand hatte damals gedacht, dass dieser Bereich unserer Aktivitäten sich schon in kurzer Zeit enorm ausweiten würde.

Von Jorge Rath, Barquisimeto ● Bereits Jahre davor hatten wir überlegt, wie wir Genossenschaftsmitglieder uns im Krankheitsfall gegenseitig helfen könnten. Ergebnis war eine kleine solidarische Gesundheitskasse. Das Geld dafür zweigten wir uns von unserer eigenen Bezahlung für die Arbeit in den verschiedenen Ferias, unseren kooperativ geführten Wochenmärkten ab. Dies weitete sich langsam aus, so dass ein sogenannter Integraler Fonds entstand, eine Art eigene Krankenkasse, die auf den Prinzipien der Solidarität und der Transparenz in der Kommunikation sowie gegenseitigem Vertrauen beruht. In diesem Fonds sind diejenigen Basiskooperativen zusammengeschlossen, die einen eigenen lokalen Fonds der sozialen Absicherungen mit monatlichen Beiträgen und zusätzlichen Aktivitäten ihrer Mitglieder (Verkauf von T-Shirts, Essenverkauf, Reisen ans Meer, usw.) finanzieren. Daraus wird dann monatlich ihr Beitrag entsprechend der Mitgliederzahlen und ihrer finanziellen Möglichkeiten an den Integralen Fonds überwiesen. Aus dem werden dann diejenigen Kosten ent- und übernommen, welche wegen ihrer Höhe (z.B. Operationen) die Möglichkeiten des einzelnen Mitgliedes oder seiner/ihrer Familie und die der Basiskooperative selbst übersteigen. Im Mai 2006 beliefen sich die Disponibilitäten des Fonds auf 64.000 US-$.

Der Gesundheitsbereich von CECOSESOLA setzt sich heute aus 21 unserer Basisinitiativen zusammen. Sechs davon bilden ein kleines kooperatives Netz für Dienstleistungen im Gesundheitswesen mit eigenem lokalem Gesundheitszentrum, in dem die Tarife nur die Kosten decken und wo wir diese Dienstleistungen auch der Allgemeinbevölkerung zu relativ günstigen Tarifen zugänglich gemacht haben. So kostet eine Sprechstunde in der Inneren Medizin derzeit 50 bolívares (ca. 10 EUR) für socios/as (Mitglieder), während der Tarif für Nichtmitglieder 60 bolívares beträgt. Unsere Preise sind dabei viel günstiger als im üblichen Gesundheitssektor. Beispielsweise kostet ein Prostata-Test in »normalen« Labors umgerechnet 12 US-$, im Labor unserer Kooperative 5,85 US-$. Unsere »Gesundheitskette« zieht sich inzwischen durch verschiedene Bezirke und Stadtteile von Barquisimeto (ca. 1 Million Einwohner). Im Jahr 2007 wurden diese Dienstleistungen bereits von insgesamt 160.000 Personen in Anspruch genommen.

Die Gesundheitszentren vor Ort werden hauptsächlich von den 6.400 Familien finanziert, welche als Kooperativenmitglieder im Netz verankert sind und wöchentlich 0,75 US-$ als Beitrag bezahlen. Dies ermöglicht, im Zusammenspiel mit neuartigen Organisationsformen und den Einkünften, die durch Tarife mit geringem Aufschlag für Dienstleistungen an Nicht-Kooperativenmitglieder dazukommen, bislang diesen Gesundheitsdienst ohne jedwede Kredite oder Subsidien von Drittseite aufrecht zu erhalten.

Das integrale kooperative Gesundheitszentrum

Als wir 2003 zwischenzeitlich Bilanz zogen, wollten wir einen Schritt weiter gehen und wünschten uns neben dem Bestehenden noch ein Gesundheitszentrum, das umfassendere Gesundheitsdienste ermöglichen sollte. Seitdem existierte die Idee des Integralen Kooperativen Gesundheitszentrums (IKGZ) und sie wurde Schritt für Schritt realisiert. Schließlich wurde der Bau in 2009 fertig gestellt und am 2. März eingeweiht. Die dafür erforderlichen 870.000 US-$ konnten wir aus eigener Kraft finanzieren.

Unser Konsens war und ist ein Projekt, in dem sich alle medizinischen Dienste unter einem Dach zusammenfinden und in dem neben den herkömmlichen Diensten der akademischen Medizin sowohl den sogenannten Komplementärtherapien als auch der Eingliederung anderer Aktivitäten wie z.B. Erholung, Bildung und fachliche Orientierung hin zu präventivem Gesundheitsdenken ein hoher Stellenwert zukommt. Was bedeutet, dass eine Gewichtsverschiebung in dem Verhältnis zwischen Gesundheitserziehung (promoción), Vorbeugung (prevención), Heilung (curación) und Rehabilitierung (rehabilitación) zugunsten der ersten beiden Grundpfeiler stattfinden soll.

Wir stimmen mit der auch innerhalb der Wissenschaftlichen Medizin immer häufiger geäußerten Auffassung überein, dass die hauptsächlichen Ursachen von Krankheit und Sterben in unseren gegenwärtigen Lebensstilen zu finden sind, unserer Art und Weise, wie wir unter kapitalistischen Bedingungen leben, wobei die Lebensqualität zunehmend schlechter wird. Die vorherrschenden Strukturen, eine Mischung aus industrialistischen und post-industrialistischen Prozessen, machen auch weiterhin aus der Gesundheit eine Ware. Die Entfremdung vom körpereigenen Gesundungs- und Heilungspotential nimmt zu, »marktgerechtes« Konsumentenverhalten ebenso.

Wir denken, dass es für die gesellschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung ist, weiterhin im Sinne der Schaffung und Verbreitung einer integralen Gesundheitskultur tätig zu bleiben, welche dabei sowohl die erste Stufe medizinischer Betreuung (Primärmedizin), die Komplementärtherapien, sowie Bildung und Ausbildung in Präventivmedizin als auch Rehabilitierung und Gesundheitserziehung integriert.

Weiterhin haben wir das Konzept des IKGZ dahingehend diskutiert, dass die Aufgabe der Gesundheit nicht nur entweder dem Staat oder Privatkliniken zukommt, sondern dass es weiterhin auch »Gesundheit von unten« in Form selbstverwalteter Gesundheitsinitiativen geben muss. Diese Organisationsform halten wir am ehesten für geeignet, einer Gesundheitsbewegung zuzuarbeiten, in der man nicht nur mitmachen kann, sondern die auch selbstverwaltet auf der Grundlage der kollektiven Entscheidungen der aktiv Beteiligten (und das können auch durchaus PatientInnen sein) ihren Weg sucht. Diese Form gab es schon vor geraumer Zeit in Venezuela im Rahmen der Basisvolksbewegungen im Gesundheitsbereich (z.B. die sog. Gesundheitsgruppen = Comités de Salud), jedoch ist dieses »Dritte Standbein« im neuen bolivarianischen Gesundheitskonzept nicht mehr vorgesehen: entweder Staat oder privat!

Eröffnung des IGKZ — Foto: Cecosesola

DER KOOPERATIVENVERBUND

CECOSESOLA (Central Cooperativa de Servicios Sociales del Estado Lara), ist ein Kooperativenverbund im Nordwesten Venezuelas; 1967 gegründet, sind wir derzeit 85 Basisorganisationen (Kooperativen, landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, Kommunitäre Produktionseinheiten, Stadtviertelinitiativen mit rund 20.000 compañeras und compañeros als Kooperativenmitglieder) und nahezu 2.000 »Hauptamtlichen« (trabajadores asociados) in Cecosesola. Im Jahr 2007 belief sich das Geschäftsvolumen auf ca. 115 Milliarden bolívares (ca. 43 Mio. US-$). Bislang haben wir alle unsere Aktivitäten immer selbst finanziert.

Innerhalb von Cecosesola gibt es eine ganze Reihe konkreter Tätigkeitsbereiche: Erzeugung und Verkauf von Lebensmitteln (die verschiedenen »Ferias de Consumo Familiar« = Wochenmärkte in der Stadt Barquisimeto), das kooperative Bestattungswesen, kooperativer Verkauf von Haushaltsgeräten, kooperatives Finanzierungssystem (Spar- und Darlehensinitiative), Gesundheitswesen, und auf all dies zugeschnittene (Aus)bildungsaktivitäten. Das Gesamte dieser Aktivitäten und Initiativen ermöglicht einen kontinuierlichen, sowohl kollektiven als auch individuellen Bildungsprozess und gleichzeitig die allmähliche Abdeckung unserer kollektiven Bedürfnisse. Es gibt nur wenig »feste« Arbeitsplätze, bis auf Ausnahmen liegt der Schwerpunkt im Rotationsverfahren, die Entscheidungsfindung in Cecosesola ist ein kontinuierlicher und alltäglicher Prozess des Konsens.

Gewiss hat die bolivarianische Regierung viel dafür getan, mit der Misión Barrio Adentro unter Mithilfe vieler kubanischer ÄrztInnen, vor allem für die armen Bevölkerungsteile die Gesundheitsdienste zu verbessern. Dabei sollten wir allerdings auch berücksichtigen, dass in den staatlichen Einrichtungen offiziell zwar nichts bezahlt wird, dass es jedoch kurzsichtig ist, dies als »kostenlos« zu bezeichnen. Sie werden de facto vom Verkauf des Erdöls finanziert, dessen »Segnungen« zwar heute viel spürbarer als vor einigen Jahren in Projekte fließen, die vielen – vor allem armen – Menschen im Land zugute kommen, jedoch weltweit und ökologisch immense Kosten verursachen, die heute vom Nachhaltigkeitsstandpunkt aus nicht mehr tragbar erscheinen.

Uns geht es nun auch nicht darum, dem bestehenden Gesundheitswesen ein weiteres kleines Krankenhaus hinzuzufügen, sondern unsere eigene kooperative Initiative weiter zu entwickeln und ihren Kriterien gemäß auch im Gesundheitsbereich unsere Prozesse von Infragestellung, Bewusstmachung, Aufbrechung und Umformung kapitalistischer, patriarchalischer, kulturell-zivilisatorisch geprägter Denk- und Verhaltensstrukturen weiter zu fahren. Der rote Faden, der sich von Anfang an durch alle Aktivitäten des neuen Gesundheitszentrums zieht, ist die Schaffung eines Raums kommunitärer Begegnung in Gesundungs- und Heilungsprozessen, der Erweiterung und Verfestigung von zwischenmenschlichen Beziehungen auf der Grundlage gegenseitigen Respekts und der Solidarität sowohl bei den dort Tätigen als auch zwischen ihnen und den Menschen, die vor Ort leben. Ziel ist eine kooperative Selbstverwaltung, die nicht nur auf die Mitglieder unserer Kooperativenbewegung beschränkt bleibt, sondern auch das (die) Stadtviertel mit einbezieht.

Zusammengefasst besteht der integrale Charakter des IKGZ in der komplementären Sicht von konventionellen und alternativen Gesundheitskonzepten, im Zusammenströmen von Wissen, Bewusstsein und Herzlichkeit (spanisch: Conocimiento. Conciencia y Corazón) in den Heilungsprozessen, in der Zusammenkunft von Kooperative und Stadtviertel, womit Integration von Gesundheitserziehung, Vorbeugung, Heilung und Rehabilitierung gelingen soll. Beispielsweise sind wir dabei, den Speiseplan im Gesundheitszentrum auf eine integral gesunde Ernährung hin zu erarbeiten, was auch Gesundheitserziehung bedeutet.

Am 2. März war es soweit!

Das IKGZ wurde »offiziell« eingeweiht. Fünfhundert Menschen feierten partizipativ-kreativ. Es waren drei Menschenketten, die sich bei der Hand nehmend das Gebäude betraten, als sich die Türen öffneten. Nach einem kurzen Rollenspiel, welches die Geschichte unserer Bewegung zusammenfasste, gab es eine Danksagung in die sieben Richtungen (Norden, Süden, Osten, Westen, Oben, Unten und nach Innen) wie sie von vielen Indigenen Völkern unseres Kontinents praktiziert wird, um Respekt und kosmische Integration zu bezeugen. Dann wurden Blumenblätter an alle Anwesenden verteilt, die wir auf »Eins, Zwei, Drei« in die Luft warfen. Eine überaus emotional motivierende Einweihung.

Wie soll es jetzt weitergehen?

Wie schon so oft in der 41-jährigen Geschichte von CECOSESOLA stehen wir wieder mal am Anfang. Viel von dem, was wir uns zum Gesundheitszentrum vorgenommen haben, soll jetzt langsam und prozesshaft in die Tat umgesetzt werden. Dabei sind wir uns bewusst, dass die konventionellen Formen von Gesundheitsauffassung und -praxis auch in uns selbst immer noch stark verwurzelt sind, z.B. dass der Arzt der Chef ist und das Sagen hat. Es geht uns aber nicht darum, ein theoretisch konzipiertes Konzept umzusetzen. Vielmehr geht es um die Erfahrungen der ersten 14 Jahre im Gesundheitsdienst und unsere Vorgehensweise, aus dem täglichen Miteinander ständig auf dem Hintergrund unserer kollektiven Kriterien Lehren zu ziehen und dabei die Konturen kapitalistisch-zivilisatorischer Verhaltensweisen immer mehr zu verwaschen und neue Formen zu entdecken – als kreativer Prozess, der sich hauptsächlich in und aus sich selbst nährt und dessen Ende nicht abzusehen ist, der aber auch gleichzeitig Kritik der bestehenden Verhältnisse sein will.

Nun, der Bau steht, und das haben wir zunächst aus eigener Kraft und mit den eigenen Mitteln geschafft! Die »Inbetriebnahme« wird allmählich und in Etappen verlaufen. Im März ist die Arbeitsmedizin und die »betriebs«ärztliche Sprechstunde ins IKGZ umgezogen. Ende Mai kommen dann die Akupunktur und andere Komplementärtherapien wie Massagen, Wassertherapie und inzwischen auch die Anwendung von Heilpflanzen dazu. Gleichzeitig sind wir dabei, die chirurgische Abteilung einzurichten. Wie allgemein bekannt, bedeutet das einen erhebliche Kostenfaktor, und da wollen wir auch jetzt schon hin und wieder an die eine oder andere solidarische Tür klopfen auf der Suche nach »sanften« Finanzierungsmöglichkeiten oder Finanzierungshilfen.

Das neue »Integrale Kooperative Gesundheitszentrum« — Foto: Cecosesola

Wir scheuen uns auch nicht, davon zu reden, dass die Größe und Tiefe dieses neuen Projektes uns ab und an etwas bange werden lässt, weil wir wirklich wollen, dass es ein alternatives Zentrum wird. Nicht, weil wir meinen, mehr oder besser zu sein als andere und auch ohne andere Bemühungen im Gesundheitsbereich gering zu schätzen, vielmehr, weil wir mit dem transformatorischen Impuls der Heilungsprozesse ein weiteres Element in die Kohärenz eines alternativen Lebensprojektes und -prozesses einbauen wollen. Dabei betrachten wir unser Gesundheitsprojekt nicht mehr und nicht weniger als eines unter vielen möglichen...●

Adresse: Cecosesola, Carrera 4, Zona Industrial I, Barquisimeto (Estado Lara), VENEZUELA
Telefon: 0058-251-2372909,
e-mail: cecosesola@cantv.net

Spendenkonto Deutschland:
Georg Wolter, Stadtsparkasse Köln, BLZ: 370 501 98, Kto-Nr.: 0054923123, Stichwort: Venezuela

ARTIKELSERIE IN SACHEN HAUSRETTUNG, NEUNTE FOLGE: EINE EMPFEHLUNG FÜR RAUM SUCHENDE

Geht doch nach drüben!

Die Wohnerfahrungen und -wünsche von CONTRASTE-LeserInnen sind vermutlich etwas anders als die der NormalbürgerInnen: flexibler, gemeinschaftlicher, aber auch beharrlich. Das Interesse an alten Häusern und der Kampf gegen die kapitalistische Abrisswut bleiben für Gruppen, die alternative Wohnformen realisieren möchten, auf der Tagesordnung. CONTRASTE will mit dieser Artikelserie von Konrad Kantstein Überlegungen und Tipps eines »alten Hasen« in Sachen Hausrettung vermitteln. In dieser vorläufig letzten Folge geht es um verlassene Orte, die darauf warten, wachgeküsst zu werden.

In Chemnitz werden reihenweise gut erhaltene Wohnhäuser abgerissen, weil angeblich niemand darin wohnen will. Foto: Stadtforum Chemnitz

Von Konrad Kantstein ● »Geht doch nach drüben! Ab mit euch in den Osten!« So riefen die von der Bildzeitung aufgehetzten Bürger von ihren Balkons herab, als wir auf der Straße gegen den Krieg in Vietnam demonstrierten. »Geht doch nach drüben!« – das könnte man heute allen zurufen, die großzügige und erschwingliche Wohn- und Arbeitsräume suchen.

Es wird Zeit, dass sich in den dichter besiedelten Regionen Westdeutschlands eine dreifache Nachricht herumspricht:

Erstens: Es gibt in den östlichen Bundesländern umbauten Raum in Hülle und Fülle: Leer stehende Wohnungen, ganze Wohnblöcke, Fabriketagen und Gutsanlagen, Bauernhäuser und Schlösser. Verlassene Orte, die darauf warten, wach geküsst zu werden.

Zweitens: Es gibt dort Grünflächen und Freiräume, Brachland inmitten von Städten, verwilderte Gärten und Parkanlagen, aber auch Wüsten (»Bergbaufolgelandschaften«), ehemalige Militärgelände (»Konversionsgebiete«), kurz: Landschaft in allen Aggregatzuständen, Raum für alle, die Platz brauchen. Betätigungsfelder für Selbstversorger, Grünromantiker, Land-art-Künstler, Häuserretter, Parksanierer, Landkommunen und Biobauern, Ziegenzüchter und Kräutergärtner. Wer immer Raum braucht, um sich zu entfalten, findet ihn dort.

Drittens: Es ist auf weite Strecken ein immer noch schönes Land mit klaren Seen, wunderbaren Wäldern, verschlafenen Dörfern und ehrwürdigen Altstädten. Was der gestresste Großstadtmensch sucht: Die Ruhe, die Weite, die Natur, sogar noch relativ unverbaute Landschaften, das findet er hier.

Allein in Leipzig stehen zigtausende von Wohnungen leer, darunter viele bereits renovierte. Noch nicht renovierte Wohnungen und ganze Mietwohnhäuser kann man in ostdeutschen Städten zu unwahrscheinlich günstigen Bedingungen erwerben. Da gibt es tatsächlich Gründerzeithäuser mit acht oder zehn Wohnungen zu einem Preis, für den man in München nicht einmal eine Einzimmer-Eigentumswohnung bekäme. In Chemnitz werden solche Häuser gerade zu Dutzenden abgerissen, weil niemand sie haben oder bewohnen will. Man kann sich die Versteigerungskataloge bestellen, in die betreffende Stadt fahren, das Passende aussuchen, besichtigen und dann mitbieten. Oft ist die Konkurrenz nicht sehr groß. Für manches erhaltenswerte Haus, das inzwischen verschwunden ist, gab es in den letzten zehn Jahren kein Gebot. Während in München Wohnungsnot herrscht, wird im Osten massenhaft Wohnraum vernichtet. Übrigens gibt es in Deutschland über 333.000 Obdachlose. Aber das will in diesem Zusammenhang niemand hören.

Wie immer, wenn man versucht, sich mit einem fremden Land vertraut zu machen oder dort anzusiedeln, muss man behutsam vorgehen. Die ehemalige DDR ist immer noch ein fremdes Land. Die Menschen sind anders sozialisiert, sie denken und fühlen anders. Besonders auf dem Lande sind sie – wie Landleute meistens, wenn jemand aus der Stadt zu ihnen kommt – erst einmal sehr zurückhaltend. Das ist im Frankenwald oder in Nordfriesland nicht anders. Hier kommt jedoch eine doppelte Last hinzu: die der DDR-Geschichte und die der Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre.

Die DDR war ein ziemlich autoritärer, in vielem auch fürsorglicher Staat. Den Bürgern wurde gesagt, was sie zu tun und zu lassen hatten. Privatinitiative, gar mit politischen oder wirtschaftlichen Zielen, war unerwünscht. Menschen, die aktiv und ehrgeizig waren, viele Akademiker, Ärzte, Unternehmer, selbstständige Kaufleute und Handwerker haben das Land schon in den fünfziger Jahren verlassen, um im Westen ihr Glück zu suchen. So wurde das Land »entbürgerlicht.« Zurück blieben vor allem die, die sich mit den Verhältnissen und den Machtstrukturen arrangieren konnten. Je länger die DDR existierte, desto selbstbewusster wurden die Menschen, vor allem die Arbeiter, die nun anfingen, die Regierung beim Wort zu nehmen und ihre Rechte als »herrschende Klasse« einzufordern.

Nach dem Fall der Mauer überließ die Regierung Kohl die wirtschaftliche Entwicklung der fünf neuen Bundesländer dem »freien Spiel der Kräfte.« Die Treuhandanstalt verscherbelte das Volkseigentum der DDR, ganze Wohnquartiere, industrielle Liegenschaften, Fabriken, Kasernen, Kulturhäuser, Felder und landwirtschaftliche Betriebe. Ihre Nachfolgefirmen (TLG, BVVG) setzen das verhängnisvolle Treiben bis heute fort. Was dabei an krimineller Energie umgesetzt wurde, geht buchstäblich auf keine Kuhhaut. Es böte Stoff für mehr als ein Dutzend Kriminalromane, von denen einige ja auch schon geschrieben wurden. Wertvolle Anlagen wurden zerstückelt und in Teilen verkauft, denkmalgeschützte Bauten abgerissen, Firmen »abgewickelt.« Manch ein westdeutscher »Investor« hat dabei abgesahnt und ward dann nicht mehr gesehen. Die Ostdeutschen haben in den ersten Jahren nach der »Wende« hinreichend Erfahrungen mit der Überheblichkeit und Skrupellosigkeit westlicher »Unternehmer« sammeln können.

Freilich gibt es auch sehr Positives in der Bilanz der letzten zwanzig Jahre. An vielen Orten sieht es heute längst nicht mehr so schlimm aus wie anfangs der neunziger Jahre. Im Gegenteil: Viele alte Stadtzentren sind fabelhaft wiederhergestellt worden. In Leipzig und Rostock, Halle und Dresden entfaltet sich heute ein urbanes Leben nicht schlechter als in vergleichbaren westdeutschen Städten. Die Bundesregierung hat mit ihrem Förderprogramm »Städtebaulicher Denkmalschutz« dafür gesorgt, dass in den östlichen Bundesländern Städte mit historischen Stadtkernen renoviert und revitalisiert werden konnten. Die westdeutschen Denkmalpfleger haben ihre ostdeutschen Kollegen gut beraten, das Bauhandwerk hat sich rasant entwickelt. So konnte vermieden werden, dass viele Fehler, die in den fünfziger/sechziger Jahren in Westdeutschland gemacht wurden, in den neunziger Jahren im Osten noch mal gemacht wurden. Seitdem gehören Orte wie Langensalza und Quedlinburg, Görlitz und Güstrow, Potsdam und Meißen, Weimar und Altenburg, Rudolstadt und Erfurt zu den schönsten Städten Europas, die sich nun wieder mit Heidelberg oder Lübeck, Marburg oder Tübingen messen können.

Seit etwa zwei Jahren macht ein neues Stichwort die Runde: »Raumpioniere.« Das ist ein Sammelbegriff für Aktivisten, die Freiräume auf dem Land oder in der Stadt besetzen und beleben, die durch ihre Aktivitäten versuchen, neue Lebensformen zu entfalten und das Dasein in der Provinz dadurch spannender zu machen. Oft sind es nicht die Einheimischen, sondern die Zugezogenen, die neue kreative Milieus schaffen und dafür sorgen, dass verfallende Orte sich entwickeln und neue Zuwanderer anziehen. Wo demnächst vielleicht ganze Dörfer oder halbe Kleinstädte leer stehen, gibt es ungeahnte Chancen auch für größere Gemeinschaften (Künstlergruppen, Produktions-Genossenschaften, Selbstversorger-Kooperativen) sich dort neue Lebenszusammenhänge aufzubauen. Vor den Neonazis, von denen in westdeutschen Medien so viel berichtet wird, braucht man keine Angst zu haben. Sie sind nur in bestimmten Gegenden dominant und keineswegs flächendeckend präsent. Außerdem sind sie individuell oft feige und fühlen sich nur in der (alkoholisierten) Gruppe stark. In manchen Gemeinden gibt es inzwischen eine aktive Bewegung gegen Neonazismus.

Allerdings muss jeder, der heute den Schritt in die östlichen Bundesländer wagen will, sich darüber klar werden, dass er ein weitgehend entökonomisiertes Gebiet betritt. Die westdeutschen Unternehmer, die seit 1990 auf dem Territorium der vormaligen DDR tätig wurden, haben zuerst die Bodenschätze unter ihre Kontrolle gebracht, dann haben sie sich einen Großteil der Immobilien angeeignet, die Arbeitskräfte entlassen, den Maschinenpark verschrottet und die Konkurrenz ausgeschaltet. Sie haben sich die Übernahme östlicher Betriebe von der Bundesregierung mit Millionensubventionen vergolden lassen, aber nur einen Bruchteil der ehemals dort Beschäftigten wieder eingestellt.

Es passiert jetzt genau das, was schon 1961 geschehen wäre, wenn die Mauer nicht gebaut worden wäre. Die Verantwortung für den Mauerbau wurde von der DDR-Regierung übernommen, er wird ihr bis heute angelastet. Die Verantwortung für die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre will offenbar niemand übernehmen. Die Regierenden tun so, als handele es sich um ein Naturereignis, dass seit 1990 über 1,7 Millionen Menschen auf der Suche nach Arbeit ihre Heimat in den östlichen Bundesländern verlassen mussten. Vor allem junge Frauen zwischen 18 und 28 sind in den Westen gegangen, mit der Folge, dass in den am weitesten östlich gelegenen Landkreisen auf 100 junge Männer nur noch 80 junge Frauen kommen, woraus wiederum folgt, dass weniger Ehen geschlossen und weniger Kinder geboren werden. Kindergärten und Schulen werden geschlossen.

Die Situation ist bekannt. Sie wird aber von den regierenden Parteien beschwiegen und verdrängt: Eine Arbeitslosigkeit, doppelt bis dreimal so hoch wie in Bayern oder Baden-Württemberg, schrumpfende Städte, Abriss ganzer Wohnblöcke, sogar denkmalgeschützter Gründerzeitbauten, Überalterung der Bevölkerung und die niedrigste Kaufkraft in ganz Deutschland.

Wer in den Osten gehen und dort eine Existenz gründen will, muss wissen, was ihn erwartet und was nicht. Wer dort Waren anbieten will, wird es schwer haben. Denn die Verkäufer sind alle längst da. An den Ausfallstraßen der Kreisstädte drängeln sich Aldi, Netto, Obi und wie sie alle heißen, Einkaufszentren mit doppelt so viel Einkaufsfläche pro Kopf der Bevölkerung wie im Westen, dafür mit gelegentlich höheren Preisen. Nach allen Prognosen wird aber die bezahlte Beschäftigung in den östlichen Bundesländern weiterhin abnehmen.

Die Wohlstandsverteilung in Deutschland ist absolut eindeutig: Der Reichtum sitzt in Bayern, im Südwesten um Stuttgart, in der Rhein-Main-Region, im Köln-Düsseldorfer Raum und im Umland von Hamburg. Die Armut sitzt in den ostdeutschen Bundesländern, sie wird dort – bei allen regionalen Unterschieden – im Großen und Ganzen auch bleiben und weiter zunehmen. Wer im Osten etwas herstellen und verkaufen will, tut also gut daran, seine Kundschaft gleich mitzubringen oder sie außerhalb zu suchen. Nur der Tourismus, besonders an der Küste, bietet gute Perspektiven. Mecklenburg-Vorpommern wird auf lange Sicht zwar eins der schönsten aber trotzdem wohl auch eins der ärmsten Bundesländer bleiben. Ähnliches gilt für Sachsen-Anhalt und Teile von Brandenburg.

Nun sind einfachere Lebensverhältnisse an sich keine Schande und kein Nachteil. Im Gegenteil: Wenn wir erkannt hätten, in welcher Lage sich die Menschheit auf dieser Erde mit ihren begrenzten Ressourcen befindet, hätten wir längst alle bescheidener werden müssen.

In der DDR war das Leben keineswegs von Luxus geprägt, nicht einmal das der Führungsschicht. Der Unterschied bestand darin: Zu DDR-Zeiten war die Armut relativ gleichmäßig verteilt, die Einkommenspyramide war viel flacher als im Westen und die Grundbedürfnisse – Wohnung, Nahrung, Kultur und Verkehr – waren für alle bezahlbar. Das ist jetzt nicht mehr so. Seit 1990 kostet schon das pure Leben richtig Geld. Obendrein wird den Ostdeutschen permanent unter die Nase gerieben, was sie sich leisten könnten, wenn sie es sich leisten könnten. Und dann wird ihnen – ebenso wie den Arbeitslosen im Westen – gesagt, dass sie ja selber schuld seien, wenn sie nicht reich genug sind, um sich all die schönen Dinge zu kaufen, die ihnen die Werbung vorführt. Wo man das Geld verdienen soll, wenn weit und breit kein Betrieb mehr existiert, in dem man Arbeit finden könnte, wird ihnen nicht gesagt. Die einzige Antwort lautet: »Na dann müsst ihr den Hintern eben hochkriegen!« Eben das haben schon mehr als anderthalb Millionen Menschen getan. Deshalb gibt es jetzt im Osten so viel Platz.●

Konrad Kantstein ist Kulturhistoriker, ehrenamtlicher Hausretter und Denkmalschützer

INTERVIEW

Netze knüpfen

Auch alternative Medien haben ihren Preis

Dieses Jahr hat der alternative Medienpreis zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Gabriele Hooffacker ist von Anfang an dabei. Sie erklärt die Notwendigkeit, erzählt von Erfolgen und Schwierigkeiten.

Dr. Florian Weis (rls), Christoph Nitz und Dr. Gabriele Hoofacker... Foto: Michael Schulze von Glaßer

CONTRASTE: *Warum brauchen wir einen alternativen Medienpreis?*

Gabriele Hooffacker: Es gibt eine Menge an Journalistenpreisen. Aber unser Medienpreis zeichnet Engagierte aus, die sich kritisch und journalistisch gut mit Themen auseinandersetzen und diese gut aufbereiten. Solch eine Auszeichnung ist in Deutschland einzigartig.

Richtet sich der Wettbewerb an professionelle Journalistinnen und Journalisten oder an journalistische Laien?

Viele, die sich bewerben, arbeiten ehrenamtlich. Aber das ist bei uns kein Kriterium. Wir zeichnen Bürgerjournalismus, aber auch professionellen Journalismus aus.

Wenn Sie mit ihrem Preis einen Anreiz schaffen – besteht dann nicht die Gefahr, dass Artikel nicht mehr geschrieben werden, weil da jemand mit vollem Herzblut dahinter steht?

Die Beiträge müssen ja vorher veröffentlicht sein und dann werden die bei uns eingereicht. Außerdem sind wir nicht so gigantisch ausgestattet wie die Pharma-Industrie, die 50.000 Euro für einen Wettbewerb ausloben kann. Bei uns gibt es 500 Euro, ich glaube nicht, dass das der große Anreiz ist.

Woher kriegen Sie das Geld?

Das ist immer schwierig und ein ganz schöner Aufwand, das Geld zusammenzubekommen. Wir kriegen zum Beispiel Geld von einer Nürnberger Tageszeitung oder von der Gewerkschaft ver.di. Wir betteln da immer um 100 bis 150 Euro.

So schwer kann es doch nicht sein, die 500 Euro einzusammeln.

Wir haben aber vier verschiedene Kategorien: Print, Audio, Video und Online. Und in jeder Kategorie werden zwei Preise vergeben. Als wir vor zehn Jahren angefangen haben, haben wir übrigens keine Print-Medien ausgezeichnet, sondern Radio- und Online-Projekte.

Warum?

Wir haben von Anfang an einen Schwerpunkt auf die crossmediale Arbeit gelegt – weil es eben die Möglichkeiten der Partizipation bietet. Das Internet ist ja mal angetreten mit dem Anspruch: Hier können alle mitmachen.

Trotzdem herrschen auch hier die Mainstream-Medien vor. Was kann ein alternativer Medienpreis überhaupt bewirken?

Eine ganze Menge. Zum Beispiel haben wir einmal einen Beitrag prämiert über Homosexuelle im Alter. Wir fanden das toll, dass der Autor das Thema entdeckt und aufbereitet hat. Seitdem läuft das in den Medien rauf und runter. So ist das ganz oft: In der Alternativ-Szene entdeckt, und dann nehmen das die großen Medien auf. Wir wollen die belohnen, die solche Themen gefunden haben.●

Interview: Felix Werdermann

INTERVIEW: ARBEITERFOTOGRAFIE KÖLN

»Ein Gegenpol zur bürgerlichen Berichterstattung«

Bilder können oft mehr ausdrücken als es Worte können. Daher sollten Bilder nicht den Mainstream-Medien überlassen werden. Der Verband »Arbeiterfotografie« versucht einen linken Gegenpol zum Foto-Mainstream herzustellen. Ein Gespräch mit Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann.

Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann Foto: Michael Schulze von Glaßer

CONTRASTE: *Könnt ihr kurz erklären was »Arbeiterfotografie« ist?*

Anneliese Fikentscher & Andreas Neumann: Arbeiterfotografie ist eine Bewegung, die sich in den 20er- und 30er-Jahren als Gegenpol zur bürgerlichen Berichterstattung gebildet hat. Willi Münzenberg, ein bekannter kommunistischer Verleger der damaligen Zeit, ist da ein ganz wichtiger Name. Er war derjenige, der die Arbeiterfotografenbewegung ins Leben gerufen hat. Heute ist Arbeiterfotografie nicht nur Fotografie, sondern auch vieles drumrum. Natürlich arbeiten wir viel mit Fotografie, aber wir erstellen auch Plakate, schreiben Texte und filmen mittlerweile auch. Da sind wir wieder bei Willi Münzenberg: Er hat schon damals gesagt, dass man die verschiedenen medialen Möglichkeiten ausschöpfen und besetzen sollte.

Wie viele Leute sind heute im Verband?

In dem bundesweiten Verband gibt es einige Gruppen aber auch viele Einzelmitglieder, die nicht in Arbeiterfotografie-Gruppen organisiert sind. Wir haben heute etwa 120 Mitglieder. Mitmachen können natürlich alle, die Lust haben – auch Menschen, die nicht im Verband sind. Unsere Reportagen werden beispielsweise auch von Nicht-Mitgliedern erstellt, die uns ihre Fotomaterialien zur Verfügung stellen.

Und wo veröffentlicht ihr eure Bilder?

Wenn man uns etwas Gutes zuschickt, nehmen wir das gern für Ausstellungen, öffentliche Präsentationen oder unsere Reportageseite. Auf der Seite werden viele Aktivitäten aus dem linken Spektrum und der Protestbewegung präsentiert. Diese Bilder werden auch gern von linken Gruppen und Organisationen, aber auch von Zeitungen verwendet. Wir haben mittlerweile stapelweise Belegexemplare, aus denen hervorgeht, wo unsere Bilder überall abgedruckt wurden – beispielsweise im Jahrbuch des »Komitees für Grundrechte und Demokratie« oder in Broschüren von »Block G8«.

Wie aus eurem Workshop auf der Linken Medienakademie hervorgeht, seid ihr schon viel in der Welt herum gekommen – wo wart ihr und seid ihr bei eurer Arbeit auch schon mal in brenzlige Situationen geraten?

Schon. Die Proteste gegen den G8-Gipfel im italienischen Genua 2001 sind da ein gutes Beispiel. Dort kam es zu massiver Polizeigewalt, ein Demonstrant wurde sogar von den Sicherheitskräften erschossen. 1999, kurz nach dem Krieg in Jugoslawien war auch nicht sicher, ob noch Blindgänger im Boden stecken und explodieren könnten oder irgendwelche Gefechte ausgetragen werden. Wir haben in der Region unter dem Motto »gezielte Kollateralschäden« die Zerstörung ziviler Einrichtungen dokumentiert und auch Interviews geführt. Auch in Israel/Palästina sind wir gewesen und beim NATO-Gipfel in Prag, wo es heiß herging.

Hat sich in den letzten Jahren etwas im Journalismus verändert – geht der Staat stärker vor gegen Demonstrantinnen und Demonstranten sowie Journalistinnen und Journalisten?

Am besten sieht man das in unseren Fotos: in denen von den Protesten gegen die Startbahn-West am Frankfurter Flughafen in den 80er-Jahren tragen die Polizisten noch eine Art Sommerhose, eine leichte Lederjacke und einen Helm. Wenn man sich die aktuellen Fotos der Proteste gegen die jährliche »Sicherheitskonferenz« der NATO in München anguckt, ist das ein großer Unterschied: Heute hat die Ausstattung der Polizei militärische Dimensionen angenommen. Von dieser zunehmenden Repression sind auch Journalistinnen und Journalisten betroffen.

In linken Kreisen gibt es oft rege Diskussionen zum Thema »Copyright« – wie haltet ihr es damit?

Wir – wie auch die anderen Fotografinnen und Fotografen – stellen unsere Bilder für Initiativen gerne kostenlos zur Verfügung. Die Fotos sind auf unserer Website www.arbeiterfotografie.com zu finden. Als Quelle genannt werden sollten wir allerdings bei der Verwendung. Um Erlaubnis zu fragen ist daher gut – einige Künstlerinnen und Künstler müssen von ihrer Arbeit leben und können dann ihren Anspruch auf Entlohnung bei der VG-Bild – einer Verwertungsgemeinschaft für Fotos – geltend machen. Da die Fotos im Internet für Zeitungen eine zu schlechte Qualität haben werden wir meistens gefragt, ob wir die Fotos in höherer Auflösung zuschicken können und bekommen auch so mit, wo sie Verwendung finden. Bei der Verwendung durch größere Zeitungen – beispielsweise der *taz*, dem *Neuen Deutschland* und der *jungen Welt* – bekommen die Fotografinnen und Fotografen natürlich ein Honorar.

Ein weiteres heiß diskutiertes Thema in der linken Szene: Fotos von antifaschistischen Demonstrationen – oft wollen die Protestler aus Angst vor staatlicher Repression und Erkennung durch Neonazis nicht erkannt werden. Macht ihr die Gesichter bei solchen Fotos unkenntlich?

In der Regel machen wir die Gesichter linker Demonstranten auf antifaschistischen Protesten unkenntlich – Fotos mit Gesichtern wären natürlich überzeugender. Die juristische Regelung in Bezug auf das Recht am eigenen Bild ist klar. Wer an einer für die Öffentlichkeit bestimmten Kundgebung teilnimmt, darf auch fotografiert werden.

Kann eigentlich jeder Mensch fotografieren?

Natürlich! Jeder Mensch ist ein Künstler. Natürlich gibt es bessere und schlechtere Fotografinnen und Fotografen. Das kommt auch sehr auf den Stil an – es gab mal eine Zeit, in der spontane Fotografie sehr angesagt war, da kann natürlich jede und jeder mitmachen. Zudem sind Fotos auch Geschmackssache. Wir haben unterschiedliche Erfahrungen gemacht – es gibt Leute die haben das im Blut, die machen gut aufgebaute Bilder und erkennen interessante Situationen. Wichtig beim fotografieren ist es, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Aber genau dafür ist die Linke Medienakademie ja da und dafür sind wir hier – gute Fotografie ist erlernbar, wir geben Tipps und Erfahrungen weiter. Hauptsache ist, sich nicht entmutigen zu lassen. Das ist viel wichtiger als von Anfang an einen Anspruch auf ein super tolles Bild zu stellen.●

Interview: Michael Schulze von Glaßer

Anneliese Fikentscher: 1953 in Köln geboren, Fotoingenieurin, Studium der Theater-, Film- und Fernsehwissenschaften, Germanistik und Kunstgeschichte in Köln, arbeitet im Medienbereich. Seit 1981 Mitglied der Kölner Gruppe Arbeiterfotografie.

Andreas Neumann: 1951 in Kiel geboren, Ingenieurstudium der technischen Informatik und Diplomarbeit zur Bilddatenreduktion, arbeitet als Systemanalytiker. Gründungsmitglied des Bundesverbands Arbeiterfotografie.

Anzeige

Schutz für Menschenrechtler

Handlungsspielräume in den Philippinen als Menschenrechtsbeobachter_in ermöglichen

Aktiv werden, Team kennenlernen
I.P.O.N.: Hinrichsenstr. 40, 20535 Hamburg
040-25491947, www.ipon-philippines.org

Anzeige

Skilanglaufreisen nach Skandinavien
Die VAGABUNDEN
www.die-vagabunden.de
☎ 0 52 01 - 73 47 42

CRITICA-DISKUSSION

Netze knüpfen

»Das beste Beispiel für linksradikale Pressearbeit«

Wie gehen Linke mit Medien um? Soll man die Mainstream-Medien nutzen oder sich eigene Informationskanäle aufbauen? Wie funktioniert gute Pressearbeit? Und wann kann sie überhaupt funktionieren? Auf der Linken Medienakademie haben der Anti-G8-Aktivist Tim Laumeyer, der taz-Redakteur Malte Kreutzfeldt und Ruben Lehnert von der Linksfraktion diskutiert.

Tim, den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 haben tausende Menschen blockiert. Auch in den Medien ist das gut rübergekommen. Woran lag das?

Tim Laumeyer: Dieser Erfolg lag unter anderem auch daran, dass eine gute und intensive Öffentlichkeitsarbeit dazu gemacht wurde. Wenn man diese Öffentlichkeitsarbeit vielleicht in Schlagworten zusammenfassen will, könnte man sagen: Früh anfangen, früh Gesicht zeigen, früh erklären, wer wir sind und was wir vorhaben. Wir hatten dabei die Kritik am G8 Gipfel auf wenige schlagwortartige Inhalte beschränkt und die Aktionsform dabei in den Vordergrund gestellt.

Was heißt das?

Die Blockaden selbst sollten als Inhalt gesetzt werden und zwar ein bewusster Regelübertritt mit ernsthaften Konsequenzen für den Ablauf des Gipfels. In der öffentlichen Ankündigung des Konzeptes sollte dann eine latente Überforderung der Medien liegen.

Du hast gesagt, ihr habt früh Gesicht gezeigt...

Wir hatten zum einen vier Pressesprecher, die natürlich mit Namen und Gesicht aufgetreten sind. Es ging aber auch tatsächlich in der Pressearbeit so weit, dass wir uns auf so personalisierte Lifestyle-Geschichten eingelassen haben. Also das Yuppie-Magazin Vanity Fair, was jetzt zum Glück pleite geht, hat es auch geschafft darüber zu berichten – natürlich in einer etwas eigenen Art und Weise und noch mal anders als es die taz vermutlich machen würde, aber auch darauf haben wir uns eingelassen.

Diskussionsrunde mit Ruben Lehnert, Malte Kreuzfeldt und Jonas Rest — Foto: Michael Schulze von Glaßer

Gibt es noch andere Gründe, dass ihr so offen aufgetreten seid?

Es bezeugt bewegungsinterne Transparenz und auch kontrollierbare Verantwortlichkeit der Sprecherin gegenüber der Kampagne. Das Problem dabei ist natürlich bei Medien, Medien forcieren eine Personalisierung, was eine tendenzielle Verfälschung der Inhalte zur Folge hat, da es ihnen vor allem um Einzelpersonen und ihre individuellen Geschichten, Gesichter und Bilder geht.

Ihr habt euch auch entschieden, gezielt Events und Bilder für die Presse zu produzieren.

Das waren vor allem Aktionsvorführungen und öffentliche Aktionstrainings. Der Auftakt war da eine Aktionsvorführung für die Presse nach der dritten Aktionskonferenz in Rostock. Das war direkt am Zaun von Heiligendamm, der war zu dem Zeitpunkt schon aufgebaut und es war auch viel Polizei dort logischerweise. Wir waren circa 200 Personen und haben dann vor den Augen zahlreicher Journalisten und Polizisten das so genannten Durchfließen trainiert. Also wie kommt man mit Menschen durch so eine Polizeikette durch, ohne dass man daran hängen bleibt und ohne dass es gleich eine Schlägerei gibt. Dieses öffentliche Aktionstraining, was hauptsächlich für die Presse tatsächlich inszeniert wurde, war so erfolgreich, dass es dann im Nachhinein noch eine ganze Reihe von weiteren Anfragen gab.

Gab es keine Probleme mit der Presse? Da kann man doch schnell ins Fettnäpfchen treten.

Da komme ich zum Thema Sprachregelungen, was man der Presse denn so sagt und wo man lieber den Mund hält. Wir haben uns auf so eine Kernbotschaft verständigt und die haben wir gnadenlos wiederholt. Irgendwann viel einem fast der Mund ab. Die Botschaft lautete: Tausende von Menschen werden die Zufahrtswege zum G8 Gipfel blockieren, suchen nicht die Auseinandersetzung mit der Polizei und werden sich nicht auf eine Eskalation einlassen. Dennoch werden sie sich von Polizeiabsperrungen nicht aufhalten lassen, sondern diese umgehen oder durchfließen. Einmal auf den Zufahrtswegen angekommen werden wir diese nicht freiwillig wieder verlassen. Das war quasi die offizielle Sprachregelung gegenüber Journalisten.

Was habt ihr gesagt, wenn ihr auf Gewalt angesprochen wurdet?

Das Lieblingsthema der Medien war natürlich das Thema Gewalt. Auch da haben wir uns auf grundsätzliche Formulierungen geeinigt. Wir haben uns selber als nicht eskalativ beschrieben und dabei aber tunlichst die Wörter gewaltfrei und friedlich vermieden. Und zwar vor allem den Begriff friedlich, weil der nach unserer Lesart bürgerlich belegt ist und zwar insofern, als dass damit eigentlich gemeint ist, dass man die herrschende Ordnung nicht angreifen soll.

Malte, aus Sicht eines Journalisten: Wie war die Pressearbeit der Kampagne Block G8?

Malte Kreutzfeldt: Ich glaube, dass die Kampagne Block G8 das beste Beispiel für linksradikale Pressearbeit ist, was es in der Geschichte gibt. Da ist einfach so ziemlich alles richtig gemacht worden und deswegen hat das auch hervorragend funktioniert. Es ist aber in der Form natürlich nicht verallgemeinerbar, weil es traditionell in linksradikalen Zusammenhängen ja immer sehr starke Vorbehalte gegen Pressearbeit oft lange gab.

Wie meinst du das?

Also in den Zeiten, als ich in Göttingen studiert habe, war das Motto noch irgendwie »Presse auf die Fresse« und Kameramann Arschloch, wenn man eine Demo gemacht hat. Das hat sich seitdem sehr verändert. Auch in linksradikalen Zusammenhängen gibt es ein Bemühen um eine in irgendeiner Form konstruktive Zusammenarbeit mit den Medien.

Wie sieht denn so eine konstruktive Zusammenarbeit aus?

Was Tim vorgestellt hat, sind sehr viele der Basics, die für eine vernünftige Zusammenarbeit notwendig sind. Dass man also klare Ansprechpartner hat, weiß wer die sind, wie man die erreicht, wer das ist, der einen da kontaktiert. Dass man offen agiert, dass man versucht Botschaften so zu formulieren, dass sie irgendwie – sie müssen ja nicht auf Zustimmung stoßen – aber sie müssen zumindest erstmal verstanden werden auch von Leuten, die in ganz anderen Zusammenhängen tätig sind. Und daran scheitert es eben oft schon. Dass viele Sachen eben so weit vom sonstigen Diskurs entfernt sind, dass überhaupt kein Anknüpfungspunkt da ist, selbst wenn man es interessant findet.

Heißt das, ich muss in die Pressemitteilung das schreiben, was die Frankfurter Allgemeine Zeitung hören will?

Nein, nein. Es geht ja nicht darum, dass man das sagt, was die hören wollen. Die Pressearbeit ist erstmal eine rein technische Sache, dass die Infos dort ankommen, wo sie benötigt werden, zu dem Zeitpunkt, wo sie benötigt werden, und es die Möglichkeit gibt, jemanden anzurufen und nachzufragen, wenn man sie nicht verstanden hat oder mehr wissen will.

6.6.2007: Heiligendamm – Marsch in die verbotene Zone — Foto: arbeiterfotografie.com

Gab es denn weitere Erfolgsfaktoren bei der Block G8-Kampagne?

Der große Vorteil ist natürlich gewesen, dass es tatsächlich zahlenmäßig so relevant war, was da gemacht worden ist, dass selbst Medien, die das jetzt doof fanden, überhaupt nicht darum herum kamen, darüber zu berichten. Es war das große Glück, dass es im Vorfeld schon eine sehr breite Aufmerksamkeit gab, weil die Polizei sich ja so dämlich angestellt hat, wie sie sich angestellt hat. Und auch während der Aktivität hat die Gegenseite so viel falsch gemacht, dass es noch mal zusätzlich gut funktioniert hat.

Kann man auch ohne einzelne Ansprechpartner in die Medien kommen?

Es gibt Beispiele, wo das auch ohne klare Ansprechpartner und so eine klare kommunizierte Botschaft funktioniert. Das hat man auch in Heiligendamm zum ersten Mal so richtig breit erleben können. Die Clowns Army war für mich so ein Beispiel. Da weiß man nie, wer das ist und da weiß man nie, was die Leute eigentlich genau wollen und bezwecken. Und sie machen überall Chaos und erreichen tut man sie auch nie. Aber trotzdem kann auch so was funktionieren, weil sie irgendwie auffallen, Bilder schaffen, Botschaften irgendwie ganz anders setzen können – vor allem auch weil es neu ist. Wenn die zum zehnten Mal bei einer Demo sind, ist es bei weitem schon nicht mehr so aufregend.

Ok, aber muss man mit seinen Aktionen eigentlich immer in die Mainstream-Medien kommen?

Das ist eine Entscheidung, die muss man einmal fällen. Wenn man aber sagt, die gibt es und das ist eine Möglichkeit, wie man sehr viel preiswerter als mit 100.000 Flugblättern, die man aktiv in die Briefkästen steckt, irgendwie die Leute in einer Region erreichen kann, dann ist das zumindest was, wo man theoretisch mit relativ geringem finanziellen Aufwand viele Leute erreichen kann.

Ruben, die Linksfraktion gibt zwar auch eigene Zeitungen heraus, wendet sich aber auch an die Mainstream-Medien. Warum?

Ruben Lehnert: Das ist für uns als Linke deshalb bedeutsam, weil wir die Welt verändern wollen. Wir können die Welt aber nicht gegen die Welt verändern. Ich muss sehr viel Papier schwärzen und ich muss sehr viele Zeitungen austragen, um einen ähnlichen Effekt zu haben wie bei einem vierseitigen Bericht in der Hamburger Morgenpost.

Wie sieht es mit der Glaubwürdigkeit aus?

Wenn ich Papier schwärze, dann steht da drauf: Die Linke. Jemand nimmt das in die Hand und denkt: Oh Gott, das ist Propaganda. Da liegt er oder sie ja auch nicht falsch bei. Wenn das aber eine vermeintlich seriöse Tageszeitung bringt, wird dem eine ganz andere Bedeutung beigemessen. Das macht Boulevard-Medien wie Bild und andere auch so gefährlich. Sie machen Meinungen. Sie setzen Klischees in die Köpfe der Menschen.

Deswegen macht ihr auch eure eigenen Medien...

Wir haben uns gesagt, dass wir uns nicht ausschließlich auf die herrschenden Medien, auf die Medienkonzerne verlassen dürfen. Sondern dass wir gut daran tun, von Anfang an eigene Medien aufzubauen, eigene Informationskanäle zu schaffen, um an den Tageszeitungen, an den TV Stationen vorbei unsere Informationen, unsere Sichtweisen, unsere Perspektiven, Kommentare und Analysen den Bürgerinnen und Bürgern nahe zu bringen.

Malte, wie würdest du das sehen: Haben kleine, linke Medien überhaupt einen Einfluss auf das, was in der Bevölkerung diskutiert wird?

Malte Kreutzfeldt: Ich würde sagen, dass man die linken Medien nicht unterschätzen soll in dem Gesichtspunkt, dass sie natürlich auch einen gewissen Multiplikatoren-Effekt haben. Wenn Leute groß und mit guten, sinnvollen Argumenten oder neuen Sichtweisen in kleinen Zeitungen vorkommen, dann kann sich das irgendwann natürlich auch nach und nach weiter entwickeln.

Wie läuft das ab?

In der Jungen Welt zum Beispiel lesen es natürlich auch die Redakteure von taz und FR, die vielleicht nicht ganz so hundertprozentigig davon überzeugt sind. Aber die denken dann: Das Thema müssten wir auch mal machen. Und wenn es dann in der taz oder in der FR steht, dann kommt als nächstes auch der Spiegel und denkt: Warum haben wir das denn noch gar nicht gemerkt, was es da für einen neuen Skandal gibt?●

Bearbeitung und Zwischenfragen: Felix Werdermann

Anzeige

POLITISCHE KOMMUNIKATION

Netze knüpfen

Eine muss es sagen: Bascha Mika

Die taz sei kapitalismuskritisch und konsumkritisch, aber sie sei nicht kapitalismusfeindlich oder konsumfeindlich. Ein Satz reicht aus, um heftige Proteste auszulösen. Aber etwas anderes hatte Bascha Mika ohnehin nicht erwartet. Schon zu Beginn prognostizierte die langjährige Chefredakteurin der Tageszeitung taz die »Kritik, von der ich hundertprozentig weiß, dass sie auch kommt.«

Felix Werdermann ● Am Anfang blieb alles sehr ruhig – über 100 Zuhörerinnen und Zuhörer ließen sich von Mikas Rede verzaubern. Es ist eine seltene Mischung aus rhetorischen Fähigkeiten einer schlagfertigen Politikerin und Qualitäten einer sympathischen Geschichtenerzählerin. Mika malt Bilder, zitiert Goethe, schießt gegen die Mainstream-Medien und plaudert aus dem Nähkästchen der taz.

Das Vertrauen des linken Publikums gewinnt die 55-jährige direkt am Anfang durch ihre Kritik am täglichen Mediengeschehen. Es gehe bloß um die »permanente Selbstthematisierung der herrschenden Klasse«, es werde zu viel medial skandalisiert, daraus folge oft ein »politischer Aktivismus«. Jetzt muss Mika den Bogen kriegen und darlegen, warum die taz heute noch immer nicht zum Mainstream gehört, den sie gerade schlecht geredet hat.

Also holt die damalige taz-Chefin weit aus: »Die Verhältnisse haben sich seit der Gründung grundlegend geändert« – und mit ihnen die taz. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung brauche sich nicht ändern, sagt sie, aber die taz könne sich das nicht leisten. »Wer klein ist, muss in Bewegung bleiben.« »Wir wollten uns professionalisieren – seitdem gibt es Stunk mit der Bewegung«.

Bascha Mika Foto: Michael Schulze von Glaßer

Und so erzählt Mika die Geschichte der taz – vom Schlachtruf »Springer muss brennen« und der Nachrichtensperre, von dem Startschuss auf dem Tunix-Kongress und dem »Projekt taz«, von der Gründung der Genossenschaft und der Etablierung interner Hierarchien. »Wir wollten uns professionalisieren«, sagt sie. »Seitdem gibt es Stunk mit der Bewegung« – weil die taz nicht mehr ihr Sprachrohr ist.

Es ist die Geschichte der Gewinner. Innerhalb der taz waren viele Professionalisierungs-Maßnahmen stark umstritten, nun wird nur noch die Version derer erzählt, die sich damals durchsetzen konnten. Bei der Einführung formeller Hierarchien – »flache Hierarchien«, wie Bascha Mika immer wieder betont – sieht es genauso aus. »Informelle Hierarchien sind wie die Pest«, sagt Mika, die Formalisierung habe zu mehr Transparenz geführt.

Einige Erfolge der taz sind unstrittig, hier kann Mika punkten: Von der Finanzkrise ist die taz kaum betroffen – im Gegensatz zur Frankfurter Allgemeinen und Süddeutschen, da sich diese im Gegensatz zur taz zum Großteil durch Werbeanzeigen finanzieren. Einen ganz anderen Erfolg hat die taz im Straßenkampf erlangt: Ein Teil der Kochstraße wurde auf Initiative der Zeitung in Rudi-Dutschke-Straße umbenannt. Das Haus, in dem die taz-Redaktion arbeitet, ist schon mehrere Jahre nach der Schlüsselfigur in der deutschen Studentenbewegung benannt. In fast mitleidigem Ton erzählt Bascha Mika über die Schmach für den Medienkonzern Axel Springer, der nur wenige Meter von der taz residiert: »Die kleine Axel-Springer-Straße führt nun auf die große Rudi-Dutschke-Straße.« Das Publikum freut's.●

STUDIE:

HauptstadtjournalistInnen: Bedrängte Wichtigtuer

Eine Studie zeigt, warum Berliner JournalistInnen denken, dass sich die ganze Welt zwischen Brandenburger Tor und Alexanderplatz abspielt. Sie leben prekär, fühlen sich aber dennoch unheimlich. Zu der Misere kommen elitäre Informations-Zirkel und mangelnde Selbstreflektion.

Michael Schulze von Glaßer ● »Die Studie ist nicht repräsentativ«, erklärt Referent Leif Kramp den LiMA-Teilnehmenden sofort zu Beginn. »Die maßgeblichen Fragen« habe er zusammen mit Prof. Dr. Stephan Wichert, der an diesem Abend leider verhindert ist, aber geklärt und interessante Erkenntnisse gewonnen: Die Journalisten aus der Hauptstadt sind bedrängte Wichtigtuer, die eigentlich machtlos sind. Dabei prägt ihre Arbeit meist die bundesweite politische Diskussion. Für diese Erkenntnis haben die beiden im Auftrag des Verbands »Netzwerk Recherche« 32 Personen zum Berliner Journalismus interviewt und eine Studie erstellt unter dem Titel »Vom Regionalzeitungsredakteur bis zum prominenten Hauptstadtkorrespondenten«. Auch PolitikerInnen, MinisteriumssprecherInnen und VertreterInnen von Lobbyorganisationen wurden befragt – alles wichtige Leute im Mediengeschehen.

Keine Zeit für gründliche Recherchen

Bedrängt sind die Journalistinnen und Journalisten, weil sie immer schneller immer neue Nachrichten liefern, Skandale aufdecken und immer neue Quellen auftun müssen. »Freie Journalisten treten sich dabei auf die Füße«, erklärt Leif Kramp. Berlin hat die höchste Dichte dieser (Schein-)Selbstständigen in der Bundesrepublik. Die große Konkurrenz führe immer öfter zu einem miserablen Journalismus, haben Krampe und Wichert herausgefunden. Es werde beispielsweise nicht mehr »rundrecherchiert« sondern pro Artikel nur die Meinung einer Konfliktpartei eingeholt. Mit dieser Methode lässt sich für Journalistinnen und Journalisten mehr Geld verdienen, da sie gleich mehrere Artikel zu einem Thema schreiben können. Nochmals verschärft wird die prekäre Lage der Printmedien und der Medienschaffenden durch die Wirtschaftskrise, die vor allem durch Anzeigen finanzierte Zeitungen hart getroffen hat.

Obwohl Hauptstadtjournalisten oftmals in einer prekären Situation leben, sind viele von ihnen Wichtigtuer: »Das politische Leben spielt sich zwischen dem Alexanderplatz und dem Reichstag ab«, erzählt Kramp vor den rund 50 Zuhörerinnen und Zuhörern des LiMA-Vortrags. Es gebe »bedachte Treffen« und informelle Gesprächsrunden in den Cafés rund um den Reichstag. In den Interviews konnten die Kommunikations- und Medienwissenschaftler etwa 30 dieser festen aber informellen Gesprächsrunden zwischen Medienschaffenden und Politikern entdecken – beispielsweise den so genannten »Adlerkreis«, in dem Militärs und Journalisten sitzen. Für die Medienschaffenden sind diese Zirkel exklusive Informationsgeber – die Informanten versprechen sich aber auch etwas durch die Weitergabe exklusiver Neuigkeiten. Die Informanten nutzen die Journalisten, um Nachrichten in die Öffentlichkeit zu transportieren – die Journalisten brauchen die exklusiven Neuigkeiten um Geld zu verdienen. Das Problem dabei: Eine kritische Berichterstattung wird erschwert. Schreibt der Reporter etwas, was den Informanten nicht gefällt, bekommt er keine Informationen mehr – er ist finanziell abhängig. Ein weiteres Problem für die Hauptstadtjournalisten: Das Internet ermöglicht es verschiedenen Institutionen, die Journalisten zu umgehen. Hier nannte der Hamburger Referent Video-Podcasts von Regierungsvertretern als Beispiel. Die Wichtigtuer sind heute also gar nicht mehr so wichtig.

Ruhe vor dem Sturm – die Anmeldung bei der LiMA Foto: Burkhard Lange

Mangelnde Selbstreflektion der Journalisten

Die Misere der Hauptstadtschreiber hat Auswirkungen auf die ganze Medienbranche: Tendenzen von »Boulevardisierung« und »Personalisierung« – beispielsweise Artikel über das Privatleben von Politikern – sind Zeichen für den qualitativen Verfall der Medien. In den Interviews räumten viele Medienschaffende ein, von ihren einstigen Idealen abgekommen und während ihrer Arbeit desillusioniert worden zu sein: »Die Interviewten haben die Möglichkeit genutzt um sich ihren Frust vom Leib zu reden«, resümiert Kramp die für die Studie geführten Gespräche. »Eine fehlende Medienkritik und Selbstreflexion beklagten alle Interviewten«, so der Kommunikationswissenschaftler. Die Journalisten täten aber nichts um dieses Defizit zu beheben. Kramp seinerseits, präsentiere an diesem Abend auf der LiMA Lösungsvorschläge: »Mut zu Entschleunigung« fordert er. Damit hätten besser recherchierte und vielleicht sogar investigative Medienberichte bessere Chancen. Das wäre ein Schritt hin zu einem qualitativ hochwertigen Journalismus. Die »unabhängige Themensetzung« hätte laut Kramp einen ebenso positiven Effekt auf die Qualität. Am besten sei es jedoch, beim Nachwuchs anzufangen und den Volontärinnen und Volontären eine bessere Ausbildung zu bieten um bessere Journalistinnen und Journalisten aus ihnen zu machen.●

Auf einen tazpresso bei Andrea Foto: Burkhard Lange

WIDER DEN STACHEL LÖCKEN

Linke Medienpolitik in der »Mediokratie«

Medienpolitik – nicht gerade das Topthema in der Politik. Doch auch hier ließe sich einiges bewegen. Lothar Bisky skizziert in seiner Eröffnungsrede eine linke Medienpolitik: Vom Breitband-Anschluss über Redaktionsstatute bis hin zum Urheberrecht.

Felix Werdermann ● Eigentlich ist er nur Ersatz. Aber ein guter Ersatz. Lothar Bisky, Vorsitzender der Linkspartei, ist zur Linken Medienakademie gekommen. Ursprünglich sollte der Parteigenosse und Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi im Münzbergersaal reden. Jetzt ist Bisky da. Mit Gysis rhetorischer Dynamik kann er nicht aufwarten, dafür spricht der Professor für Film- und Fernsehwissenschaften zur Sache. Und das ist durchaus interessant: Er spricht von einer »Mediokratie«: »Die Regeln der Medien bestimmen das Politische.« Es gehe immer weniger um Diskussionen und immer mehr um Inszenierung. Auch die Linkspartei passe sich an diese Bedingungen an, sagt Bisky: Es wäre »undemokratisch und wenig erfolgreich, einen Wahlkampf zu führen, der an Mediengewohnheiten vorbeigeht.«

Aber nicht nur Anpassung, auch Veränderung mahnt Bisky an: Daher dürfe die Linkspartei Medienpolitik nicht vernachlässigen. »Auch bei der Linken steht die Medienpolitik nicht im Zentrum«, kritisiert Bisky. Ein Grund dafür könnte sein, dass die Medienpolitikerinnen und -politiker laut Bisky »erstaunlich wenig zu entscheiden« hätten. Und wo wichtigere Entscheidungen getroffen würden, da sei Undurchsichtigkeit an der Tagesordnung. »Die Rundfunkkommission ist ein durch und durch intransparentes Gremium.«

Eine linke Medienpolitik solle vier Schwerpunkte setzen:

1) Der Zugang zum Internet sei unterschiedlich verteilt – je nach Einkommen und Region. Das führe zu einer »Spaltung der Gesellschaft«. Daher solle allen Bundesbürgerinnen und -bürgern eine schnelle Breitband-Verbindung garantiert werden.

2) Der »freie und gleiche Informationsschluss« sei ein politisches Gut und müsse verteidigt werden. Datenschutz gelte auch im Internet, die Bundesregierung dürfe das nicht ignorieren. »Der Schäuble möchte ja überall reinschielen.« Außerdem müsse ein »modernes Urheberrecht« entwickelt werden. Was das konkret heißt, bleibt allerdings unklar: Einerseits sollen die Interessen der Kreativen geschützt werden, andererseits solle eine Reform dem »Verschlüsselungs- und Kopierschutzwahn der Industrie« einen Riegel vorschieben.

3) Dem »rein betriebswirtschaftlichen Denken auf dem Medienmarkt« will Bisky durch ein Comeback der Redaktionsstatute entgegnen. Dadurch entstehe eine »neue Unternehmenskultur«.

4) Den öffentlich-rechtlichen Sendern soll es möglich sein, die »neuen Entwicklungen möglichst frei und ohne Beschränkungen« zu nutzen. Damit ist das Internet gemeint: Die private Medienwirtschaft befürchtet, Marktanteile im Bereich der Online-Medien zu verlieren und versucht die Politik in die Richtung zu beeinflussen, dass sie die Online-Expansion der Öffentlich-Rechtlichen stoppt. Linke Medienpolitik hat es nicht leicht. Selbst unter Journalistinnen und Journalisten gehört sie oft zu den Randthemen. Insofern hat es auch sein Gutes, dass Gregor Gysi keine Zeit für die Linke Medienakademie gefunden hat. Gut, darüber gesprochen zu haben.●

MEDIEN & POLITIK

Netze knüpfen

Gesteuerte Medien, gesteuerte Politik

Es ist eine uralte Frage: Wer steuert eigentlich wen? Kontrolliert die Politik die Medien oder sind es die Medien, die der Politik den Takt vorgeben? Auf der Linken Medienakademie wird das kontrovers diskutiert – von Journalisten, Pressesprechern und Politikern.

Felix Werdermann ● Ein »symbiotisches Verhältnis« herrsche zwischen den Medien und der Politik, sagt Wolfgang Storz. Der ehemalige Chefredakteur der *Frankfurter Rundschau* meint damit, dass beide Seiten voneinander abhängig sind. »Die Politik liefert Neuigkeiten und Entscheidungen. Die Medien brauchen Exklusivität. Und sie bieten den Politikern Publizität und öffentliche Aufmerksamkeit.«

Storz sitzt auf dem Podium, um mit dem von Jürgen Reents eingeladenen Diskutantenkreis über das Verhältnis von Medien und Politik zu debattieren. Reents, Chefredakteur des *Neuen Deutschlands*, hat es nicht leicht, die Diskussion zu lenken. Er beklagt sich über sein »Schicksal, dass meine Fragen nicht beantwortet werden«. Nicht nur Politikerinnen weichten den Fragen aus – »auch Journalisten können das«.

Dabei sitzen neben dem Journalisten Storz und der *Tagesspiegel*-Redakteurin Tissy Bruns auch der Pressesprecher des Umweltministeriums, Michael Schroeren und die Linkspartei-Politikerin Luc Jochimsen auf dem Podium. Und jeder hat andere Antworten auf die Frage, ob die Politik die Medien steuert oder die Medien die Politik.

Luc Jochimsen spricht von einem »speziellen Phänomen: der mediengerechte Politiker«. Bestimmte Politikertypen würden von den Medien geformt und hätten Erfolg. Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) gehöre zu denen, die von den Medien gepuscht wurden. Dabei sei im Prinzip »nicht ausgemacht, dass ein guter Politiker auch Medienwirkung ausstrahlt«.

68er Köpfe – Porträts und Statements zur 68er-Bewegung Foto: Michael Schulze von Glaßer

Für Tissy Bruns stellt sich die Frage nach der gegenseitigen Steuerung von Medien und Politik ganz anders: Steuern würden vor allem die Medien, aber nicht nur die Politik, sondern auch die politischen Journalistinnen und Journalisten gehörten zu den Verlierern. »Dem politischen Journalismus wird ein Randplatz zugewiesen«, sagt Bruns. Das liege daran, dass die Massenmedien den ganzen Tag Alternativprogramm zur Politikberichterstattung zeigten.

Auch Umweltministeriums-Sprecher Michael Schroeren macht es sich nicht einfach mit der Beantwortung der Streitfrage. Er wundere sich, »dass so wenig über die Wirtschaft geredet wird.« Heute ändere sich die Rolle der Journalistin massiv durch den »ökonomischen Druck der Verlagshäuser«. Immer häufiger würden Vorab-Meldungen produziert, damit die Nachrichten-Agenturen über die eigene Zeitung berichten.

Je häufiger die Zeitungen im Ticker landen, desto höhere Preise verlangten sie von ihren Anzeigenkunden. Die Annahme: Das Zitate-Ranking zeige die Qualität einer Zeitung. Das sei »natürlich Quatsch«, betont Schroeren.

Medien entschleunigen

Der Wettlauf um die meisten Zitate wird in der modernen Medienwelt ergänzt durch den Wettlauf um die Zeit. »Die Beschleunigung geht eindeutig von den Medien aus«, sagt Tissy Bruns. Heute würden aus wichtigen Sitzungen SMS an Journalistinnen und Journalisten gesendet, wenn das Treffen beendet ist, könnten die Teilnehmenden schon auf dem Agentur-Ticker lesen, was sie während der Sitzung gesagt haben sollen. Diese Entwicklung ist aber fatal, findet Bruns: »Die Politik ist und bleibt langsam.«

Die Medien sollten daher entschleunigt werden, findet auch Luc Jochimsen, Bundestagsabgeordnete der Linkspartei. Passieren könne das dadurch, dass die Öffentlichkeit die Beschleunigung nicht weiter akzeptiere. »Das Volk hat auch diese Hektik satt.« Wolfgang Storz, ehemaliger FR-Chefredakteur, möchte hingegen die Politik in die Verantwortung nehmen: »Auch die Politiker können selbst zur Entschleunigung beitragen«, sagt er. Sie dürften sich dem Zeitdruck der Medien nicht unterwerfen. Das sei allerdings eine schwierige Aufgabe, findet Tissy Bruns, denn vor allem das Internet beschleunige die Nachrichtenwelt: »Wir werden mehr von der technologischen Revolution mitgerissen, als dass wir sie in der Hand hätten.«●

STUDIE POLITIK IM NETZ 2.0

Web 2.0: Das Dorffest im Internet

Zum Wahlkampf sind alle Parteien im Internet vertreten und versuchen, ihre Wählerschaft zu rekrutieren. Der Blogger Markus Beckedahl sagt, dass sie dennoch viele Chancen des Webs 2.0 ungenutzt lassen. Das Problem: Die Alten verstehen nicht, dass für die Jungen das Internet zu einem unverzichtbaren Treffpunkt geworden ist.

CONTRASTE: *Ist die Politik im Web 2.0 angekommen?*

Markus Beckedahl: Obwohl sich alle Parteien bemühen, im Web 2.0 erreichbar zu sein, sind da nur wenige Politikerinnen und Politiker vertreten. Immer noch wird Politik als Einbahnstraße gesehen. Die Bürgerinnen und Bürger gehen zur Wahl, aber ansonsten gibt es wenige Interaktionsmöglichkeiten. Dabei könnte über das Web 2.0 offen und transparent kommuniziert werden und Menschen könnten eingebunden werden. Aber nur die wenigsten nutzen es.

Aber in der Studie kommst du zu dem Ergebnis, dass alle Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker im Web 2.0 vertreten sind.

Das stimmt, aber man kann davon ausgehen, dass keiner von ihnen die Inhalte selbst reinstellt. Ich glaube nicht, dass Oskar Lafontaine weiß, was Facebook ist. Solche Sachen machen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Kann man das feststellen?

Meist fällt es nicht auf. Wie soll es auch? Man sieht ja niemanden. Aber im Grunde ist es genauso, wie wenn man einem Politiker oder einer Politikerin eine E-Mail schreibt. Die wird normalerweise auch nicht von ihr persönlich beantwortet.

Es gibt auch YouTube-Videos mit Botschaften der Politikerinnen und Politiker...

Das ist in der Regel Einwegkommunikation. Wie im Fernsehen. Das Web 2.0 wird nicht genutzt, um die Politik zu öffnen.

Wozu dient dann das Web 2.0?

Die Parteien haben über traditionelle Medien kaum noch Chancen, junge Menschen zu erreichen. Man muss dafür an die sozialen Orte im Netz gehen. Genauso wie man zum Dorffest gehen muss, um die Älteren zu treffen.

Könnte die Nutzung des Webs 2.0 dazu führen, dass klassische Formen der Kommunikation und des Wahlkampfs unter den Tisch fallen?

Davon gehe ich nicht aus. Warum sollte der restliche Wahlkampf vernachlässigt werden? Das Web 2.0 ist ja bloß ein mögliches Werkzeug. Übrigens geben die Parteien dafür in der Regel wenig Geld aus – etwa so viel wie für eine Großveranstaltung. Das ist nicht viel.

Also wäre das Wahlkampfgeld gut im Web 2.0 angelegt?

Ja klar, das Internet ist das Leitmedium der jungen Generation.

Warum passiert in dem Bereich dann so wenig?

Die Parteien wollen vor allem ältere Menschen erreichen, die auch zur Wahl gehen. Und die Entscheidungsträgerinnen und -träger innerhalb der Partei sind meist auch schon älter. Immerhin ist mit dem Erfolg der Obama-Kampagne auch bei den älteren Politikerinnen und Politikern angekommen, dass man mit dem Internet Wahlen gewinnen kann.

Kann das denn nicht nach hinten losgehen?

Doch. Internet bedeutet Kontrollverlust. Du kannst dort Kampagnen nicht gezielt steuern. Plötzlich taucht ein Remix auf, zum Beispiel ein neuer Zusammenschnitt einer Rede, in dem der Inhalt komplett verändert wurde. Vor so etwas ist man nie sicher. Die Vorteile des Webs 2.0 überwiegen aber.●

Wolfgang Frotscher erklärt Grundlagen zur »Arbeit mit Bildern« Foto: Burghard Lange

Interview: Felix Werdermann

SUCHMASCHINEN-OPTIMIERUNG

Websites googlefähig machen

Google beherrscht die Welt. Das kann man gut finden oder schlecht. Auf jeden Fall kann man sich darauf einstellen – mit einer Suchmaschinen-Optimierung. Das geht auch ohne viel Geld. Aber wie? Eine Anleitung.

Wie man Websites für Suchmaschinen optimieren kann, erklärt Felix Langhammer, Web-Berater bei Warenform. Während er redet, illustrieren das zwei Menschen von »123Comics«. Mit flottem Stift sind schnell witzige Figuren gezeichnet, die Aussagen grafisch dargestellt. Alleine dafür hat es sich gelohnt, den Workshop zu besuchen.

Doch auch die Tipps der Suchmaschinen-Optimierung können sehr wertvoll sein. Deshalb erklärt CONTRASTE, wie eine Website auf Platz eins im Google-Ranking kommt:

1) Definiere deine Ziele! Willst du dein Thema bekannter machen? Dann liegst du richtig.

2) Kenne deine Ist-Situation! Wie viele Besucherinnen und Besucher kommen auf deine Website? Wer ist das? Woher kommen sie? Wo sind deine Websites verlinkt? Unter welchen Begriffen und warum ist sie dort verlinkt? Wie ist deine Website bei Suchmaschinen gerankt? Unter welchen Suchbegriffen lässt sie sich finden?

3) Kenne deine Konkurrenz! Wer ist deine Konkurrenz? Analysiere auch die Situation der Konkurrenz – genau wie deine eigene!

4) Lerne von deiner Konkurrenz! Wo ist deine Konkurrenz verlinkt, wo du nicht verlinkt bist? Unter welchen Suchbegriffen wird sie bei Google gefunden?

5) Suche dir Suchbegriffe, die zu deiner Website passen! Dazu kannst du brainstormen, du solltest aber auch andere Leute fragen, insbesondere deine Zielgruppe! Viele Menschen benutzen Suchbegriffe, auf die du erst nach langem Nachdenken kommst!

6) Reduziere die Anzahl der Suchbegriffe! Dazu kannst du Google-Adwords benutzen. Schalte alle Suchbegriffe, die dir eingefallen sind, einen Monat lang als Google-Adwords-Anzeige! Am Ende erhältst du von Google eine genaue Analyse, ob deine Suchbegriffe sinnvoll sind. Reduziere anschließend die Begriffe, unter denen deine Website gefunden werden soll, auf fünf!

7) Verfasse einen Text für die so genannte Landing Page, also die Seite, auf die alle Besucherinnen und Besucher kommen sollen. Das muss nicht die Startseite deiner Website seien. In deinem Text solltest du alle Erkenntnisse aus der Analyse deiner Ist-Situation sowie deiner Konkurrenz beachten. Benutze in deinem Text die fünf Suchbegriffe, für die du die Landing Page optimieren möchtest – möglichst in Überschriften (die du in der Website-Sprache HTML semantisch kennzeichnen kannst)! Der Text sollte jedoch für die Besucherin und den Besucher der Landing Page geschrieben sein, nicht für die Suchmaschine! Also bitte eine Suchbegriff-Dichte von maximal 3-4 Prozent aller Wörter!

8) Suche die wichtigsten Websites zum Thema und wähle die seriösen und vertrauensvollen Websites aus! Ewiglange Link-Sammlungen sind nicht so wertvoll, wie Websites von NGOs, Universitäten, Blogs, etc.

9) Akquiriere Links für die Landing Page! Dabei ist alles erlaubt: eMail schreiben, Post schicken, telefonieren. Aber denk dran: du hast in der Regel nur eine Chance!

10) Überprüfe deine Ergebnisse! Lehn dich zurück und schau dir an, wie viele Leute deine Website besuchen, auf welchem Platz sie bei Google gerankt wird und von welchen Seiten sie verlinkt bist. Und denk dran: Bleib weiter am Ball! Optimiere deine Website in regelmäßigen Abständen immer wieder!

Wer diese Tipps befolgt, wird sehr bald eine gut besuchte Website haben – aber nicht vergessen, die eigene Site immer wieder zu aktualisieren!●

Aufgeschrieben von: Felix Werdermann

DAS ETWAS ANDERE ERINNERN:

Die Bedeutung Freier Archive

Im Garten der Kulturpolitik stehen Museen, Archive, Bibliotheken und allerlei andere Einrichtungen, die sich der Pflege des kulturellen Erbes widmen. Sie verstehen sich als Erinnerungs- bzw. Gedächtnisorte, als Hüter historischer und zeitgeschichtlicher Dokumente und Materialien. Gern werden sie auch als Gedächtnis eines Landes oder eines sozialen, politischen oder kulturellen Milieus bezeichnet, denn es herrscht weitgehend, quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen, Konsens darüber, dass Überlieferungen aller Art die empirische Grundlage jeder historischen und zeitgeschichtlichen Forschung bilden. Ohne Quellen, also authentische Überlieferungen, bewegt sich jeder Versuch, eine Gesellschaft zu verstehen, schnell im Spekulativen und damit im Zweifelhaften.

Jürgen Bacia / Cornelia Wenzel ● Dennoch stehen Archive und Dokumentationsstellen eher an den schattigen Plätzen des kulturpolitischen Gartens. Erst wenn dramatische Ereignisse wie der Brand in der Weimarer Anna Amalia Bibliothek oder das Versinken des Historischen Archivs der Stadt Köln geschehen, gerät die wichtige Gedächtnisfunktion dieser Einrichtungen ins öffentliche Bewusstsein.

Eine besondere und viel zu wenig beachtete Rolle in der Archiv- und Bibliothekslandschaft spielen die Freien Archive. Gemeint sind damit diejenigen unabhängigen Einrichtungen, die seit den 1960er Jahren aus dem bunten Spektrum der Neuen Sozialen Bewegungen entstanden sind. Thematisch geht es dabei um ein sehr disparates Milieu: es umfasst die APO-Gruppen der 1960er Jahre und alles, was darauf folgte, also die spontaneistischen, maoistischen, anarchistischen, autonomen und internationalistischen, aber auch die Umwelt- und die Friedensbewegungen – nicht zu vergessen die Frauenbewegung, die wohl die nachhaltigste Wirkung in der Gesellschaft erzielt hat. Daneben umfasst dieses Milieu aber auch Bürgerinitiativen und Stadtteilgruppen, die Hausbesetzerszene und Mietergruppen, Arbeitslosen- und Obdachloseninitiativen, GlobalisierungsgegnerInnen und TierfreundInnen, die Initiativen der Kirche von unten und gewerkschaftsoppositionelle Gruppen – und schließlich gehören auch die selbstverwalteten Jugend- und Kulturinitiativen sowie die alternativen Selbsthilfegruppen dazu.

Warum sind Freie Archive notwendig? HistorikerInnen, SozialwissenschaftlerInnen und einige ArchivarInnen weisen seit Jahren auf die prekäre Quellenlage zu den *Neuen Sozialen Bewegungen* hin. Als Beispiel sei hier an eine viel zu wenig beachtete Rede von Peter Dohms erinnert, die dieser am 3. Juli 1997 in der Deutschen Bücherei in Leipzig anlässlich einer Ausstellung des *Archivs für alternatives Schrifttum* gehalten hat. Dohms, seinerzeit Direktor im Düsseldorfer Hauptstaatsarchiv, beklagte darin die verstreute, unübersichtliche und fragmentarische Überlieferung der *Neuen Sozialen Bewegungen* in den staatlichen und städtischen Archiven: obwohl diese Bewegungen »das Gesicht unseres Staates entscheidend geprägt haben«, suche man ihre Dokumente in den staatlichen Archiven oft vergebens. Er beklagte aber auch die wachsende Bedeutungslosigkeit der amtlichen Überlieferung: *»Namhafte Archivare und Historiker sind sich einig in der Einschätzung, dass staatliche Akten – und Ähnliches gilt sicherlich für die Überlieferung auch aller anderen Verwaltungen – in zunehmendem Maße 'inhaltsleer', 'belanglos' und 'kümmerlich' werden – so dass man – stellt man die allenthalben um sich greifende Informationsexplosion in Rechnung – sagen kann, dass sich der Aussagewert behördlicher Unterlagen geradezu umgekehrt reziprok zu ihrer Masse entwickelt hat«.* (1)

Empirisch abgesicherte, zeitgeschichtliche Forschung zu bestimmten gesellschaftlichen Konflikten und Defiziten, aber auch zu den *Neuen Sozialen Bewegungen* selbst ist also auf Quellen angewiesen, die vor allem in Freien Archiven zu finden sind.

Entstanden sind diese Archive quasi unter der Hand in Wohngemeinschaften und besetzten Häusern, in den Büros politischer Gruppen, in Zeitungsredaktionen, bei den Allgemeinen Studentenausschüssen der politisierten Universitäten. Mit den schnell wachsenden Bewegungen entstand auch ein bunter Blätterwald. Milieus vernetzten sich und tauschten Publikationen – und damit Erfahrungen aus. Was lag da näher, als eigene Archive anzulegen?

Während Ende der 1970er Jahre etwa zwei Dutzend Freie Archive bestanden, fand in den 1980er Jahren ein enormer Zuwachs statt. Fast alle Archive verstanden sich zu dieser Zeit als Bewegungsarchive, waren also Teil einer aktiven Szene, wollten das Wissen und die Erfahrungen, die in ihren Materialien steckten, für aktuelle Anlässe nutzbar machen. Einige größere Archive wollten darüber hinaus »verhindern, dass die Geschichte der linken und alternativen Bewegungen zu einer Geschichte der verschollenen Dokumente wird« (2), verstanden sich also als Gedächtnisarchive.

Freie Archive und ihre Sammlungen heute

Gegenwärtig dürfte es rund 300 Freie Archive in Deutschland geben. Den größten Anteil machen die Umweltarchive aus, gefolgt von den Frauenarchiven, den Archiven der politischen Linken und den Eine-Welt-Archiven. Der Rest von 100 bis 150 Archiven verteilt sich auf das breite Spektrum von Stadtteil-und Bürgerinitiativen, Geschichtswerkstätten, Friedensinitiativen, Arbeitslosenprojekten, Knastgruppen, Selbsthilfegruppen, Schwulenzentren, Zeitungsredaktionen, diverse Single-Point-Bewegungen etc.

Die Bestände der meisten Freien Archive füllen weniger als 200 Regalmeter und dienen vorwiegend der lokalen Literaturversorgung. Sie haben also die Funktion von alternativen Stadtarchiven bzw. Stadtbibliotheken. Man sollte sie aber dennoch nicht unterschätzen, weil sie neben den gängigen Zeitungen und Zeitschriften der Gegenöffentlichkeit auch zeitgeschichtlich wertvolle, singuläre Dokumente aus ihrer Stadt oder ihrer Region besitzen können. Daneben gibt es eine bisher nicht genau quantifizierte Gruppe von mittelgroßen Archiven, deren Bestände 200 bis 500 Regalmeter füllen. Über mehr als 500 Regalmeter verfügen etwa 10 bis 15 Freie Archive; zu dieser Gruppe gehören vor allem die Archive mit einem breitgefassten thematischen Sammelanspruch und einige Frauenarchive.

Die meisten Freien Archive sind eine Mischform aus Archiv und Bibliothek. Fast alle besitzen Publikationen aus bürgerlichen Verlagen, wenn diese in ihre Themenbereiche fallen. Bei manchen Umweltzentren dominieren sogar die Verlags-Veröffentlichungen. Die meisten Freien Archive verfügen jedoch über einen großen Anteil an Grauer Literatur, also über Flugblätter, Broschüren, Dokumentationen, Zeitungen und Zeitschriften aus Selbstverlagen bzw. kleinen alternativen Verlagen. Manche haben Photos, Tondokumente, Handakten, Filme und Interview-Sammlungen, andere hüten Personen-, Gruppen- oder Redaktionsnachlässe. Einige Archive besitzen umfangreiche Sammlungen von Presseartikeln. Hier sind es besonders einige Frauenarchive, die über Hunderttausende von thematisch sortierten Zeitungsartikeln verfügen. Andere Themen solcher Sammlungen sind vor allem Ökologie/Umweltschutz, linke Bewegungen und Antifaschismus.

Frauenarchive und i.d.a.-Dachverband

In den 1970er Jahren wurden erste Archive zur Neuen Frauenbewegung, aber auch retrospektiv zur Alten Frauenbewegung vor 1933 gegründet, zwei weitere Gründungswellen gab es in den 1980er Jahren in der BRD und in den 1990er Jahren in Ostdeutschland. Seit 1983 gibt es regelmäßige Treffen zum Erfahrungsaustausch, im Herbst 2008 fand in Hamburg das 43. Treffen statt – es gibt hier also schon eine beachtliche Tradition und Beständigkeit.

1994 wurde mit dem Bestreben, gezieltere Lobbypolitik machen zu können, aus diesen Treffen heraus der Dachverband der Lesben/Frauenarchive, -bibliotheken und -dokumentationsstellen unter dem Namen »i.d.a. – informieren, dokumentieren, archivieren« gebildet. In diesem ida-Dachverband sind zur Zeit 36 Einrichtungen aus dem deutschsprachigen Raum zusammengeschlossen: 30 aus Deutschland, drei aus Österreich, je eine aus Luxemburg, Italien und der Schweiz. In Deutschland war und ist die Frauenbewegung eine dezentrale Angelegenheit – im Unterschied zu vielen anderen Ländern, wo in der Regel nur eine zentrale Einrichtung pro Land existiert. Vor dem Hintergrund dieser dezentralen Archivlandschaft gewinnen Vernetzung und Kooperation große Bedeutung.

Ost-Archive

Ab 1989/90, also dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des realen Sozialismus, entstanden im Osten die Aufarbeitungsarchive, aber auch Archive des Unabhängigen Frauenverbands, der Initiative Frieden und Menschenrechte, der Umweltbibliotheken und Grünen Ligen. Überall gründeten sich Stadt- und Musikzeitungen, Frauen- und Schwulenblätter, Literatur- und Jugendzeitungen. In den größeren Städten bildeten sich alternativkulturelle bis linksradikale Zusammenhänge, die Infoläden aufbauten und entsprechende Archive anlegten. Den größten Boom erlebten die Umweltbibliotheken.

Schnell entwickelten sich Kontakte zwischen den verwandten Szenen in Ost und West, was u.a. den Nebeneffekt hatte, das im Osten bestehende Bedürfnis nach Informationen, die während der DDR-Zeit nicht zugänglich waren, durch Büchertransfers von West nach Ost zu befriedigen. Verschiedene Fördertöpfe für den Aufbau Ost oder ähnliches halfen, die Umweltarchive und Frauenbibliotheken mit Büromöbeln, Kopierern und PCs auszustatten, das Personal der ersten Jahre wurde aus ABM-Mitteln bezahlt, und viele West-Projekte beneideten die armen Brüder und Schwestern im Osten ob dieser Unterstützung. Im Laufe der Zeit glichen sich die Arbeitsbedingungen der Ost- und der Westarchive einander an.

Workshop der Archive von unten

Von den oben für den i.d.a.-Dachverband beschriebenen, einigermaßen trag- und handlungsfähigen Strukturen ist die Freie Archivszene insgesamt noch weit entfernt. Systematische Absprachen bezüglich Arbeitsteilung bzw. Abstimmung von Sammelprofilen gibt es zwischen den Archiven der *Neuen Sozialen Bewegungen* praktisch nicht. Doch auch hier ist etwas Bewegung entstanden. Seit 2003 tagt alle zwei Jahre der *Workshop der Archive von unten* mit dem Ziel, der Freien Archivszene ein Forum zu schaffen für Austausch, gegenseitige Unterstützung und möglicherweise auch gemeinsame Interessenvertretung. Hier ist noch viel zu tun, aber ein Anfang ist gemacht.

Seit einigen Jahren bestehen Kontakte zwischen einigen Freien Archiven und dem Verband deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA). Im Februar 2009 wurde innerhalb dieses Verbandes ein Arbeitskreis zu den Überlieferungen der *Neuen Sozialen Bewegungen* gegründet mit dem Ziel, die Sorgen und Bedürfnisse der Freien Archive aufzugreifen, konkrete Hilfestellungen anzubieten und diesbezügliche Veranstaltungen durchzuführen. Der Arbeitskreis soll eine Brückenfunktion zwischen den »etablierten« und den »freien« Archiven einnehmen. Ob's klappt, wird sich zeigen. In jedem Fall ist es ein interessanter Freilandversuch.

Fortsetzung auf Seite 12

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

BVerfG legalisiert illegale Beweissicherung

Belastendes Beweismaterial kann in der Regel auch dann gegen einen Verdächtigen verwertet werden, wenn es bei einer rechtswidrigen Hausdurchsuchung gefunden wurde. Das hat das Bundesverfassungsgericht entschieden. Ein sogenanntes Beweisverwertungsverbot kommt nur ausnahmsweise bei besonders gravierenden Rechtsverstößen der Ermittler in Betracht. Damit wies das Karlsruher Gericht die Beschwerde eines wegen Drogenbesitzes verurteilen Münchners ab. Bei einer rechtswidrigen Durchsuchung hatte die Polizei bei ihm ein halbes Kilo Haschisch gefunden. Der bemerkenswerteste Satz aus dem Urteil (Az: 2 BvR 2225/08) lautet: »Der Rechtsstaat kann sich nur verwirklichen, wenn ausreichende Vorkehrungen dafür getroffen sind, dass Straftäter im Rahmen der geltenden Gesetze verfolgt, abgeurteilt und einer gerechten Bestrafung zugeführt werden« – eine selten deutliche Aussage, worum es bei Strafverfahren geht: Die Selbstinszenierung des Rechtsstaates.

Annäherung an den § 34 StGB

Papi Staat zieht sich ab und zu mit dem Paragraphen aus der Affäre, der eigentlich auch zur Abwehr gegen versagende oder missbrauchte Staatsmacht geschaffen wurde: Der rechtfertigende Notstand. Der regelt, dass nicht bestraft wird, »wer in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut eine Tat begeht, um die Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden«. Das gilt aber nur, »wenn bei Abwägung der widerstreitenden Interessen, namentlich der betroffenen Rechtsgüter und des Grades der ihnen drohenden Gefahren, das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegt«. Außerdem muss die konkrete Handlung »ein angemessenes Mittel« sein, um »die Gefahr abzuwenden«. Für politisch motivierte Handlungen wurde dieser Paragraph regelmäßig abgelehnt, teilweise pauschal und ohne jegliche Prüfung. Zur Zeit laufen mehrere Verfahren wegen sogenannter Feldbefreiungen, bei denen sich die vermeintlichen TäterInnen offensiv auf den Paragraphen beziehen – so unter anderem bei mehreren Prozessen um die Gendreck-weg-Aktion 2008 in Kitzingen (www.gendreck-weg.de) und beim seit Mitte Juli laufenden Prozess wegen der Feldbefreiung 2006 in Gießen (www.projektwerkstatt.de/gen/prozess.htm).

Schwere Verletzungen durch Gummigeschosse

Berichte aus Frankreich zeigen, dass die Aufstandsbekämpfungswaffen der Polizei erhebliche Verletzungen hervorrufen können. Auf Indymedia findet sich folgender Text. »Gegen 22 Uhr zogen die DemonstrantInnen mit einer Demo zur Clinique, entzündeten Feuerwerk und begannen sich mit den drei Wachschutzleuten vor dem frisch zugemauerten Squat zu unterhalten. In diesem Moment stürmten die Cops überfallartig und ohne jede Warnung auf die Leute los und beschossen sie auf Kopfhöhen mit Flashball-Gummigeschossen. Fünf Leute wurden an Oberkörper und Kopf verletzt, eine Person wurde ins Auge getroffen. Diese wurde mit dem Notarzt zur Operation ins Krankenhaus gefahren, aber sein Auge konnte nicht gerettet werden.« Mehr: http://de.indymedia.org/2009/07/255866.shtml

Kriminalität geht zurück

Im Vergleich der Jahre 1993 und 2008 weist die polizeiliche Kriminalitätsstatistik für Deutschland einen Rückgang der erfassten Delikte um etwa 636.000 bei gleichzeitiger Zunahme der Bevölkerungszahl um 1,2 Millionen fest. Der subjektive Eindruck vieler Bürgerinnen und Bürger, es würden immer mehr und immer schwerere Straftaten begangen, lässt sich statistisch also nicht belegen. Vielmehr ist das Gegenteil richtig. Die Kriminalitätszunahme ist also gefühlt und gemacht – Medien und Politik tun das ihre, um bestehende Vorurteile zu verstärken und tendenziell Stimmung gegen Gefangene zu machen. Denn auf Angst lassen sich gut autoritäre Politikkonzepte stützen. Die haben ganz praktische Auswirkungen – auf die betroffenen Menschen: Die Zahl der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten sank von 1965 bis 1995 auf 46.516 (1965: 49.573), um seitdem wieder zu steigen, auf zwischenzeitlich 62.348 (für 2008). Befanden sich 1995 ungefähr 0,057% der Bevölkerung in Strafhaft oder Sicherungsverwahrung, waren es 2008 schon 0,076%, was immerhin einer Steigerung von 33,38% entspricht. Seit 1995 stieg die Zahl der Sicherungsverwahrten um 152%. (http://de.indymedia.org/2009/07/255814.shtml).

Neuer Großknast nahe Berlin

Am 8. Juli begann der Bau des Gefängnisses, welcher die überfüllten Knäste in Berlin entlasten soll. Justizsenatorin Gisela von der Aue und Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer setzten den ersten Spatenstich. Gebaut wird im südlich von Berlin gelegenen Großbeeren, der Knast soll den Namen JVA Heidering tragen, mehr als 118,5 Millionen Euro kosten und im Jahr 2012 fertiggestellt sein. Es sollen 648 männliche Gefangene untergebracht werden, wahrscheinlich später mehr, da in den letzten Jahren und Jahrzehnten ein rapider Anstieg der Anzahl der Gefangenen zu verzeichnen ist.
Info: http://de.indymedia.org/2009/07/255666.shtml

Vertreibungspolitik in Kassel spitzt sich zu

Bislang waren die städtischen Ordnungshüter an die Kasseler »Trinkersatzung« gebunden. Diese sah vor, dass Personen des Platzes verwiesen werden können, wenn sie mindestens zu dritt und länger als eine halbe Stunde Alkohol im öffentlichen Raum konsumieren. Dies soll nun verschärft werden. Laut Aussage der Kasseler Hilfspolizei gilt seit dem 1.7.2009 ein Alkoholverbot im öffentlichen Raum. Brisant: Mehrere Rechtsgutachten kommen zum Schluss, dass ein generelles Alkoholverbot für den öffentlichen Raum unrechtmäßig ist, weil die Freiheitsrechte der BürgerInnen berührt würden. Neu ist zudem, dass sich die Kasseler Hilfspolizei bei ihrem Vorgehen gegen öffentliche Trinker durch »zivile Käfte« unterstützen lässt. »City-Detektive« aus dem Hause Protex fahren gemeinsam mit uniformierten städtischen Ordnungshütern im Blaulichtwagen Streife und kontrollieren bzw. vertreiben innerstädtische Trinker. Mehr:
http://de.indymedia.org/2009/07/256476.shtml

Erfolg durch offensive Prozessführung: Mehrere Prozesse in Bad Oldesloe eingestellt

Rund um die Monatswende Juni/Juli 2009 gab es mehrere Prozesse in Bad Oldesloe. Hintergrund waren jeweils Konflikte zwischen PolizeibeamtInnen und politischen AktivistInnen. In allen Prozessen wurde mit Anträgen und intensiven Fragerunden an die uniformierten Zeugen viel Druck gemacht. Polizeiliches Fehlverhalten und eskalierende Strategien konnten aufgedeckt werden – in allen Fällen mit dem Ergebnis, dass die Prozesse eingestellt wurden. Berichte unter anderem unter http://de.indymedia.org/2009/07/255659.shtml.●

Jörg Bergstedt

GRÜNDERGENOSSENSCHAFT, WITTEN

Ein Netzwerk für Jungunternehmen

Als im Zuge der staatlich gewünschten Existenzgründungswelle aus der Arbeitslosigkeit heraus die Ich-AGs wie Pilze aus dem Boden schossen, sahen sich viele Jungunternehmen hilflos den Anforderungen der freien Wirtschaft gegenüber. Hier reifte die Idee ein Netzwerk zu entwickeln, dass den Existenzgründern ermöglicht sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren zu können.
Die Gründergenossenschaft Witten eG wurde am 08.11.2004 mit 10 Gründungsmitgliedern ins Leben gerufen. Am 8. November 2009 wird die Gründergenossenschaft 5 Jahre alt.

Ursula Betz, Red. Genossenschaften ● Die Gründergenossenschaft Witten eG ist die erste Genossenschaft mit dem satzungsgemäßen Auftrag, Existenzgründer und kleine und mittlere Unternehmen dabei zu unterstützen, sich erfolgreich am Markt zu behaupten. Das Angebot der Gründergenossenschaft Witten eG umfasst alle Leistungen und Fachkompetenzen, die es kleinen Unternehmen ermöglicht, sich auf das jeweilige Kerngeschäft konzentrieren zu können – von der Buchhaltung über die Vertragsgestaltung bis zur Kundengewinnung. Die Mitglieder arbeiten dabei selbständig und eigenverantwortlich. Sie können sich auf der Internetseite der Gründergenossenschaft Witten eG mit ihrem Portfolio präsentieren, Infomaterial in den Büroräumen auslegen und sich persönlich bei den Netzwerktreffen (zum Beispiel beim monatlichen Gründergenossenschafts-Stammtisch) durch Vorträge und Gespräche dem Existenzgründer vorstellen. Ein weiteres Medium ist der regelmäßige Newsletter der alle 14 Tage an ca. 540 ortsnahe Interessenten und Multiplikatoren verschickt wird.

Gewinnung neuer Mitglieder

Die Existenzgründer finden ihren Weg zur Gründergenossenschaft Witten eG über eine kostenlose Sprechstunde zu Fragen der Existenzgründung, über ein kostenloses Existenzgründer-Seminar und über Netzwerkveranstaltungen wie zum Beispiel das Business-Frühstück, das einmal im Monat stattfindet. Mit ihren Terminen steht die Gründergenossenschaft Witten eG regelmäßig in der örtlichen Tagespresse und in einigen Internetforen (zum Beispiel XING). Der/die Unternehmer/in erfährt Möglichkeiten der Unternehmensgestaltung mit Hilfe »öffentlicher Fördermittel« (Gründungszuschuss und Gründercoaching der KfW). Der/die Gründer/in kann sich dann aus dem erfahrenen Team der Gründergenossenschaft Witten eG, die Leistungen aussuchen, die für ihn/sie in Frage kommen.

Momentan hat die Genossenschaft 22 Mitglieder, zwei Vorstände und drei Aufsichtsräte. Die Mitglieder sind zum einen Berater verschiedener Branchen wie Unternehmensberatung, Steuerberatung, Rechtsberatung, Vermögensberatung und zum anderen Marketingexperten für (Web-) Design, EDV und Vertrieb. Dabei sind aber auch ehemalige Gründer, die das Netzwerk der Gründergenossenschaft Witten eG für sich und ihr Unternehmen nutzen wollen. Neue Mitglieder ergeben sich durch Nachfragen, die das Leistungsangebot der Gründergenossenschaft Witten eG erweitern und ergänzen können. Genauso verlassen ehemalige Mitglieder die Genossenschaft, wenn sie ihre Tätigkeit nicht befriedigend platzieren konnten, sich örtlich oder beruflich verändern oder eine andere Herausforderung suchen.

Netzwerkarbeit steht ganz oben: Mitglieder der Gründergenosenschaft Witten und Gäste

Grundlagen der Finanzierung

Die Gründergenossenschaft Witten eG lebt vom Einsatz und Engagement jedes einzelnen Mitglieds und finanziert sich vor allem über Mitgliedsbeiträge und der Untervermietung von Büros und einem Seminarraum. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 10 Euro im Monat. Es gibt nur aktive und keine passiven (fördernden) Mitglieder. 2008 weist die Genossenschaft ein ausgeglichenes Ergebnis auf. Sie trägt sich finanziell nur aufgrund von viel ehrenamtlicher Arbeit.

Die Finanzierung über eine Auftragsvermittlung mit Provision wurde eine Zeitlang praktiziert, hat sich aber als schwierig herausgestellt. Denn entweder muss dabei die Genossenschaft als Auftraggeber fungieren und ist somit in der Haftung. Was außerdem noch einen erheblichen Arbeitsaufwand für die Genossenschaft bedeutet, die Aufträge zu akquirieren, zu koordinieren und zu verwalten. Oder sie ist nur Vermittlerin, wobei die Tatsache und der Umfang der unmittelbaren Vermittlung unklar bleiben. Deshalb versteht sich die Gründergenossenschaft Witten eG als lebendiges Netzwerk, in dem sich unterschiedliche Branchen zum Nutzen der Kunden ergänzen, aber doch jedes Unternehmen eigenständig und eigenverantwortlich arbeitet.

Die Nachfrage nach weiteren begleitenden Maßnahmen führte dazu, dass ab Juni die Gründergenossenschaft Witten eG ihr Angebot erweitert. Es findet ein Workshop zur beruflichen Neuorientierung statt. Angesprochen werden hierbei nicht nur potenzielle Existenzgründer, sondern auch Unentschlossene, die ihren weiteren beruflichen Werdegang suchen. Hierfür konnte ein Strategieberater gewonnen werden, mit jahrelanger Erfahrung auf diesem Gebiet, der sich dann auch um diejenigen bemühen kann, die sich nicht für eine Selbständigkeit entscheiden werden.

Verbesserung der Kommunikation

Als Ergebnis eines Projektes mit StudentInnen der Fakultät Wirtschaftspsychologie der Ruhr Universität Bochum erwartet die Genossenschaft in Kürze Anregungen zum Thema Verbesserung der Kommunikation innerhalb des Mitgliedsnetzwerks Gründergenossenschaft – Prozessoptimierung Auftragsvergabe. Dies soll zur weiteren Entwicklung und Verbesserung der Strukturen innerhalb der Genossenschaft beitragen.●

Genossenschaftliche Fortbildungen

09./10. Oktober 2009: Selbständig in der Genossenschaft heißt ein Seminar, das die Deutsche Akademie für Public Relations (DAPR) organisiert. Vermittelt werden die Anforderungen und die Vor- und Nachteile, die mit einer entsprechenden Unternehmensgründung verbunden sind. Beispiele von Selbständigengenossenschaften helfen dabei, von Erfahrungen anderer zu lernen. Kosten 680 EUR zzgl. MwSt. (ohne Unterkunft und Verpflegung), Veranstaltungsort Hotel Villa Orange in Frankfurt/Main, Referent Dr. Burghard Flieger, Information und Anmeldung Regina Raab per Email: raab@dapr.de, Tel.: (0 56 21) 75 26 01. Wer darauf verweist, über die innova eG vermittelt worden zu sein, erhält einen Rabatt von 10 Prozent.

01. Oktober 2009: »Die Genossenschaft für soziale Aufgaben und den Gesundheitssektor nutzen« heißt die Fortbildung, die das der IBPro e.V. organisiert. Das Seminar wendet sich an Gründungsinteressierte und Projektentwickler, die Unternehmensneugründungen im sozialen Bereich und im Gesundheitssektor als Gruppengründung angehen wollen. Hintergrund ist die am 18. August 2006 in Kraft getretene Gesetzesnovellierung, durch die die Genossenschaft gegenwärtig eine erhebliche Aufwertung erfährt.
Teilnahmebeitrag 120 EUR. Die Veranstaltung findet in München statt.
Information und Anmeldung: IBPro e.V., Lindwurmstr. 129e, 80337 München, Tel.: (0 89) 47 50 61 info@ibpro.de, www.ibpro.de

BUCHBESPRECHUNG

Recht, Steuern und Rechnungslegung der Genossenschaften

Die Gesellschaftsform der eG erfuhr durch das Gesetz zur Einführung der Europäischen Genossenschaft und zur Änderung des Genossenschaftsrechts eine umfangreiche Novellierung. Auch das auf die eG anzuwendende Steuerrecht wurde u.a. durch die Unternehmenssteuerreform 2008 grundlegend reformiert. Mit dem Beck'schen Handbuch der Genossenschaft steht dazu nun eine umfassende Darstellung des Gesellschafts- und Steuerrechts sowie der Rechnungslegung und Prüfung der eingetragenen Genossenschaft neu zur Verfügung.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die Veröffentlichung des Sammelbandes »Handbuch der Genossenschaft« durch die Herausgeber Marcus Helios und Thomas Striedler versteht sich nicht als Kommentar des Genossenschaftsgesetzes. Vielmehr beruht es auf einer praxisrelevanten Gliederung, die thematischen Schwerpunkten folgt. Ziel ist es, den gesamten Lebenszyklus einer Genossenschaft fachlich zu begleiten. Dabei werden jeweils vor allem die gesellschafts- und steuerrechtlichen Themenstellungen in den einzelnen Phasen aufgegriffen. Die Grobgliederung beinhaltet vier inhaltliche Schwerpunkte: Recht, Rechnungslegung und Prüfung, Steuern sowie Sonderthemen wie Genossenschaft im Konzern, Kartellrecht, Liquidation und Insolvenz sowie Europäische Genossenschaft.

Ketzerische Fragestellungen

In der Einleitung thematisiert Marcus Helios in brisanter Weise das Thema künftige Entwicklung des Genossenschaftswesens. Für ihn sind nicht rechtliche Bedingungen und die unzureichende Einbindung in Förderstrukturen die alleinigen Problemfelder. Nach seiner Einschätzung bleibt die Neugründungswirklichkeit unverändert negativ, solange die für Neugründungen zahlreichen freien Berater die Rechtsform der Genossenschaft als Variante nicht vermitteln. Dies wird nach seiner Einschätzung solange nicht geschehen, wie Berater keine Aussicht auf eine eigene Folgeberatung erkennen können. Nach der Gründungsentscheidung befürchten die meisten eine Rundumbetreuung durch die Genossenschaftsverbände und deren Tochterunternehmen. Dies wirkt sicherlich nicht motivierend, möglichen Mandanten die genossenschaftliche Lösung nahe zu legen.

Der Autor sieht allerdings als vorherrschendes Neugründungshemmnis den im Genossenschaftsgesetz verankerten weiterhin unangetasteten Anschlusszwang (Pflichtmitgliedschaft in einem genossenschaftlichen Prüfungsverband). Eine ausreichende Begründung für seine Einschätzung bleibt er an dieser Stelle schuldig. Für eine künftige Reform des Genossenschaftsgesetzes will er zudem auch die Prüfungspflichten thematisiert sehen. Gleichzeitig wird Kritik an der eigenverantwortlichen Leitung des Vorstands geäußert, an den fehlenden Möglichkeiten der Gestaltung durch Mehrstimmrechte sowie an der Nichtbeteiligung der investierenden Mitglieder am Unternehmenswert. Ob mit solchen Überlegungen die Eigenständigkeit und Unverwechselbarkeit des Genossenschaftswesens nicht ganz in Frage gestellt wird, soll an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden.

Möglichkeiten der Mitgliederförderung

Ein Vergleich des Handbuchs mit dem jahrelang besonders anerkannten Kommentar Lang/Weidmüller/Metz/Schaffland drängt sich auf. Beide Werke legen Wert auf Überschaubarkeit und bewusst kurze Aussagen zu den wesentlichen rechtlichen Gesichtspunkten. Beim Handbuch fällt positiv ins Gewicht, dass eine einseitige Konzentration nur auf rechtliche Aspekte wegfällt. So wird beispielsweise dem Thema Ergebnisermittlung und -verwendung ein ganzer Abschnitt gewidmet. Rückvergütung, Kapitaldividende, Rücklagenbildung werden ebenfalls ausreichend behandelt und sogar die im Genossenschaftsbereich immer wieder aufkommende Problematik der verdeckten Gewinnausschüttung.

Eine abschließende Einschätzung zu einigen wichtigen Teilthemen bei der verdeckten Gewinnausschüttung aufgrund der Ausführungen fällt allerdings schwer. Einerseits wird betont, dass die finanzgerichtliche Rechtsprechung unterschiedliche Benutzungsentgelte zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern nicht anerkennt (S. 429). Gleichzeitig erläutert der Autor, dass die Gleichschaltung von Mitgliedern und Nichtmitgliedern den Sinn der Mitgliedschaft in Frage stelle (S. 433). Wie diese allerdings vermieden werden könne, erfährt keine ausreichende Konkretisierung. Betont wird nur die Begrenzung von Exklusivleistungen auf die Höhe der Erträge aus dem Mitgliedergeschäft (S. 433). Ansonsten scheint nach Strieder die vorrangige Form der Mitgliederförderung in der Rückvergütung zu liegen.

Empfehlenswertes Gesamtwerk

Festzuhalten bleibt: Das Buch weist fachlich ein hohes Niveau auf. Zum »Durchlesen« eignet sich die Veröffentlichung aber nicht, sondern ist trotz eines anderen Selbstverständnisses der Herausgeber vor allem als Nachschlagwerk mit Charakter eines Kommentars zu nutzen. Der Anhang einschließlich der praktischen Hilfen (Formularteil) befindet sich auf dem aktuellen Stand des genossenschaftlichen Rechtswesens. Er versucht sich aber nicht an kreativen Lösungen z.B. an einer Kurzsatzung oder in Form weniger bürokratische Vorschläge für die Einladung zur Gründungsversammlung oder zur Protokollführung. Sprachstil und Aufmachung entsprechen im gesamten Werk klassisch juristischen Veröffentlichungen, wirken also für Laien oder Praktiker eher »abtörnend«. Trotzdem: sehr empfehlenswert.●

Helios, Marcus (Hrsg)/ Striedler, Thomas (Hrsg): Handbuch der Genossenschaft: Recht, Steuerrecht, Rechnungslegung (Gebundene Ausgabe), München 2009, 98 EUR.

FORTSETZUNG VON SEITE 11

Plädoyer für die Stärkung Freier Archive

Abschließend drei kurze Bemerkungen zur Situation der Freien Archive und ihrer Bedeutung in der Archivlandschaft:
1. Die wichtigsten etablierten Archive haben in den letzten Jahren ihre Sammeltätigkeit bezüglich der *Neuen Sozialen Bewegungen* eingestellt: das APO-Archiv der Freien Universität Berlin, die Dokumentationsstelle für unkonventionelle Literatur in Stuttgart und das Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Auch das ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam hat sang- und klanglos im Jahr 2003 seine Tätigkeit eingestellt. Damit wird sich die sowieso schon schlechte Quellenlage in den etablierten Archiven in Zukunft weiter verschlechtern.
2. Die Neuen Sozialen Bewegungen haben in den letzten Jahrzehnten unter abenteuerlichen Bedingungen eine Fülle von Freien Archiven hervorgebracht, die schon jetzt für die zeitgeschichtliche Forschung von großem Wert sind. Diese Bedeutung wird in den nächsten Jahren noch wachsen, doch an öffentlicher Anerkennung, vor allem aber an Unterstützung ihrer Arbeit, mangelt es.
3. In Deutschland fehlt ein Archiv für Sozialgeschichte, wie es beispielsweise das Internationale Institut für Sozialgeschichte für die Niederlande darstellt – und wir wagen nicht viel mit der These, dass es in den nächsten Jahrzehnten auch kein solches Archiv geben wird. Um so wichtiger ist es, die Freien Archive zu unterstützen. Ihre Vielschichtigkeit ist eine Bereicherung, weil sie die Überlieferung sonst unzugänglicher Quellen sichern und ganz nebenbei zur lokalen und regionalen Literaturversorgung beitragen. Ohne sie wäre der kulturelle Garten des Landes ärmer – und sein Gedächtnis wiese bedenkliche Lücken auf.●

Nachbemerkung:
Dieser Artikel ist die veränderte und gekürzte Fassung eines Aufsatzes im elektronischen »Newsletter« Nr. 8, der im Vorfeld des 5. Kulturpolitischen Bundeskongresses (11./12. Juni 2009) von der Kulturpolitischen Gesellschaft herausgegeben wurde. Weitergehende Informationen zu den Freien Archiven und weiterführende Literatur sind über die AutorInnen erhältlich:
Jürgen Bacia ist Gründungsmitglied des Archivs für alternatives Schrifttum in Duisburg:
afas-archiv@t-online.de
Cornelia Wenzel ist Mitarbeiterin im Archiv der deutschen Frauenbewegung in Kassel:
wenzel@addf-kassel.de

1) Peter Dohms: Die Bedeutung freier Archive als Sammelstellen für nichtstaatliches Schriftgut; in: Archiv für alternatives Schrifttum, Reden zur Ausstellungseröffnung in der Deutschen Bücherei Leipzig. Duisburg 1997, S. 26 ff.
2) Archiv für alternatives Schrifttum : Zeitschriften Bestandskatalog 1. Duisburg 1988, S. 7

SELBSTÄNDIGENGENOSSENSCHAFT

Handeln für Veränderung

Die gemeinnützige eingetragene Genossenschaft »act for transformation« ist ein Zusammenschluss von TrainerInnen und BeraterInnen, die im Bereich Zivile Konfliktbearbeitung tätig sind. Die Genossenschaft bietet Dienstleistungen wie Beratungen, Kooperationen und Fortbildungen für soziale, ökologische und kulturelle Projekte und Organisationen an. Entstanden ist sie aus dem Mutlanger Trainingskollektiv, das vor allem im Bereich Trainings zur Gewaltfreiheit für soziale Bewegungen und zur Gewaltprävention an Schulen tätig war. Die TrainerInnen waren als Freiberufler selbständig und kooperierten mit dem ansässigen Verein.

Jürgen Menzel, Red. Genossenschaften ● Die Entscheidung für die Form der Genossenschaft »act for transformation« fiel, nachdem das Genossenschaftsrecht vereinfacht wurde. Als Anfang 2007 zwei der TrainerInnen nach einer zweijährigen Tätigkeit im Zivilen Friedensdienst aus dem Sudan zurückkamen, wurde im April 2007 die Genossenschaft gegründet und im Dez. 2007 ins Registergericht als gemeinnützige Genossenschaft eingetragen. Die Genossenschaft wurde Mitglied beim Prüfungsverband Deutscher Produktiv- und Dienstleistungsgenossenschaften e.V. (pvdp) in Dessau. Im März 2008 erhielt sie bereits die Anerkennung als öffentlicher Träger der Jugendhilfe.

Anerkennung der Gemeinnützigkeit

Die erste große Hürde in der Gründungsphase war die Eintragung der Gemeinnützigkeit. Der Hauptgrund,

Integration von Jugendlichen ist ein wichtiges Standbein bei der Projektarbeit

dies zu beantragen: Die Genossenschaft wollte selbst soziale und entwicklungspolitische Projekte beantragen und durchführen. In der Regel werden Fördermittel nur für gemeinnützige Organisationen bewilligt. Während die Vereinsform in dieser Funktion bekannt ist, stellt auch die gemeinnützige GmbH im Sozialbereich zunehmend eine gängige Rechtsform dar. Im Genossenschaftswesen ist von früher vor allem die gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft bekannt. Mit dem Finanzamt waren sich die Initiatoren bei der Formulierung der Satzungsziele für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit schnell einig. Sie wurden folgendermaßen festgelegt:

»Förderung und Durchführung von sozialen und kulturellen Projekten im In- und Ausland

- Vermittlung von Methoden der Zivilen Konfliktbearbeitung
- Begegnungen zur Völkerverständigung und Toleranz
- Kinder- und Jugendhilfe
- Kultur- und Sportprojekte
- Entwicklungshilfeprojekte
- Hilfe von Kriegsopfern.«

Zwischen den Bürokratien

Einige Monate zuvor hatte in Aalen das dortige neue Programmkino die Form der gemeinnützigen Genossenschaft gewählt und anerkannt bekommen. Deshalb gingen die Gründer davon aus, dass auch bei ihnen der Eintragung nichts im Wege stehen würde. Doch die deutsche Bürokratie stellte sich bzw. der Genossenschaft ein Bein bei der Eintragung ins Registergericht. Das Registergericht wollte für die Eintragung der Gemeinnützigkeit den vorläufigen Bescheid des Finanzamts. Das Finanzamt wiederum stellte sich auf den Standpunkt, diesen könne es nur ausstellen, wenn auch das Registergericht durch die Eintragung die Satzung bestätigt habe. Keine der beiden Behörden wollte den entsprechenden Bescheid bzw. die Eintragung ausstellen, obwohl von beiden Seiten die inhaltliche Zustimmung vorlag. Es dauerte über sechs Monate bis durch Formulierungen wie »vorbehaltlich der endgültigen Eintragung« jeweils eine Brücke zur anderen Behörde gebaut werden konnte.

Widersprüchliche Anforderungen

Bezüglich der Gemeinnützigkeit und der Genossenschaft gibt es Spannungsfelder, die miteinander in Einklang gebracht werden mussten. Zum einen ist es der Bereich der Rücklagenbildung. Das Genossenschaftsrecht schreibt diese zwingend vor, im Gemeinnützigkeitsrecht dagegen gibt es strenge Regeln, die die Rücklagenbildung zu verhindern versucht, denn es soll ja kein Kapital bzw. Gewinn angehäuft werden. So war es notwendig, in der Satzung laut Genossenschaftsrecht die Rücklagenbildung festzuschreiben und gleichzeitig diese auf maximal 10% des Gewinns zu beschränken. Alle weiteren Gewinne dürfen nicht ausgeschüttet werden, sondern müssen in Projekte, wie im Satzungsziel festgelegt, fließen.

Das zweite Spannungsfeld liegt darin, dass in der Genossenschaftsidee festgeschrieben ist, dass sie zum Wohle und im Interesse der Genossen zu handeln hat. Durch die Änderungen des Genossenschaftsrechts wurden endlich soziale Dienstleistungsgenossenschaften anerkannt, die ja im Wirken zum Wohle der Allgemeinheit dienlich sind. Das Interesse der Genossen bzw. hier der beteiligten TrainerInnen liegt darin, über die Genossenschaft ein sicheres Einkommen bzw. Aufträge zu bekommen. Die Bezahlung für diese Aufträge dürfen im Sinne der Gemeinnützigkeit keine Bevorzugungen darstellen oder gar den Anschein versteckter Gewinnausschüttungen enthalten. Alles was sich im Rahmen üblicher Honorare oder Anstellungsverträge bewegt, gefährdet nicht die Gemeinnützigkeit.

Verschiedene Genossenschaftsmitglieder

Die Idee der Genossenschaft lag den Gründern nahe, nachdem auch die Idee des »Trainings-kollektivs« von den gleichen Prinzipien ausging, nämlich die Gleichberechtigung der einzelnen Mitglieder. Allerdings wurde bei der Mitbestimmung eine Differenzierung eingebaut: Ordentliche Genossenschaftsmitglieder müssen fünf Anteile á 200 EUR zeichnen. Sie bestimmen die Geschäftspolitik mit, weil sie sich entsprechend engagieren und einen Großteil ihres Einkommens darüber erzielen.

Daumenkreis: Die Genossenschaftsgründer erwarben grundlengende Erfahrungen bei ihrem zivilen Friedensdienst im Sudan

Einfache bzw. investierende Mitglieder mit weniger Anteilen haben in der Generalversammlung ein Rederecht, aber kein Stimmrecht. Des Weiteren können Interessierte als Assoziierte/r TrainerIn mitarbeiten und entrichten per vermittelten Auftrag einen festgelegten Betrag. Sie profitieren von der Netzwerkfunktion und Interessensvertretung der Genossenschaft und von der gemeinsamen Auftrags- und Projektakquise. Neben den vier Gründungsmitgliedern arbeiten inzwischen bei der Genossenschaft fünf weitere TrainerInnen regelmäßig mit und seit Anfang des Jahres eine Auszubildende (Anerkennungsjahr als Erzieherin). Durch eine Overhead-Regelung für Projekte und Aufträge wird versucht die Verwaltungskosten der Genossenschaft zu decken, wobei für Projekte ein Verwaltungskostenanteil von 10 bis 15% kalkuliert wird und bei Honoraren diese sich ab einem Grundhonorar nach oben staffeln.

Erfolge bei Förderanträgen

Nach fast zweijährigem Bestehen als Genossenschaft haben sich zwei Schwerpunkte bei der Arbeit in Deutschland herausgebildet. Zum einen der Bereich entwicklungspolitische Bildungsarbeit (Globales Lernen) und der Bereich Gewaltprävention und interkulturelles Lernen. Hierzu werden auch Fortbildungen für Multiplikatoren angeboten. Des Weiteren gibt es die Kooperationen mit Projektpartnern im Sudan und in anderen Krisenregionen.

In den ersten beiden Jahren gelang es, kleinere Förderungen von verschiedenen Geldgebern zu bekommen. Eine Durststrecke für neue Organisationen liegt oft in den ersten drei Jahren. Staatliche Geldgeber geben Förderungen meist nur, wenn die Träger eine dreijährige kontinuierliche Arbeit vorweisen können. Die Idee, in Kooperation mit anderen Organisationen diese Hürde zu umschiffen, scheitert in der Regel am »Eigeninteresse« der anderen Organisation oder direkter ausgedrückt an der Konkurrenzsituation auf dem Fördermarkt.

Im dritten Jahr gelang es dennoch, ein über den Europäischen Sozialfond und vom Bundesministerium für Soziales und Arbeit gefördertes XENOS-Projekt »Einander Fairstehen« für die nächsten drei Jahre im Bereich Integration von Jugendlichen bewilligt zu bekommen. Hinzu kommt ein vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit gefördertes Projekt im Bereich Globales Lernen und ein Integrationsprojekt des Landes Baden-Württemberg. Mit diesem Sprung gelang es der Genossenschaft, eine gute Förderbasis für ihre Aktivitäten zu schaffen. Als schwierig erweist sich z.T. noch das Aufbringen des »Eigenanteils« in der Finanzierung, der nur durch Spenden und Honorareinnahmen erbracht werden kann. Hier ist von den beteiligten Trainern weiterhin ehrenamtliches Engagement für die Genossenschaft gefordert.●

Ergänzende Infos: www.act4transformation.net

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

Seminar: Gemeinsam Arbeit schaffen – Genossenschaftsgründung durch Freiberufler und Arbeitssuchende – 04.-05.09.09 in Bonn

Bildungs-, Lektorats- oder EDV-Arbeiten, PR- und Pressetexte, Übersetzungen, Recherche-, Büro- und Organisationsdienstleistungen, Abrechnungs- und Buchführungshilfen, all dies wird heute durch Arbeitssuchende und Selbständige am Markt angeboten.

Sie buhlen oft eher schlecht als recht um Kunden und Aufträge. Die meisten dieser Freiberufler, erst recht solche die es erst noch werden wollen, sind Experten in ihrem speziellen Gebiet. Sie können aber weder das fachliche Spektrum für anspruchsvollere Projekte und deren Durchführung abdecken, noch komplexere, besonders interessante Aufträge aufgrund ihrer nur begrenzten Arbeitskapazitäten übernehmen. Hinzu kommt: Solange jeder einzeln als Selbständiger tätig ist, muss er vielfältige zusätzliche Aufgaben bewältigen wie Büroorganisation und -verwaltung, Akquisition, Rechnungsstellung, Steuererklärung, Computerpflege etc. Warum sich nicht zu einem professionellen Dienstleister als Gemeinschaft von Selbständigen zusammenschließen?

Die Kooperation über eine Genossenschaft verbindet die Vorteile der Selbständigkeit und der Anstellung in einem Dienstleistungs- oder Beratungsunternehmen. Der Unterschied: Die Beteiligten entscheiden gemeinsam über die Organisation, über geplante Entwicklungen und die Aufteilung von Überschüssen. Sie können als Selbständige vieles weiter so machen wie bisher, aber durch die Einbindung in einer Gruppe, Entlastung bei nervigen Aufgaben, Akquisitionserfolge bei neuen Aufträgen und Kostenersparnisse durch gemeinsame Büroräume oder Investitionen in Drucker, Kopierer und teure Softwareprodukte nutzen.

Das Seminar vermittelt, welche Anforderungen, welche Vor- und Nachteile mit einer entsprechenden Unternehmensgründung verbunden sind. Im Mittelpunkt stehen nicht vorrangig rechtliche Fragen wie Haftung, Satzung und Gründungsprozedere, sondern auch die Anforderungen an die einzelnen Beteiligten. Die Schritte zur Gründung mit grundsätzlichen Klärungsprozessen zur Ausarbeitung einer gemeinsamen Geschäftsidee, Entwicklung des Wirtschaftsplans, Entscheidungsstrukturen und -gremien, zum gemeinsamen Beitrag zur Kostendeckung, zur Aufteilung von Erträgen werden intensiv besprochen und in Gruppenarbeit vertieft.

Inhalte:

- Genossenschaften: Kennzeichen – Handlungsbegründung
- Beispiele für Gründungen aus Arbeitslosigkeit
- die Rechtsform: Probleme und Chancen
- kurze genossenschaftliche Muster-Satzung
- Schritte zur Gründung einer Genossenschaft
- interne Regelungen und Strukturierungen

Methoden:

- Kurzvorträge und Präsentationen
- Pro-Kontra-Diskussionen
- Erfahrungsberichte von Selbständigengenossenschaften
- Arbeitsgruppen zur Konzepterarbeitung

Zeitrahmen: 04.-05.09.09 (Fr 10 bis 18 Uhr, Sa 9 bis 17 Uhr, ohne Übernachtung)

Teilnahmegebühren: 225 EUR inkl. Tagesverpflegung (ohne Übernachtung); 180 EUR für Arbeitslose, StudentInnen und Auszubildende. Der ermäßigte Beitrag wird nur nach Vorlage entsprechender Bescheinigungen gewährt. Hinweise zu günstigen Übernachtungsmöglichkeiten können beim Wissenschaftsladen Bonn e.V angefordert werden.

Veranstaltungsort: Bildungszentrum des Wissenschaftsladen Bonn e.V., Reuterstr. 233, 53113 Bonn

Schriftliche Anmeldung bis spätestens zwei Wochen vor Veranstaltungsbeginn. Mit der Anmeldebestätigung wird die Rechnung für das Seminar zugesendet. Die endgültige Teilnahmebestätigung mit Wegbeschreibung erfolgt nach Zahlungseingang etwa eine Woche vor Veranstaltungsbeginn. Teilnehmerzahl: max. 15 Personen.

Kursleitung: Dr. Burghardt Flieger, Volkswirt und Soziologe, wiss. Leiter der innova eG Entwicklungspartnerschaft für neue Genossenschaften, Freiburg

Wissenschaftsladen Bonn e.V., Buschstr. 85, 53113 Bonn
Tel.: (02 28) 20161-0, Fax: 26 52 87
E-Mail: info@wilabonn.de

Erfolgreiches Webdesign im Web 2.0

Aus der Fülle der Publikationen zum Social Web habe ich aufgrund mehrerer Empfehlungen diese für meine eigene praktische Arbeit ausgewählt. Nach einigen allgemeinen Ausführungen zum Sozialverhalten und zur Entstehung des Web 2.0 begleitet Joshua Porter seine LeserInnen durch die Fülle der Fragen, die sich stellen, wenn sie interaktive Internetanwendungen entwickeln möchten.

Sehr praxisorientiert und an vielen Beispielen regt er immer wieder zum Wechsel der Perspektive an. Denn statt technikverliebt eine Spielerei nach der anderen auszuprobieren, geht es darum, die Erwartungen und Bedürfnisse der NutzerInnen aufzugreifen. Die Technik ist nur ein Mittel zum Zweck.

Schrittweise entwickelt der Autor Fragen, die in der Projektentwicklung zu beantworten sind, zum Beispiel: Was haben die NutzerInnen von einer Website? Was tun sie dort ganz konkret? Was sind die sozialen Objekte, mittels derer die Beteiligten interagieren? Ein wichtiger Erfolgsfaktor für Internetanwendungen ist die Kommunikation der BetreiberInnen einer Seite mit ihren NutzerInnen. Dabei ist in erster Linie die Glaubwürdigkeit entscheidend. Und eine klare und eindeutige Ansprache. Denn diese lädt ein, weckt Interesse und motiviert zum Bleiben und Wiederkommen. Für eine dauerhafte Nutzung ist es wichtig, dass die NutzerInnen in ihrer Einzigartigkeit agieren können. Sich präsentieren, etwas bewirken können und darüber Reputation erlangen scheint grundlegende menschliche Bedürfnisse anzusprechen. Wenn es erst mal eine Reihe begeisterter NutzerInnen gibt, dann werden diese auch andere nach sich ziehen.

Zum Schluss geht Joshua Porter auf die Besonderheiten sozialer Interaktionen im Web ein. Typisch für viele Anwendungen ist das Ranking in Form von Top-Listen. Schneller, höher, weiter und besser als andere. Das wird nicht grundsätzlich hinterfragt, aber an einem Beispiel ausgeführt, warum eine solche Funktion wieder abgeschaltet wurde.

Interessant ist das Verhältnis von Selbstdarstellung und Reputation auf der einen und Kooperation auf der anderen Seite. Beides fließt zusammen in der Idee der kollektiven Intelligenz, mit der viele gemeinsam Wissen und Fähigkeiten in einer Qualität entwickeln, die für Einzelne nicht möglich wäre. Eine wichtige Funktion für eine Zusammenarbeit im Web 2.0, die zum Beispiel den Nutzen hat, die Informationsflut zu kanalisieren und nutzbar zu machen, ist »Sharing«, das Teilen von Inhalten im Web. Etwas auszutauschen und mit anderen zu teilen, ist ein menschliches Bedürfnis, ganz unabhängig vom Internet. Jedoch kann das Web 2.0 solche Aktivitäten unterstützen und in viel größerem Umfang ermöglichen, als es ohne dieses digitale Hilfsmittel möglich wäre.

Die Anregungen in diesem Buch habe ich als sehr hilfreich erlebt und ich kann es daher nur empfehlen. Unter www.it-fachportal.de/5933 gibt es Leseproben und ein Video mit Joshua Porter.●

Elisabeth Voß

Joshua Porter: Social Web Design – Erfolgreiches Webdesign im Web 2.0, Heidelberg 2008, mitp-Verlag, 224 Seiten, 24,95 EUR

Antizipierte Autonomie

Andrea Gabler legt mit ihrem Buch eine Geschichte der französischen Gruppe *Socialisme ou Barbarie* vor. *Socialisme ou Barbarie* wird 1949 gegründet und löst sich 1967 auf. Sie gilt als sich jenseits von Sozialdemokratie oder verstaatlichtem Kommunismus verortende, »räte-« oder »linkskommunistische« Gruppe, die ihrer Zeit weit voraus ist. Ihre prominentesten Mitglieder sind der 1956 ausgetretene Claude Lefort, der 1963 ausgetretene Jean-Francois Lyotard, und natürlich Cornelius Castoriadis, der als theoretischer Kopf der Gruppe gelten kann, bis zum Schluss dabei ist und von dem heute sehr viele seiner Texte auf deutsch vorliegen.

Gabler referiert in der ersten Hälfte ihres Buches ausführlich die Entwicklung der personell immer relativ kleinen Gruppe, die Auflage ihrer gleichnamigen Zeitschrift war nie höher als 1.000 Exemplare. Sie entsteht ursprünglich aus einer Kritik an trotzkistischen Organisationen. Der Trotzkismus ist in Frankreich zwar vergleichsweise groß, die stalinistische, auf Entwicklung, Wachstum und »gesunden Nationalismus« setzende Kommunistische Partei Frankreichs hat aber in der Arbeiterbewegung die Hegemonie. Gabler erzählt die Wendungen und Abspaltungen von *Socialisme ou Barbarie* nach: Der einschneidendste Punkt dürfte die »Abkehr vom Marxismus« als Metatheorie der Gruppe ab ungefähr 1960 sein.

In der zweiten Hälfte des Buches beschreibt Gabler die »Arbeitsanalysen von unten« die *Socialisme ou Barbarie* in ihrer Zeitschrift publiziert. Vorbilder für diese in den 1950er und den beginnenden 1960er-Jahren verfassten *témoignages* gab es im Grunde kaum, sie werden umgekehrt später sowohl vom italienischen Operaismus wie auch von der Industrie- und Betriebssoziologie als Referenzrahmen verwendet. Resultat der *témoignages* ist – zum einen – die anschauliche Beschreibung der Entfremdung in der industriellen Produktion: Lärm, Schmutz, Hetze und Isolation. Die größten Konflikte, so der Tenor der Berichte, gibt es um die Vorgabezeiten im Akkordsystem, was auf die zentrale Bedeutung von »Zeit« und »Lohn« hinweist. Aus ihren Beobachtungen in der Fabrik und ihren theoretischen Debatten destilliert die Gruppe die These, dass für das Management damals die Kontrolle und Unterwerfung der ArbeiterInnen wichtiger ist, als die Effizienz oder Optimierung der Produktion.

Es geht also in einer radikal-demokratischen Perspektive nicht nur um die Menge des Produktes und die dafür notwendige Zeit und deren Entlohnung, sondern um den Inhalt und die Organisation der Arbeit selbst. Gleichzeitig ist, da sich der Kapitalismus immer mehr von einem Produktionssystem zu einem Herrschaftssystem wandle, das sich auf kompensatorische Verhaltensweisen stütze, die Fabrik kein privilegierter Ort politischer Aktivität mehr. Vielmehr gelte es, so *Socialisme ou Barbarie* schon Anfang der 1960er Jahre, sich neuen Widersprüchen und Subjekten zuzuwenden, die Welt außerhalb der Fabrik in den Blick zu nehmen, und damit Themen und Bewegungen, die sich ab 1967/78 dann zeigen sollten, da gab es *Socialisme ou Barbarie* aber schon nicht mehr.

Zum Schluss prüft Gabler, inwiefern die Erkenntnisse von *Socialisme ou Barbarie* aus der fordistischen Phase des Kapitalismus heute noch aktuell sind – und kommt zum wenig überraschenden Ergebnis, dass dies sehr wohl der Fall sei. Nebenbei kritisiert sie die Postoperaisten wie Paolo Virno oder Antonio Negri dafür, dass diese keine konkrete Untersuchung der postfordistischen Arbeitsverhältnisse vornehmen würden.●

Bernd Hüttner

Andrea Gabler: Antizipierte Autonomie. Zur Theorie und Praxis der Gruppe »Socialisme ou Barbarie« (1949-1967); Offizin-Verlag, Hannover 2009, 294 Seiten, 28,80 EUR

Einführung in ein Missverständnis

Max Stirners Hauptwerk »Der Einzige und sein Eigentum« erschien 1844, blieb lange verschollen, fand in John Henry Mackay einen kongenialen Biografen und dürfte bis in unsere Tage ein philosophisches Werk sein, das immer wieder Menschen anspricht, denen es um die Emanzipation des Menschen von jeglicher Bevormundung und ideologischer Selbstentäußerung geht. Paul Jordens gehört zu jenen seltenen Autoren, denen daran liegt, Stirner aus der Amokläufer-, Punker- und Profilneurotiker-Ecke zu holen und als einen kulturbewussten Lehrer und Aufklärer zu beschreiben, der einen Weg zur Freiheit bahnte, in der es keinen Platz für Herrschende und Beherrschte, wohl aber für bewusst soziale und kultivierte »Einzige« und »Eigene« gibt.

Schlecht kommt in Jordens' Skizzierung Stirners und seiner Nachwirkungen Hans Georg Helms weg, der sich dazu verstieg, Stirner zu einem Ideologen faschistoid-konformistisch-machtversessener »Mittelständler« zu missdeuten. Als Kontrast zu dieser absurden Sichtweise leitet Jordens sein Buch mit einer Vision Kurt Tucholskys aus dem Jahre 1930 ein: dem Traum des bekannten Publizisten von einer Zukunft, in der die roten, braunen und schwarzen Uniformen auf einem Misthaufen landen und mit ihm der Konformismus der Staaten und Ideologien: »Es kommt nicht darauf an, dass der Staat lebe – es kommt darauf an, dass der Mensch lebe.«

Im kollektiven Wahn, der uns an- und umtreibt, haben die Menschen ihren Eigenwert schon fast verspielt, werden Opfer der dominierenden Staatspolitik. Und wer der Freiheit das Wort redet, wird von den Gutmenschen, den Sozialisten aller Couleur, in die asoziale Ecke gestellt.

Nur Stirner, so belegt es Jordens in seinem Buch, war alles andere als »asozial«, und sein »Egoismus«, sein Bekenntnis zur Autonomie jedes Einzelnen ist kein Plädoyer für machtgeiles Übermenschentum, sondern soll zu einem einsichtigen Miteinander führen, das durchaus an das biblische »Du sollst Deinen Nächsten lieben wie Dich selbst« und das populäre Sprichwort: »Was Du nicht willst, dass man Dir tut, füge auch keinem anderen zu« erinnert.

Wer den »Einzigen und sein Eigentum« aufmerksam gelesen hat, dem wird bewusst, dass Stirner uns mit seinen provozierenden, teils bestürzenden Formulierungen gerade vor Augen führt, wohin eine Autonomie, eine sogenannte Selbstverwirklichung führen kann, wenn die Gleichrangigkeit und der Wert der Nebenmenschen nicht beachtet werden: nämlich in der Tat zur Willkür und zum Blutvergießen.

Stirner macht allen einen Strich durch die Rechnung, die ihn als einen Propagandisten von Skrupel- und Rücksichtslosigkeit zu diffamieren suchen. Er ruft zu einem vertraglich geregelten Zusammenleben auf – und »Vertrag« kommt natürlich von »sich vertragen«, beruht auf Freiheit, Gegenseitigkeit und Respekt, ohne die es keinen »Vertrag«, sondern nur Unterwerfung gibt. Dieses Grundanliegen von Stirners Philosophie der freien Eigenheit vermag Jordens zu konkretisieren und verständlich darzustellen.

Jordens bringt uns auch den Menschen Stirner nahe, der sich nicht als notorisch-destruktiver »Anti« und »Revoluzzer um jeden Preis« profilierte, sein Leben als Lehrer und Journalist lebte, einfach, korrekt, auch in seiner Kleidung. Dies entsprach seinem Charakter und war kein »Stutzertum«, sondern eben seine Art, »frei« und »eigen« zu sein. Doch in seiner Philosophie wurde er der Vernichter der Phrase, und das ist die Ursache dafür, warum er von allen gehasst wird, die von der Eigenheit, der Gleichrangigkeit der Menschen nichts wissen wollen, weil sie Menschen im Namen von Ideologien und buchstäblichen »Totschlagparolen« beherrschen, ausbeuten und auch töten.

Es ist ein Verdienst von Paul Jordens, für einen Philosophen und Denker einzutreten, der uns nicht zu unserem Glück zwingt, uns aber ermutigt, auch und gerade in diesen totalitären Zeiten uns selbst zu entdecken, den Mut zu finden, unser eigenes Glück zu finden, unser eigenes Leben zu leben, auch wenn es den Ideologen und Politikern nicht gefällt. Oder um es mit Tucholsky zu sagen: »Und die Leute werden wieder Mut zu sich selber bekommen, ohne Mehrheitsbeschlüsse und ohne Angst vor dem Staat, vor dem sie gekuscht hatten, wie geprügelte Hunde ...« Ein Stirner Buch, das ein Missverständnis überzeugend klärt!●

Uwe Timm

Paul Jordens: Max Stirner – Einführung in ein Missverständnis, 102 S., Verlag Max Stirner-Archiv Lpz., 14,90 EUR

Ratgeber für Arbeitslose

Zunehmend schlägt die Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt durch. Die Zahl der Arbeitslosen wird dramatisch steigen. Den Arbeitslosen helfen die beiden in der Fachhochschule Frankfurt am Main neu aufgelegten Werke:

Leitfaden für Arbeitslose
Der Rechtsratgeber zum SGB III
(Arbeitslosenprojekt TuWas)
Am 21.12.2008 ist das »Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente« ergangen. Durch dieses Gesetz ist insbesondere die Förderlandschaft nach dem SGB III stark verändert worden. Die Änderungen betreffen nicht nur die Arbeitssuchenden mit und ohne Arbeitslosengeld I, sondern – über § 16 Abs. 1 Satz 2 SGB II – auch die Millionen von Arbeitslosengeld II-Abhängigen.

Kurz darauf, am 2.3.2009, ist das »Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland« gefolgt. Mit diesem Gesetz wird u.a. die Kurzarbeit durch erleichterten Bezug von Kurzarbeitergeld gefördert. Gleichzeitig soll die Zeit der Kurzarbeit zur Qualifizierung genutzt werden. Anreize schaffen zwei neue Richtlinien des Europäischen Sozialfonds.

Alle Änderungen sind in den »Leitfaden für Arbeitslose« eingearbeitet.

Leitfaden für Arbeitslose – Der Rechtsratgeber zum SGB III, 26. Auflage, Stand 2.3.2009, 656 Seiten, 2-farbig, 15 EUR zzgl. Versandkosten.

Leitfaden zum Arbeitslosengeld II
Der Rechtsratgeber zum SGB II
Die 6. Auflage des »Leitfadens zum Arbeitslosengeld II« berücksichtigt auf aktuelle Weise die jüngsten Neuregelungen im Arbeitslosenrecht, die umfangreichen Rechtsprechungen des Bundessozialgerichts und die zahlreichen Änderungen im Wohngeld-, BAföG-, Ausbildungs-, Unterhalts- und Krankenversicherungsrecht, welche die (Rechts-)Lage hilfebedürftiger Arbeitssuchender stark beeinflussen.

Der auf 735 Seiten angewachsene Ratgeber gibt auf viele Fragen eine Antwort und unterstützt Arbeitslose und ihre Berater sich im Dickicht von Hartz IV zurechtzufinden.●

Leitfaden zum Arbeitslosengeld II – Der Rechtsratgeber zum SGB II, 6. Auflage, Stand 1.5.2009, 735 Seiten, 2-farbig, 15 EUR zzgl. Versandkosten.

ub

Fachhochschulverlag, Kleiststr. 10, Gebäude 1,
60318 Frankfurt
Tel: (0 69) 15 33 28 20, Fax: 15 33 28 40
bestellung@fhverlag.de, www.fhverlag.de

Ein linker Rechtsanwalt

Was dieser Wälzer an Unrecht und Leid enthält, geht auf keine Kuhhaut. Dabei kann der Autor, der 1954 in Bremen als Rechtsanwalt zugelassen wurde, aus seiner 40jährigen Berufserfahrung naturgemäß nur einen Querschnitt geben. Dieser offenbart erschreckende Bögen. Altnazis sitzen über Kommunisten, junge Rebellen – und Opfer des Faschismus zu Gericht. Die Springerpresse darf so ungestraft hetzen wie *der Stürmer*. In der vielgerühmten Demokratie herrscht »das Recht des Stärkeren«, wie Heinrich Hannover resümierend auf Seite 919 feststellt. Der Schwache kann weder eigene Prominenz noch Staranwälte in die Waagschale werfen. Er rennt sich den Kopf an reaktionären Juristen ein, die auf legalem Wege nahezu unangreifbar sind (S. 410). Hannover scheut sich nicht, von Gesinnungs- oder Klassenjustiz, Doppelmoral, Unmenschlichkeit zu sprechen. 1971 wird die 20jährige RAF-Kämpferin Petra Schelm von Polizisten erschossen – wahrscheinlich hinterrücks. Ihr von Hannover verteidigter Begleiter Werner Hoppe bekommt wegen unbewiesener »Mordversuche« 10 Jahre Zuchthaus. Ihm die Geliebte zu töten, war noch nicht Strafe genug.

Hannovers verdienstvolle Fleißarbeit, die schon fast einem Lexikon zur deutschen Nachkriegsgeschichte gleichkommt, ist im Großen und Ganzen flüssig geschrieben. Strapazen stellen einige Fälle dar, die er für mein Empfinden zu detail- und belegreich ausbreitet. Ich führe als Beispiele Kampa, Roth/Otto, Schily an. Der Nichtjurist kann ihnen nur noch unwillig folgen. Vielleicht wäre es sinnvoller gewesen, es im Haupteil bei den Grundzügen und Ergebnissen des betreffenden Verfahrens zu belassen und die Winkelzüge und Belege in einem Anhang zu geben. Als alter Antiautoritärer befremdet mich außerdem Hannovers Verbeugung vor allen Akademikern. Ob Freund oder Feind, Amtsgerichtsrat Dr. Borchert, der Angeklagte Dr. Hans Modrow, Zeuge Dr. Wolfgang Schäuble – er macht sich nie der Unterschlagung ihres Titels schuldig.

Sieht sich Hannover gezwungen, allen Verästelungen eines Falles nachzugehen, hängt es selbstverständlich damit zusammen, dass unsere Gesetze wie unsere Richter in der Regel unglaublich »spitzfindig« sind, wie er einmal auf S. 827 sagt. Urteilskritik sei mal unmöglich, mal völlig sinnlos. Der Grund für diesen Paragraphendschungelverhau liegt meines Erachtens in den Institutionen Recht und Rechtsstaat selber. Hannover stellt sie leider in diesem Werk nie in Frage. Sie haben seit den antiken Foren in Athen und Rom eine gefräßige Aufblähung (von Gesetzen und Auslegungen, Gerichtszeremonien und Gesetzeshütern) in Gang gesetzt, die jede Willkür gestattet. Wer am Hebel sitzt, kann das Recht beugen, bis es ihm in den Kram passt. Die Alternative läge für mich in einer dezentralisierten, schmiegsamen, volksnahen Rechtsprechung, die das offene Gespräch aller Beteiligten (nebst einigen Unbefangenen) über die Buchstabengläubigkeit stellt. Ich habe dies näher in meinem STOCKRAUS-Artikel *Rückwirkungsverbot* skizziert, der sich auf meiner Webseite henner-reitmeier.de findet.●

Henner Reitmeier

Heinrich Hannover: Die Republik vor Gericht 1954-1995 / Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwalts. Aufbau Taschenbuch Verlag 2005, ca. 950 Seiten für knapp 17 EUR

Mission Gottesreich

Fundamentalismus ist in aller Munde, wenn es um den Islam geht. Viel weniger Beachtung findet der Fundamentalismus in christlichem Gewand, obwohl er sich unübersehbar in die pluralistische Religionsszene unserer Gesellschaft eingeschlichen hat. Immerhin zählen in Deutschland mehr als eine Million Anhänger zu den christlich-fundamentalistischen Gruppierungen, in Österreich ist ihre Zahl steigend. Das Hauptaugenmerk der Autoren liegt auf allgemeinen Strukturen und Glaubenspraktiken des christlichen Fundamentalismus und regionale Kristallisationspunkte nehmen eher wenig Platz ein.

Schockierend das Bild, das an Hand von Quellen und Zeugenberichten über die extremsten Gruppen dieser Strömung gezeichnet wird: Absoluter Gehorsam und unermüdlicher Einsatz werden gefordert, Drohbotschaften dominieren, Zweifel und Kritik werden als dämonische Versuchungen entwertet, Isolation und Abschottung von der Außenwelt, strenge Hierarchien sind die Regel. Dazu wird immer häufiger der Ruf nach Zensur laut, während intensiv daran gearbeitet wird, Einfluss auf die Politik zu bekommen.

»Intoleranz und Diskriminierung dürfen nicht geduldet werden. Und die Religionsfreiheit endet dort, wo andere in ihrer Freiheit eingeschränkt werden«, meinen die Autoren am Ende ihres Buchs. Dem ist nichts hinzuzufügen.●

Roman Schweidlenka

Oda Lambrecht, Christian Baars: Mission Gottesreich. Fundamentalistische Christen in Deutschland, Berlin, Ch. Links Verlag, 2009

Colombo im Campingwagen

Eine unvorteilhafte Scheidung hat dazu geführt, dass Ludger Lage seine Wohnung verlassen musste und seither in einem Campingwagen an einem See im Hannoverschen Umland lebt. Doch er lässt sich nicht verdrießen und genießt den Sommer unter einem Schatten spendenden Sonnenschirm, immer gekühltes Flaschenbier im Wassereimer in Reichweite.

In dieser Urlaubsidylle werden verschiedene Ungereimtheiten an den selbsternannten Privatdetektiv herangetragen. Es handelt sich nicht um Raubüberfälle oder Mord, sondern um den Abschuss einer Wetterfahne vom Turm einer Wehrkirche, verschwundene Fische aus einem Gartenteich oder die Erpressung einer Frauenfußballmannschaft.

Zu seinen Ermittlungen und Einsätzen fährt Ludger Lage mit einem blauen Damenrad. Um dort mit gewitzter Bauernschläue weitere Nachforschungen anzustellen. Von seiner Umwelt wird er liebevoll der Colombo vom Arnumer See genannt.

Neben seinen kriminalistischen Aufgaben findet Ludger auch noch Zeit, sich dem Werben um die attraktive Flohmarkthändlerin Bea hinzugeben. Als deren Teddy »Bruno Bär« entführt wird legt sich Ludger mächtig ins Zeug. Nach gelungener Aufklärung des Falles und einem Showdown am Leineufer kann er gemeinsam mit seiner Angebeteten eine Nacht im Campingwagen verbringen.

Drei kurzweilige Kurzkrimis, mit Humor und Herz geschrieben, die häufig zum Schmunzeln veranlassen, weil sie den Ermittler und die Beteiligten mit all ihren menschlichen Marotten und Eigenarten schildern.●

Kai Böhne

Günter von Lonski: BlattSchuss. Die ungewöhnlichen Fälle des Ludger Lage. Kurzkrimis. Zu Klampen Verlag, Springe, 128 Seiten, 9,90 EUR, ISBN 978-3-933156-95-2

PROJEKTE

Mögliches Projekt für eine Lebens- und Arbeitsgemeinschaft im Münchner Süden, ca 12 ha, mehrere Gebäude im Landschaftsschutzgebiet, sucht MitstreiterInnen.
Kontakt: kommune-sued@email.de
☎ (01 79) 492 81 35

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IM E-MAIL-POSTFACH

»Individuelle Freiheiten«

Ulrich Schachtschneider hat in der CONTRASTE 6/09 über Freiheit, Gleichheit und Ökologie philosophiert. Dabei stellte er die Behauptung auf: Wir haben heute mehr individuelle Freiheiten als je zuvor.

Wir haben heute mehr individuelle Freiheiten als je zuvor? Kommerziell gedacht vielleicht; wir haben die Wahl zwischen 263 Waschmitteln. Aber in der Praxis stimmt nicht einmal das. Im weltgrößten Elektronik-Kaufhaus kann man nicht jede CD kaufen, die es auf dem Markt gibt; im Einzelhandel wird fast nicht mehr bestellt. Du sollst kaufen, was auf der Bestseller-Liste ist, was am Lager ist, was sich in Massen verkaufen lässt.

Links gedacht haben wir heute nicht mehr individuelle Freiheiten als je zuvor. Früher war man in Europa noch als kleiner Bauer relativ frei und konnte sich selbst versorgen. Heute wird man durch die Europäische Union in die Abhängigkeit von Saatgutproduzenten und zur kommerziellen Landwirtschaft im großen Stil gezwungen, wenn man sich nicht im Niedriglohnsektor ausbeuten lassen will. Früher konnte man an Schulen und Hochschulen noch »träumen«. Heute ist alles verschult. In der Primarstufe werden die Kinder schon selektiert. Früher konnte man noch in der Not in eine Ecke pinkeln oder in der Freude sich mit einer Flasche Bier an einen Brunnen setzen. Heute wird das sanktioniert. (Ich denke, ihr habt in Berlin gegen die Gentrification protestiert!?)

Früher kannte man noch die Leute, die im selben Haus wohnten. Heute ist dies nur noch in eigenständigen Kooperativen und besetzten Häusern möglich, und die werden beseitigt, wo sie der Gentrification im Weg stehen. (Ihr erlebt dies doch in der Brunnenstraße 183!?) Früher gab es nur öffentlich-rechtliches Fernsehen, das mitunter auch mal kritisch berichtete, z.B. in »Panorama«. Heute sind alle Medien auf ein Infotainment reduziert. Heute ist einem Johannes Strasser (immerhin PEN-Präsident und Mitglied der SPD-Programmkommission) unmöglich, eine Rezension des Buches von Daniela Dahn »Wehe dem Sieger!« in einer westdeutschen Zeitung unterzubringen.

Früher war es für Linke auf kommunaler Ebene selbstverständlich, den Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr und einen Mietpreisstopp zu fordern. Heute traut sich das die LINKE nicht. Früher war man links sexuell frei. Heute darf sich eine Frau unter Linken nicht erlauben, mit mehreren Männern zusammenzuleben. Früher hatte die Linke noch Visionen von einer Alternative zum Kapitalismus. Heute weiß selbst eine Sahra Wagenknecht nicht mehr als eine Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und eine Umverteilung von oben nach unten, muss aber gleichzeitig zugeben, dass das schiefgehen kann, wie die DDR zeigte.

Der Drang nach individueller geistiger Freiheit fehlte in der DDR bei den meisten Menschen. Er fehlt auch bei den meisten linken Wessis im Anblick der kapitalistischen Hegemonie. Sonst würden sie nicht zugeben (wie z.B. Joachim Bischoff): »Wir haben wohl was falsch gemacht.« Sonst würden sie eine Alternative entwickeln, wie Karl Marx sie ursprünglich skizzierte: Abschaffung des Geldes, Abschaffung der Tauschverhältnisse – mittels eines Bedingungslosen Grundeinkommens (1.500 EUR netto monatlich für jedeN in Deutschland) in der ganzen Europäischen Union. Aber das ist dialektisch, das können die meisten Linken nicht verstehen. Für Interessierte Näheres unter www.kthier.de/ KT5/id2.htm.

Individuelle Konsumtion und Imagebildung ist im Kapitalismus anerkannt, und bei Linken. Warum aber fühlen sich Anarchos, Bauwagenbewohner und das linke Establishment genötigt, sich zur Gesellschaft hin zu öffnen? Weil sie in ihrem stereotypen Leben auf keine wirksame Alternative zum Kapitalismus kommen. Weil sie meistens dieselbe Untertanenhaltung haben wie ihre kapitalistischen Gegenüber. Mit Untertanen ist kein Sozialismus zu machen. Nur mit Menschen, die ein Bedürfnis nach einer individuellen Freiheit haben.

Ob eine Gesellschaft weniger herrschaftsförmig geworden ist, was das Denken anbelangt, ist also zu bezweifeln. Selbstorganisation und Partizipation kommen in der neoliberalen Phase für die Reichen in Frage. Die Emanzipatorische LINKE fordert deshalb mehr Geld für die Armen, aber nicht die Abschaffung des Neoliberalismus. Emanzipative linke Politik innerhalb des Neoliberalismus? Der neoliberale Kapitalismus hat linke Emanzipationstendenzen auf den Weg gebracht? Die Alternative zum Kapitalismus lässt sich nicht bei Aldi kaufen.

Die trostlose Lage der LINKEN spiegelt sich in den Worten: »Der durch fast kostenlose Ressourcen ermöglichte Massenkonsum des fossilen Zeitalters hatte auch einen demokratischen und emanzipativen Gehalt.«●

KT, Hamburg

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße,
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionssselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de / **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (03 83 05) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (05 51) 488 62 27 / **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, **E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (0 62 72) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netzbund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Selbstorganisation im Alltag: 12435 Berlin**, Patrick Neuhaus, Krüllstr. 5, E-Mail: piratenutopie@uni.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Jung, dynamisch, flexibel...
...und an Gemeinschaft interessiert?
Die Kommune Niederkaufungen veranstaltet nach den vielen Inspirationen vom letztjährigen U30-Seminar in diesem Jahr wieder eine Woche für junge Leute unter 30 Jahren. Wir bieten Euch die Möglichkeit unsere Kommune kennenzulernen, gemeinschaftliches Miteinander zu (er)leben und einen Austausch zur Frage »Wie will ich leben«.
Zeitraum: 27.09.-04.10.2009
Teilnehmeranzahl: max. 12
Beitrag: 50 EUR
Inhalt: Theoretisches zu verschiedenen Kommunethemen, praktische Mitarbeit in unseren Betrieben bzw. Realisierung von eigenen Projekten, Essen, Reden und hoffentlich viel Lachen.....
Veranstalter: Verein für Ökologie, Gesundheit und Bildung e.V.
Infos und Anmeldung:
☎ (0 56 05) 8 00 70
www.kommune-niederkaufungen.de

»When I'm 64...«
Altersvorsorge – selbstverwaltet
Ein Seminar für Leute, die ihre eigene Altersvorsorge bewusst gestalten und dabei politisch-gesellschaftliche Bedingungen mitreflektieren wollen. Das staatliche Rentensystem ist in der Krise, Angebote der Versicherungswirtschaft haben zweistellige Zuwachsraten. Gibt es Alternativen?
Im Rahmen des Seminars werden die Solidargemeinschaft »Staatliches Rentensystem« mit Angeboten der Versicherungswirtschaft (z.B. Kapital-Lebensversicherung) und selbstgestaltete Schatzbildung verglichen.
Das komplexe Thema Altersvorsorge wird durch Informationsinput und ausgewählte Fall-Beratungen verständlich gemacht. Ein Überblick über alles rund um das Thema »Altersvorsorge«, der so umfassend ohne Verkaufsabsichten kaum anderswo zu haben ist.
Termin: 25.09.-27.09.2009

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne Chefln und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 23.-25.10.2009
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

GESCHICHTE

Geschichtskongress
»Bewegung Macht Geschichte«
Mit AGs zu Frauengeschichte, Nationalsozialismus, Migration, Medien »Lost in space«, Archive und zu Schülerprojekten.
Termin: 8.-10.10.2009 in Oberhausen
Kontakt und detailliertes Programm:
Geschichtswerkstatt Oberhausen e.V.
Hansastr. 20, 46049 Oberhausen
☎ (02 08) 307 83 50, Fax: 307 83 55
info@geschichtswerkstatt-oberhausen.de
www.geschichtswerkstatt-oberhausen.de

Frauengeschichtsseminar in Salecina: Krieg und Frieden
In Geschichte und Gegenwart, aus der Geschlechterperspektive geseben
In Kriegs- und Nachkriegsgesellschaften sind es immer wieder vor allem Frauen, die mit den Folgen kriegerischer Handlungen konfrontiert sind und das gesellschaftliche Leben aus den Trümmern wieder aufbauen. Sind Frauen wirklich das »friedlichere Geschlecht«? In der Geschichte haben sich Frauen für den Frieden eingesetzt, aber auch für den Krieg. 1889 erschien der Roman von Bertha von Suttner: »Die Waffen nieder!« Was ist in der Zwischenzeit passiert und wo bleibt der Ruf nach gewaltlosen Konfliktregelungen heute? Natürlich wollen wir im Laufe dieser Woche auch viel Wandern und uns in der schönen Bergwelt erholen.
Termin: 27.9. bis 4.10.2009
Mit Gisela Notz, Berlin und Monika Jarosch, Innsbruck
Weitere Informationen über:
gisela.notz@t-online.de
Zum Tagungshaus:
www.salecina.ch

ZÜRICH

Theo Pinkus (1909-1991)
Buchhändler – Kommunist – Querdenker
Eine Ausstellung der Stiftung »Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung« im Katalogsaal der Zentralbibliothek Zürich
18. August bis 19. Dezember 2009
»Roter Büchernarr«, »Bewegungskünstler« – zwei liebevolle Zuschreibungen zu Theo Pinkus, dem legendären und lange umstrittenen Zürcher Buchhändler, Antiquar und Publizisten. Zum 100. Geburtstag zeigt die Ausstellung biographische Stationen zum Leben und Wirkungskreis des unermüdlichen internationalen Netzwerkers. Dazu erhält der Besucher einen vertieften Einblick in den Nachlass und die umfangreiche Bibliothek zur Geschichte, Theorie und Praxis der sozialistischen und kommunistischen Bewegungen, die im Jahr 2000 in die Zentralbibliothek Zürich gelangten.
Die Ausstellung im Katalogsaal der Zentralbibliothek Zürich, Zähringerplatz 6, ist Montag bis Freitag von 8 bis 20 Uhr, Samstag von 9 bis 17 Uhr, bei freiem Eintritt geöffnet.

Podiumsdiskussion: Vergangenes, Bleibendes, Utopisches aus dem Leben und Wirken von Theo Pinkus. 15.9.2009, 18 Uhr

Vortrag: Menschen in der Komintern: Theo Pinkus und andere
Prof. Dr. Brigitte Studer, Historikerin, Bern
Was führte Theo Pinkus und andere dazu, sich in den Organisationen der Komintern zu engagieren? Waren es das soziale Gerechtigkeitsgefühl, die Risikofreudigkeit und Provokationslust? Welche Opfer waren sie bereit zu erbringen, welchen Nutzen erzielten sie persönlich?
13.10.2009, 18 Uhr
Das Rahmenprogramm mit drei weiteren Vorträgen und öffentliche Führungen siehe unter www.zb.uzh

GRUPPE KRISIS

Die Zukunft des Endes
Zwischenbilanz der globalen Krise
Trotz punktueller Verstaatlichung einiger Schlüsselindustrien steht die große Welle von Unternehmenszusammenbrüchen und Massenentlassungen noch bevor. Die Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensverhältnisse vieler Menschen werden verheerend sein. Alles Gerede von einer neuen sozialen und ökologischen Regulation des Kapitalismus und einer Neuausrichtung auf die »Realwirtschaft« ist haltlos. Das Seminar zieht eine Art Zwischenbilanz des bisherigen Krisenverlaufs. Dabei richtet es den Blick sowohl auf die strukturellen Krisenursachen als auch auf die subjektiven und ideologischen Krisenreaktionen. Es geht auch um die Frage einer gesellschaftlich-oppositionellen Organisierung jenseits neo-regulatorischer Politikillusionen, wie sie unter dem Stichwort des »Green New Deal« diskutiert werden. U.a. mit Ernst Lohoff, Peter Samol, Tomasz Konicz, Helmut Weiss, Attila Steinberger und Norbert Trenkle.
Termin: 25.-27.9.2009
Jugendbildungsstätte Burg Hoheneck, 91472 Ipsheim, Nähe Nürnberg
Näheres unter
www.krisis.org/2009/veranstaltung-der-foerderverein-krisis-laedt-ein-zum-seminar#more-3697
Anmeldungen an:
Förderverein Krisis e.V.,
Postfach 81 02 69, 90247 Nürnberg
oder krisisweb@yahoo.de

BUKO

Unternehmen Stadt übernehmen!
Bundesweite Veranstaltungsreihe im Herbst 2009
Die BUKO plant einen stadtpolitischen »heißen Herbst 09« in Berlin, Bremen, Frankfurt/M., Hamburg, Leipzig, und dem Ruhrgebiet. In der bundesweiten Veranstaltungsreihe im September bis November 2009 wird der Arbeitsschwerpunkt StadtRaum der BUKO an die vielfältigen Kämpfe gegen die neoliberale Stadtentwicklung anschließen. Die Reihe will die zahlreichen neuen oder schon lange existierenden Projekte und Proteste sichtbar machen – soweit sie sich nicht schon selbst massiv Gehör verschafft haben.
Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, die Erfahrungen langjähriger Bewegungspraxis mit (theoretischen) Erkenntnissen zusammenzuführen – gemeinsam wollen wir Schwachstellen und Ansatzpunkte für zukünftige Kämpfe finden. Wir hoffen auf eine Vernetzung der lokalen Initiativen und Proteste, während der Veranstaltungsreihe und darüber hinaus. In Zeiten vielfacher gesellschaftlicher Umbrüche soll deutlich werden: Es gibt radikale Alternativen zu den aktuellen urbanen Missständen. Dass die Alternativen aber nicht durch vereinzelte Kämpfe, sondern durch eine breite stadtpolitische Bewegung vorangebracht werden, dazu will die Reihe beitragen.
Infos & Kontakt:
www.buko.info
assr@buko.info

SOZIALFORUM

Aufruf zum 3. Sozialforum in Deutschland
Wie erreichen wir, dass Finanzkrise, Klimakatastrophe, Kriege und schlechter werdende Lebensbedingungen nicht zu Resignation, Abgrenzung und nationalistischem Denken führen, sondern zu solidarischer Aktion?
Treffen wir uns zum Sozialforum in Hitzacker vom **15.-18. Oktober 2009.**
Das Sozialforum ist ein wichtiger Ort für uns, Alternativen für die Zukunft zu entwickeln. Im Jahr 2001 fanden sich soziale Bewegungen aus aller Welt und vorrangig aus den Ländern des Südens zu einem ersten Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre zusammen. Sozialforen gibt es heute auf allen Kontinenten, auf lokaler, regionaler, nationaler, europäischer und auf Weltebene. Sie sind ein wichtiger Ort der Begegnung und Verständigung zwischen sehr verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren geworden. Sie haben – vor allem auf europäischer und Weltebene – einen großen Beitrag geleistet zur Herausbildung von Netzwerken in verschiedenen Bereichen: Gesundheit, Bildung, Wasserversorgung, Arbeit und Klima. Fraueninitiativen haben für ihre Rechte gekämpft, Privatisierungen konnten verhindert werden, BürgerInnenbegehren waren erfolgreich, Streiks und Demonstrationen wurden angeschoben. Immer stand im Mittelpunkt die Überzeugung: Eine andere Welt ist möglich.
Wir widersetzen uns einem Prozess der Globalisierung, der von multinationalen Konzernen und den ihren Interessen dienenden Regierungen vorangetrieben wird. Die Alternative ist eine Welt, die geprägt ist von solidarischem Wirtschaften und der weltweiten Ausweitung sozialer Rechte. Die Geltung der universellen Menschenrechte für alle und der Respekt gegenüber der Umwelt sind unverzichtbar für uns.
Im Jahre 2009 treffen wir uns in Hitzacker, einer Kleinstadt an der Elbe im Wendland. Das Wendland mit seiner jahrzehntelangen lebendigen Widerstandskultur, seinem phantasievollen Kampf gegen die nukleare Müllhalde Gorleben, ist für uns ein guter Ort, um über Alternativen und Wege in eine lebenswerte Zukunft zu sprechen. Wir brauchen einen langen Atem, Lebenslust, kämpferischen Mut, Toleranz und Phantasie, um mehr zu werden in unserer Bewegung für eine Gesellschaft, die nicht auf Kosten von großen Teilen der Menschheit lebt und die unsere natürlichen Ressourcen schützt.
Wir wollen ein paar Tage lang Konzepte vorstellen und diskutieren, uns quertellen und heraufinden, wie wir die Verhältnisse zum Tanzen bringen.
Information: www.Sozialforum2009.de
Kontakt: info@sozialforum2009.de

FREIE SCHULEN

»Gemeinsam lernen in gemeinsamen Räumen«
Das **BFAS-Bundestreffen** findet in diesem Jahr in der Freien Comenius Schule in Darmstadt statt: Alle BFAS-Mitglieder sind herzlich eingeladen, sich vom **17. bis 20. September** im stets sonnigen Südhessen zu treffen. Die Aktivitäten zum 31. Bundestreffen vor Ort sind schon angelaufen.
Näheres siehe:
www.bundestreffen2009.de

VIA CAMPESINA

Reclaim the Fields
Europäisches Camp, um Alternativen zu säen
30.9.-4.10.2009, Minerve (Südfrankreich)
Junge Menschen der europäischen Koordination der Via Campesina organisieren ein Camp, um Menschen zusammenzubringen, die in die bäuerliche Landwirtschaft einsteigen wollen, die junge Bauern und Bäuerinnen sind und die ihre Nahrungssouveranität zurückgewinnen wollen.
Dies ist ein Camp für junge Bauern und Bäuerinnen und diejenigen, die dies werden wollen. Ihr seid herzlich eingeladen, dort eure Erfahrungen auszutauschen und euch von anderen inspirieren zu lassen. Es wird eine Vielfalt von praktischen, politischen und theoretischen Workshops geben, unter anderem zu den Themen Zugang zu Land, urbane (städtische) Landwirtschaft, Agrarpolitik, Agrarökologie, die Beziehung zwischen Konsumenten und Produzenten und vieles andere mehr. Ihr seid eingeladen, das Programm mitzugestalten und eigene Workshops zu organisieren. Dafür nehmt bitte Kontakt auf und schickt das ausgefüllte Formular von unserer Webseite bis zum **15. September** an uns.
Das Camp findet auf einem Kollektivhof in Südfrankreich statt und wird mit Hilfe aller Camp-Teilnehmer und Teilnehmerinnen organisiert. In einer täglichen Versammlung organisieren wir das Leben auf dem Camp selbst, wie zum Bispiel die kollektive Küche oder Änderungen im Programm. Ihr werdet um einen kleinen Beitrag für Essen und Unterkunft gebeten.
Wir wollen uns versammeln, um uns zu stärken, um handlungsfähig zu werden und um diejenigen zu unterstützen, die in die Landwirtschaft einsteigen wollen.
Praktische Informationen stehen auf unserer Webseite:
www.reclaimthefields.org
Wenn ihr weitere Information braucht oder euch einbringen wollt, erreicht ihr uns hier:
camp2009@reclaimthefields.org

SONSTIGES

Urbane Landwirtschaft und Gärten
Zur Zukunft der Stadt
Die Landwirtschaft kehrt in die Städte zurück. Nachbarschaftsgärten, Interkulturelle Gärten, Klein-, Kraut- und Schulgärten, Guerilla Gardens, Kinderbauernhöfe und Gemeinschaftsgärten: Überall boomt die neue Lust am Eigenanbau von Gemüse und Obst sowie an nachbarschaftlichen Begegnungen im Grünen. So entstehen nicht nur innerstädtische Oasen, sondern auch neue Sichtweisen auf unsere Ernährungsgrundlagen, die eigentlichen Mittel zum Leben und auf eine nachhaltige Stadtgesellschaft. Die in den Städten noch vorhandenen Gartenbau- und Landwirtschaftsbetriebe sind nicht länger »Überreste« vorindustrieller Zeiten, sondern Bestandteil zukunftsfähiger Stadtentwicklung.
Termin: 23.-25.10.2009
Information & Anmeldung:
Evangelische Akademie Tutzing,
Postfach 12 27, 82324 Tutzing

»Praxis und Ziele Sozialer Landwirtschaft in Deutschland – Die Verbindung von Landbau und Sozialarbeit als Herausforderung«
Soziale Landwirtschaft umfasst landwirtschaftliche Betriebe und Gärtnereien, die Menschen mit körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigungen integrieren, Höfe, die eine Perspektive bieten für sozial benachteiligte Menschen, für straffällige oder lernbehinderte Jugendliche, Suchtkranke, Langzeitarbeitslose und aktive Senioren, Schul- und Kindergartenbauernhöfe und viele andere mehr. Vorsorge, Inklusion, Rehabilitation, Bildung und mehr Lebensqualität sind Aspekte Sozialer Landwirtschaft.
Unter dem Motto »Praxis und Ziele Sozialer Landwirtschaft in Deutschland – Die Verbindung von Landbau und Sozialarbeit als Herausforderung« wird am FB Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel in Witzenhausen eine öffentliche Tagung stattfinden, die im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) gefördert wird. In Vorträgen soll anhand von Beispielen die innovative Vielfalt Sozialer Landwirtschaft vorgestellt werden. Weiter werden fünf parallele Arbeitsgruppen mit unterschiedlichem Themenhintergrund an der Ausgestaltung einer Deutschen Arbeitsgemeinschaft Soziale Landwirtschaft arbeiten, die auf der Tagung gegründet werden soll. Außerdem wird aus aktuellen Diplom- und Abschlussarbeiten zum Thema berichtet. Am Samstag dem 24.10.09 wird eine Ganztagsexkursion zu zwei Sozialen Landwirtschaftsbetrieben – u.a. zum Hof der Suchthilfe Fleckenbühl – die Tagung abrunden.
Nachdem bereits im Oktober 2007 im Rahmen des EU-Projekts SoFar die Tagung »Der Mehrwert Sozialer Landwirtschaft« veranstaltet wurde, findet die jetzige Fortsetzung als Teil des laufenden Forschungsprojekts »Soziale Landwirtschaft auf Biobetrieben in Deutschland« statt. Vorgestellt werden ausgewählte Höfe unterschiedlicher Nutzergruppen, die zu ihren Entwicklungshemmnissen und -Perspektiven befragt wurden. Welche Strukturen und Freiräume sind erforderlich, die den gegenseitigen Erfahrungsaustausch und die inhaltliche oder strukturelle Weiterentwicklung unterstützen? Wie können Institutionen und Verbände der Sozialen und Pädagogischen Arbeit die Entwicklung Sozialer Landwirtschaft fördern? Auf der Tagung berichten Praktiker und Akteure aus ihren alltäglichen Erfahrungen: Wie und wohin lässt sich Soziale Landwirtschaft in Deutschland entwickeln?
Termin: 2. bis 24.10.2009, Witzenhausen
Weitere Informationen zur Tagung und Anmeldung auf der Projekt-Website:
www.soziale-landwirtschaft.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) und 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg